



VERGABEUNTERLAGEN

Maßnahme:

Leistung: Durchführung von Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16
a Nr. 3 SGB II

Vergabe-Nr.: FB 2024001745

Offenes Verfahren (EU) (VgV)

Ausschreibung (Korrektur)

AUFTRAGGEBER

Finanzbehörde Hamburg

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

11.02.2025

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare	3
02_HmbVgRL_Aufforderung Angebotsabgabe_01_2024	3
Leere Seite	7
20250117_LLB-Leistungsbeschreibung_final	8
07_HmbVgRL_Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB)_01_2024	34
Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Liefer- und Dienstleistungen	34
1. Art und Umfang der Leistungen (zu § 1)	34
2. Änderungen der Leistung (zu § 2)	34
3. Ausführungsunterlagen (zu §§ 3, 4)	34
4. Ausführung der Leistung (zu §§ 4, 10)	34
5. Pflichtverletzungen (zu § 7)	35
6. Kündigung und Rücktritt (zu § 8)	35
7. Vertragsstrafe (zu § 11)	35
8. Güteprüfung (zu § 12)	35
9. Abnahme (zu § 13)	35
10. Mängelansprüche und Verjährung (zu § 14)	36
11. Rechnung (zu § 15)	36
12. Zahlung (zu § 17)	36
13. Sicherheitsleistung (zu § 18)	36
14. Streitigkeiten (zu § 19)	36
06_HmbVgRL_Bewerbungsbedingungen (BWB)_01_2024	37
Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen	37
Vorbemerkungen	37
1. Vergabeunterlagen	37
2. Schutz des Wettbewerbs	37
3. Angebote	37
4. Nebenangebote	38
5. Unteraufträge	39
6. Bietergemeinschaften	39
7. Eignung	39
8. Losentscheid	39
9. Sonderregelung für Rahmenvereinbarungen	39
HmbTG Vertrag wird veröffentlicht (Stand: 10 2017)	40
04_HmbVgRL_Eignungsvordruck 10_2023	41
Ausfüllhinweise für den Teilnehmer	41
Eignungsanforderungen (§§ 31 ff. UVgO oder §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV)	41
1. Fachkunde	42

Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (§ 33 UVgO; § 44 VgV) werden fol	42
2. Leistungsfähigkeit.....	42
Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit (§ 33 UVgO; § 45 VgV) werde .	42
Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (§ 33 UVgO; § 46 VgV) werden fol	42
Zum Nachweis der Leistungsfähigkeit werden keine Kapazitäten anderer Unternehmen beansprucht. .	43
Zum Nachweis der Leistungsfähigkeit werden Kapazitäten anderer Unternehmen beansprucht.	43
3. Ausschlussgründe	44
Zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen, insbesondere nach den §§ 123, 124 G...	44
4. Ausführungsbedingungen	44
Zu den Ausführungsbedingungen nach den §§ 3, 3a, 3b und 7 des Hamburgischen Vergabegesetzes	44
Leere Seite	47
12_HmbVgRL_Bietergemeinschaft_11_2021	48
05_HmbVgRL_Angebot_03_2024	49
Bezeichnung der Teilleistungen	50
03_HmbVgRL_DSGVO-Information_11_2022.....	52
1 Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?	52
2 Wer ist Datenschutzbeauftragter?	52
3 Zu welchem Zweck und auf welcher Rechtsgrundlage werden Ihre personenbezogenen Daten vera.	52
4 Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?	53
5 Unter welchen Voraussetzungen dürfen Ihre Daten an Dritte weitergegeben werden?	53
6 Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?	54
7 Welche Rechte haben Sie?	54
Produkte/Leistungen	55
Eignungskriterien.....	59
Leistungskriterien	60
Anlagen	62

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	FB 2024001745
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Durchführung von Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16 a Nr. 3 SGB II
Auftragsbeschreibung	Die FHH - Finanzbehörde - als Auftraggeber (AG) beabsichtigt die Beauftragung von Dritten mit der Durchführung von psychosozialer Betreuung nach § 16a Nr. 3 SGB II, im Nachfolgenden Lebenslagenberatung genannt. Bei den Angeboten der Lebenslagenberatung handelt es sich um kommunale Eingliederungsleistungen gemäß § 16 a Nr. 3 des SGB II. Die kommunalen Eingliederungsleistungen – zu denen neben der Psychosozialen Betreuung auch die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen, die Schuldnerberatung und die Suchtberatung zählen – haben zum Ziel, zur Verwirklichung einer ganzheitlichen und umfassenden Betreuung und Unterstützung bei der Eingliederung in Arbeit beizutragen. Die Psychosoziale Beratung und Betreuung soll verhindern, dass die Eingliederung von SGB II-Leistungsempfänger:innen an Schwierigkeiten scheitert, die in der allgemeinen Lebensführung ihren Grund haben. Sie bereitet insoweit die Aufnahme einer Beschäftigung oder weiterführender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen vor. Die Lebenslagenberatung zielt auf die Bearbeitung, die Unterstützung, die Bewältigung und den Abbau von psychosozialen Problemlagen, die die Vermittlung in Arbeit behindern und die nicht auf einem diagnostizierten Krankheitsbild beruhen. Die Grenzen der Psychosozialen Betreuung zum psychiatrischen und medizinischen Bereich auf der einen Seite und zur sozialpädagogischen und sozialen Arbeit auf der anderen Seite sind fließend. Daneben umfasst die Lebenslagenberatung alle koordinierten Maßnahmen im Rahmen einer professionellen Beratung der einzelnen Person, die zur psychischen und sozialen Stabilisierung dienen. Die Bewältigung der komplexen Problemlage, der Abbau oder die Verringerung von Vermittlungshemmnissen sind wichtige Voraussetzungen, um das mit der Beratung verknüpfte Ziel einer Wiederherstellung der Vermittlungsfähigkeit direkt in den Arbeitsmarkt oder zumindest einer Befähigung zur Teilnahme an weiterführenden Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung zu erreichen. Bei den ausgeschriebenen Leistungen handelt es sich um eine Vergabe von Aufträgen für soziale und besondere Dienstleistungen gem. §130 Abs. 1 GWB in V. m. §64 ff. VgV.

VERFAHREN

Auftraggeber	Finanzbehörde Hamburg
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	Öffentlicher Auftraggeber
Liefer-/Ausführungsort	20354 Hamburg
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (VgV)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Ja				
Art der losweisen Vergabe	Bieter kann für alle Lose anbieten (aber auch für weniger)				
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung Gewichtung: 35%: 65%				
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>85310000-5</td><td>Dienstleistungen des Sozialwesens</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	85310000-5	Dienstleistungen des Sozialwesens
Code	Bezeichnung				
85310000-5	Dienstleistungen des Sozialwesens				

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	https://bieterportal.hamburg.de
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Dienstleistungsvertrag
Auf-/Abgebotsverfahren	Standard

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	23.01.2025

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	24.02.2025 10:00:00
Frist Bieterfragen	14.02.2025 10:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	31.12.2025
Versand Vorabinformation	

AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.01.2026
Ende	31.12.2028
Anmerkungen	Der Vertrag kann sich 2-mal um 2 weitere Jahre verlängern, max. bis zum 31.12.2032, sofern nicht eine der Parteien 9 Monate vor Ablauf kündigt.

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter <https://bieterportal.hamburg.de> mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 14.02.2025 10:00 Uhr eingegangen sein.
Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.
Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden.
Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: <https://bieterportal.hamburg.de>
Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

[Name und Anschrift der Vergabestelle]

Finanzbehörde Hamburg
Beschaffungs- u. Vergabecenter
Gänsemarkt 36
20354 Hamburg

[Name/Firma und Anschrift des Bieters]

AUFFORDERUNG ZUR ABGABE EINES Angebots

Vergabeverfahren: Durchführung von Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16 a Nr. 3 SGB II
Verfahrensnummer: FB 2024001745
Art der Leistung: Dienstleistung
Ort der Leistung: Hamburg
Einreichungstermin (Ende der Angebotsfrist): 24.02.2025 , 10:00:00 Uhr
Ende der Bindefrist: 31.12.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist beabsichtigt, die in der Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung der Freien und Hansestadt Hamburg zu vergeben. Es gelten die beigefügten Bewerbungsbedingungen (BWB).

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus den beigefügten Anlagen (Zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☒ Leistungsbeschreibung
- ☒ Vordruck *Eignung*
- ☒ Vordruck *Angebot*
- ☒ Bewerbungsbedingungen (BWB)
- ☒ Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB)
- ☒ DSGVO-Information
- ☒ Erklärung zum 5. RUS-Sanktionspaket
- ☒ HmbTG Vertrag unterliegt dem Transparenzgesetz
- ☒ Alle weiteren Angaben und Anlagen in der e-Vergabe
- ☐

1. Vergabeunterlagen

- ☐ Die Vergabeunterlagen sind beigefügt.
- ☒ Die Vergabeunterlagen sind auf der Veröffentlichungsplattform der Freien und Hansestadt Hamburg (<https://www.hamburg.de/oeffentliche-auftraege/>) elektronisch veröffentlicht und können von dort bis zum Ablauf der Angebotsfrist elektronisch abgerufen werden. Der Bieter ist selbst dafür verantwortlich, sich jeweils die aktuelle Fassung der Vergabeunterlagen zu beschaffen (Nr. 1.2 BWB).

2. Bieterkommunikation

Zu diesem Vergabeverfahren werden nur Anfragen beantwortet, die über die Bieterkommunikation der e-Vergabe ("Kommunikation mit der Vergabestelle") innerhalb der Frist für die Einreichung von Bieterfragen gestellt werden.

Frist für Bieterfragen: 14.02.2025 10:00 Uhr

Die Beantwortung verspäteter Bieterfragen steht im Ermessen der Vergabestelle. Die Auskünfte inkl. aller Anlagen werden zeitnah über die Bieterkommunikation der e-Vergabe veröffentlicht bzw. dem Bieter auf anderem Wege zur Verfügung gestellt. Sie werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Hinweis zur e-Vergabe: Ein Bieter kann durch Auswahl der Funktion „Nachricht bestellen“ in der e-Vergabe veranlassen, eine Kurzinformation über eine Auskunftserteilung zu erhalten. Ansonsten hat der Bieter etwaige Auskunftserteilungen selbst nachzuverfolgen.

3. Eignungsnachweise, Angaben und Unterlagen

Angebote, die – ggf. nach erfolgloser Nachforderung – die geforderten Nachweise, Angaben und Unterlagen nicht enthalten, werden nach § 42 Abs. 1 UVgO bzw. § 57 Abs. 3 VgV ausgeschlossen.

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise, Angaben und Unterlagen einzureichen:

Hinweis: Diese Vorgaben gelten *nicht* bei Verfahren mit Teilnahmewettbewerb, weil diese Nachweise/Angaben/Unterlagen dort bereits mit dem Teilnahmeantrag einzureichen sind.

Hinweis: Die elektronische Einreichung erfolgt durch das Hochladen in den Bieterassistenten der e-Vergabe.

☒ Vordruck *Eignung*

Der Vordruck *Eignung* enthält Eigenerklärungen über die Eignung, das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie die Ausführungsbedingungen (vgl. §§ 31 ff. UVgO, §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV und § 7 HmbVgG).

Bei einer Vergabe oberhalb des EU-Schwellenwerts wird als vorläufiger Nachweis auch die „Einheitliche Europäische Eigenerklärung“ (EEE) akzeptiert (§ 50 VgV).

☒ Vordruck *Bietergemeinschaft*, sofern Sie das Angebot als Bietergemeinschaft abgeben.

☒ Eigenerklärung RUS-Sanktionen

☒ sämtliche eignungs- und leistungsbezogene Unterlagen gem. Ziffer 1.6 und 1.7 der Leistungsbeschreibung

4. Losaufteilung

☐ keine Losaufteilung

☒ Angebote sind zulässig

☒ für ein Los

☒ für mehrere Lose

☒ für alle Lose

Näheres (z.B. Aufteilung und Anzahl der Lose, ggf. Einschränkungen) siehe Leistungsbeschreibung.

5. Nebenangebote sind

- ☒ nicht zugelassen.
☐ zugelassen.
☐ nur zugelassen für

Die Nebenangebote müssen folgende Mindestanforderungen erfüllen:

- ☐ Wegen des größeren Umfangs wird auf die Mindestanforderungen in der Leistungsbeschreibung verwiesen.

Für die Einzelheiten der Nebenangebote gelten im Übrigen die Bewerbungsbedingungen (BWB).

6. Unteraufträge (Nachunternehmer)

- ☒ Sofern Sie beabsichtigen, die Leistung (teilweise) durch Unterauftragnehmer (Nachunternehmer) ausführen zu lassen, haben Sie die betroffenen Leistungsteile auf dem Vordruck *Angebot* zu benennen und die Zustimmung der Auftraggeberin vor der Leistungsausführung einzuholen. Sollten Sie ein anderes Unternehmen zudem zum Nachweis Ihrer Eignung in Anspruch nehmen wollen (Eignungsleihe), sind dazu besondere Angaben im Vordruck *Eignung* zu machen (Nr. 2).
- ☐ Die Leistung ist vom Auftragnehmer selbst zu erbringen (sog. Selbstausführungsgebot, § 26 Abs. 6 UVgO). Die Möglichkeit, andere Unternehmen im Wege der Unterauftragsvergabe (Nachunternehmereinsatz) in die Leistungserbringung einzubeziehen, besteht vorliegend nicht.

7. Angebotsabgabe

Um die Leistungsausführung anzubieten, füllen Sie bitte den Vordruck *Angebot* mit allen erforderlichen Anlagen aus. Reichen Sie diese Unterlagen ausschließlich wie folgt ein:

- bis zum Einreichungstermin (Ende der Angebotsfrist, s.o.)
- versehen mit Name/Firma und Anschrift sowie dem genau bezeichneten Vergabeverfahren
- bei der **Vergabestelle**: Beschaffungs- und Vergabecenter, Finanzbehörde
- über den elektronischen Bieterassistenten der e-Vergabe.

Hinweis:

Der Zugang zur e-Vergabe steht Ihnen kostenlos unter <https://bieterportal.hamburg.de> zur Verfügung. Zur wirksamen Angebotsunterzeichnung genügt es, wenn Sie im letzten Schritt den Vor- und Zunahmen der zeichnungsberechtigten Person eintragen.

Es werden nur Angebote akzeptiert, die der vorstehend geforderten Form entsprechen.

8. Angebotswertung

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt (§ 43 UVgO bzw. § 127 GWB, § 58 VgV).

Die Auswahl erfolgt nach den angegebenen Zuschlagskriterien. Bezuschlagt wird das Angebot, das nach den gewichteten Zuschlagskriterien den höchsten Gesamtpunktwert erreicht. Bei Punktgleichheit folgt die Zuschlagsentscheidung den von der Auftraggeberin festgelegten Maßgaben. Die Angebotswertung erfolgt über eine Punktwertematrix nach folgenden Regeln:

Preiskriterium:☒ **Preis**

Gewichtung 35 %

Hinweis: Der Preis (EUR, netto) wird aus der Wertungssumme des Angebots ermittelt. Diese ergibt sich aus der nachgerechneten Angebotssumme, insbes. unter Berücksichtigung von Nachlässen, Bonus-/Malus-Regelungen, Gleitklauseln.

☐ Angebote für einen Abzug von **Skonto** werden zugelassen

nach Leistungserfüllung oder Abnahme sowie Eingang einer prüfbaren Rechnung. Zugelassene Skontoangebote sind vom Bieter im Vordruck *Angebot* einzutragen; nur sie werden bei der Angebotswertung berücksichtigt.

☒ Angebote für Skontoabzug werden nicht zugelassen.

Angebote, die unaufgefordert Skonto anbieten, werden vom Wettbewerb ausgeschlossen.

Qualitätskriterien:☒ **qualitative Zuschlagskriterien**
☐
☐
☐

Gewichtung 65 %

Gewichtung %

Gewichtung %

Summe: 100 %

Beim Kriterium

werden folgende **Unterkriterien** mit jeweiliger Gewichtung berücksichtigt:
☐
☐
☐

Gewichtung %

Gewichtung %

Gewichtung %

Summe: 100 %

Ist nichts anderes angegeben, gelten die Unterkriterien für das Gesamtangebot.

9. Bevorzugung von Werkstätten für behinderte Menschen und Inklusionsbetrieben (gilt nicht für EU-Vergabeverfahren)

Bei der Vergabe von Aufträgen unterhalb der EU-Schwellenwerte wird der Zuschlag auf ein Angebot eines bevorzugten Bieters (Werkstätten für behinderte Menschen, Inklusionsbetriebe und anerkannte Blindenwerkstätten) erteilt, wenn es mindestens so wirtschaftlich ist, wie das ansonsten wirtschaftlichste Angebot eines anderen Bieters. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Angebote wird der von dem bevorzugten Bieter angebotene Preis mit einem Abschlag von 10 % berücksichtigt. Zur Errechnung dieses Abschlags muss bei einer Bietergemeinschaft angegeben werden, welcher Anteil am Gesamtangebot auf den bevorzugten Bieter entfällt. Die Eigenschaft als bevorzugter Bieter ist durch Vorlage der staatlichen Anerkennung nachzuweisen. Inklusionsbetriebe können eine Eigenerklärung abgeben, in der das Vorliegen der Voraussetzungen des § 215 SGB IX dargelegt wird.

10. Fristen und Termine

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist (Einreichungstermin s.o.) können die Angebote geändert werden; das geänderte Angebot ist in derselben Weise einzureichen wie das ursprüngliche Angebot.

Vom Einreichungstermin bis zum Ende der Bindefrist (s.o.) ist der Bieter an sein Angebot gebunden.

11. Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Vergabestelle



Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde

- Leistungsbeschreibung -

Offenes Verfahren

über die

**Durchführung von Lebenslagenberatungsleistungen nach
§ 16 a Nr. 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)**

gem.

**Vierter Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen
(GWB) sowie nach
der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge
(Vergabeverordnung - VgV)**

Vergabenummer FB 2024001745

Finanzbehörde Hamburg
Hamburgweite Dienste und Organisation
Beschaffungs- und Vergabecenter
Gänsemarkt 36
20354 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

1	ALLGEMEINES, ANGEBOTSANFORDERUNG UND -WERTUNG.....	3
1.1	AUSSCHREIBUNGSZIEL	3
1.2	AUSSCHREIBUNGSUMFANG UND LOSAUFTeilUNG	3
1.3	NEBENANGEBOTE	4
1.4	BIETERGEMEINSCHAFT	4
1.5	UNTERAUFTRAGSVERGABE UND EIGNUNGSLEIHE	4
1.6	EIGNUNGSBEZOGENE ERKLÄRUNGEN UND NACHWEISE	4
1.7	LEISTUNGSBEZOGENE UNTERLAGEN UND NACHWEISE	6
1.8	HINWEISE ZU DEN ERKLÄRUNGEN UND NACHWEISEN	6
1.9	ZUSCHLAGSERTeilUNG	7
1.10	WEITERE INFORMATIONEN, WIRTSCHAFTSAUSKÜNFTE	11
2	VERTRAGSBEDINGUNGEN.....	12
2.1	ALLGEMEINE VERTRAGSBEDINGUNGEN	12
2.2	RECHT	12
2.3	ANSPRECHPARTNER:IN.....	12
2.4	VERTRAGSLAUFZEIT, KÜNDIGUNG	13
2.5	ÄNDERUNGEN DES VERTRAGES.....	13
2.6	DATENSCHUTZRECHTLICHE BESTIMMUNGEN.....	14
2.7	PREISGESTALTUNG UND -BINDUNG; MINDESTLOHN	14
2.8	HAFTUNG	15
2.9	RECHNUNGSSTELLUNG.....	15
2.10	KONTROLLEN.....	18
2.11	BERICHTSPFLICHTEN	18
2.12	SALVATORISCHE KLAUSEL	18
3	TECHNISCHES LEISTUNGSVERZEICHNIS.....	19
3.1	ZIELSETZUNG.....	19
3.2	ZIELGRUPPE.....	19
3.3	LEISTUNGEN UND LEISTUNGSUMFANG	20
3.4	BERICHTSPFLICHTEN	22
3.5	BERATUNGSSTELLE	23
3.6	PERSONAL	24
3.7	ZUGANG ZUM STANDORT: ÖRTLICHE UND ZEITLICHE ERREICHBARKEIT	24
3.8	RÄUMLICHE UND TECHNISCHE AUSSTATTUNG	24
3.9	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN KOOPERATIONSPARTNERN DER LEBENSLAGENBERATUNG	25
3.10	BEWILLIGUNG DER ERBRACHTEN LEISTUNG	25
3.11	WARTEZEITEN	25
3.12	ÜBERGANGSREGELUNGEN.....	25

1 Allgemeines, Angebotsanforderung und -wertung

Die Vergabestelle weist darauf hin, dass der Bieter gem. Ziffer 1.2 der Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen (BWB) die Vollständigkeit der Vergabeunterlagen nach Erhalt zu prüfen hat. Werden vom Bieter inhaltliche Unstimmigkeiten oder Unklarheiten, die die Preisermittlung beeinflussen, festgestellt, so hat er sich unverzüglich an die Vergabestelle zu wenden.

1.1 Ausschreibungsziel

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) – Finanzbehörde – als Auftraggeber (AG) beabsichtigt den Abschluss eines Vertrages über die Beauftragung von Dritten mit der Durchführung von Psychosozialer Betreuung nach § 16 a Nr. 3 SGB II – im Nachfolgenden Lebenslagenberatung genannt.

Bei den ausgeschriebenen Leistungen handelt es sich um eine Vergabe von Aufträgen für soziale und besondere Dienstleistungen gem. § 130 Abs. 1 GWB in V. m. § 64 ff. VGV.

Die Details der nachgefragten Leistung ergeben sich aus den Besonderen Vertragsbedingungen und dem Technischen Leistungsverzeichnis.

1.2 Ausschreibungsumfang und Losaufteilung

Die Ausschreibung bezieht sich auf die Durchführung von Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16 a Nr. 3 SGB II für:

- Menschen, die Leistungen nach SGB II beziehen (Bürgergeld),
- Jugendliche, denen absehbar SGB II-Leistungsbezug droht,
- Selbstständige, die regelhaft monatsweise im Leistungsbezug sind,
- Arbeitslose im Rechtskreis SGB III (Arbeitslosengeld I), die vor einem Übergang in SGB II (Bürgergeld) stehen.

Der Auftrag für die Durchführung der Lebenslagenberatung wird mit einer Laufzeit von drei Jahren geschlossen und in **sieben Lose** – ein großes Los, drei mittlere und drei kleine Lose – in den folgenden jährlichen Kontingenten (ohne Umsatzsteuer) vergeben:

Großes Los:

Los 1: 420.168,00 Euro (500.000,00 EUR brutto)

Mittlere Lose:

Los 2: 210.084,00 Euro (250.000,00 EUR brutto)

Los 3: 210.084,00 Euro (250.000,00 EUR brutto)

Los 4: 210.084,00 Euro (250.000,00 EUR brutto)

Kleine Lose:

Los 5: 126.050,00 Euro (150.000,00 EUR brutto)

Los 6: 126.050,00 Euro (150.000,00 EUR brutto)

Los 7: 126.050,00 Euro (150.000,00 EUR brutto)

Grundsätzlich kann sich jeder Bieter auf alle Lose bewerben. Es werden jedoch maximal zwei Lose an einen Bieter vergeben.

Bitte beachten Sie, dass Sie nur auf Lose bieten, für die in ihrem Unternehmen die erforderliche Leistungsfähigkeit besteht. Für Los 1 bis Los 7 gelten die Leistungsanforderungen unter Ziffer 3 des Technischen Leistungsverzeichnisses.

Die Abrechnung mit dem AG erfolgt nach vertragsgemäßer Leistung. Beachten Sie die Vertragsbedingungen.

Ziffer 2.2 und 2.3 der Zusätzlichen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Liefer- und Dienstleistungen (ZVB) finden keine Anwendung. Es wird darauf hingewiesen, dass durch den Abschluss dieses Vertrages kein Anspruch des Auftragnehmers (AN) gegen den AG auf Lieferung einer Mindestmenge entsteht.

1.3 Nebenangebote

Nebenangebote sind zugelassen.

1.4 Bietergemeinschaft

Bietergemeinschaften sind zugelassen.

Falls Sie als Bietergemeinschaft ein Angebot abgeben wollen, füllen Sie die beigefügte Erklärung der Bietergemeinschaft aus und unterschreiben Sie diese. Um die Erklärung **bis zum Ende der Angebotsfrist** mit dem Angebot einzureichen, scannen Sie sie anschließend ein und laden Sie sie im Bieterassistenten hoch.

1.5 Unterauftragsvergabe und Eignungsleihe

Sofern Sie beabsichtigen, Leistungen von Unterauftragnehmern erbringen zu lassen, benennen Sie, welchen Teil der Leistung dies jeweils betrifft.

Für die vorgesehenen Unterauftragnehmer:in behält sich die Vergabestelle vor, eine Verpflichtungsermächtigung für die Teile des Auftrages abzufordern, die im Wege der Unterauftragsvergabe erbracht werden sollen vor (siehe Vergabevordruck 02, Ziffer 6 sowie Vergabevordruck 06, Ziffer 5).

Die Ausführung der Leistung oder wesentlicher Teile davon dürfen jeweils nur mit **vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG** an andere übertragen werden.

Die Verantwortung für die Auswahl der Unterauftragnehmer und die Gestaltung der Unteraufträge liegt beim AN.

Des Weiteren gelten die Bestimmungen gem. § 5 Hamburger Vergabegesetz (HmbVgG) zum Nachunternehmereinsatz.

Sofern Sie beabsichtigen die Leistung (teilweise) durch Unterauftragnehmer (Nachunternehmer) ausführen zu lassen, haben Sie die betroffenen Leistungsteile auf dem Vordruck Angebot (siehe Vergabevordruck 05, Ziffer 4) zu benennen und die Zustimmung des AG vor der Leistungsausführung einzuholen.

Falls Sie gem. § 47 Vergabeverordnung – VgV zum Nachweis Ihrer Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen möchten (Eignungsleihe), legen Sie mit dem Angebot die entsprechenden Unterlagen zur Eignung vor und nehmen Sie die entsprechenden Eintragungen im Eignungsvordruck vor (Vergabevordruck 04, Ziffer 2).

1.6 Eignungsbezogene Erklärungen und Nachweise

Für die erforderliche Überprüfung Ihrer Eignung in Bezug auf Fachkunde und Leistungsfähigkeit ist es erforderlich, dass Sie mit dem Angebot **bis zum Ende der Angebotsfrist** die nachfolgend aufgeführten Unterlagen vollständig einreichen:

Anlagen-Nr.	Eignungsbezogene Erklärungen und Nachweise
	<u>Eignungsvordruck</u> Den entsprechenden Eignungsvordruck finden Sie in den Vergabeunterlagen. Die Vergabestelle ist jederzeit berechtigt, die Angaben durch Registerabfragen zu verifizieren, etwa durch eine Abfrage beim Wettbewerbsregister (WRegG v. 18.07.2017, BGBl. I S. 2739).
E1	<u>Darstellung des Unternehmens</u> Übersicht über die Geschäftsfelder und Personalstruktur, Angaben zur Unternehmensstruktur und Geschäftsführung. Angaben über die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Berufsgruppen und Eingruppierung. Die Angaben sind auf maximal zwei DIN-A4-Seiten, Arial, Schriftgröße 11 zu beschränken. Informationshalber auch: Tarifvertrag, Gesellschaftsvertrag, Auszug aus dem Vereinsregister.
E2	<u>Erklärung über den Gesamtumsatz, die Eigenkapitalentwicklung und -rendite in den letzten drei Geschäftsjahren ohne Umsatzsteuer, getrennt nach Jahren.</u> In der Erklärung zum Gesamtumsatz ist der Bereich der Lebenslagenberatung / Psychosozialen Betreuung gesondert auszuweisen. Die Angaben sind auf maximal zwei DIN-A4-Seiten, Arial, Schriftgröße 11 zu beschränken.
E3	<u>Referenzen</u> Zum Nachweis Ihrer Eignung sind Referenzen zu bisher durchgeführten Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs im Bereich der Psychosozialen Betreuung in den letzten drei Jahren vorzulegen. Insbesondere mit Angaben, wie viele Fälle in einem Jahr begonnen wurden und wie viele davon in welchem Zeitraum abgeschlossen wurden. Diese können für öffentliche sowie für nicht öffentliche bzw. privatwirtschaftliche Auftraggeber durchgeführt worden sein. Bei diesen aussagefähigen Referenzen sind jeweils <ul style="list-style-type: none"> • Auftragsumfang • Auftragsjahr • Gesamtumsatz • AG mit Ansprechpartner und Telefonnummer zu nennen. Darüber hinaus sind 5 Fallanalysen von typischen Fallbeispielen mit Angabe von soziodemographischen Merkmalen, durchgeführten Beratungen und Maßnahmen sowie empfohlenem weiteren Vorgehen vorzulegen. Diese werden von der Vergabestelle streng vertraulich behandelt. Sie können als Referenzen auch Aufträge vergleichbarer Art und Umfangs benennen, die Sie für die FHH durchgeführt haben. Hierbei sind ebenfalls die o.g. Angaben zu machen.
	<u>Bietergemeinschaft</u> Sofern Sie als Bietergemeinschaft an der Ausschreibung teilnehmen möchten, reichen Sie zusätzlich zu dem Eignungsvordruck die Erklärung der Bietergemeinschaft ein. Den Vordruck können Sie den Vergabeunterlagen entnehmen (Vergabevordruck 12).
	<u>Erklärung zum 5. RUS-Sanktionspaket</u> Die angefügte Eigenerklärung ist auszudrucken und unterschrieben mit dem Angebot einzureichen.

1.7 Leistungsbezogene Unterlagen und Nachweise

Zur Überprüfung, ob alle Mindestanforderungen erfüllt werden und zur Bewertung der Qualität, ist es erforderlich, dass Sie mit dem Angebot bis zum Ende der Angebotsfrist die nachfolgend aufgeführten Unterlagen einreichen:

Anlagen-Nr.	Leistungsbezogene Unterlagen	Wertung als...
L1	Erklärung, dass die <u>Beratungsstelle den Anforderungen</u> gem. Ziffer 3.5 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht.	Ausschlusskriterium
L2	Erklärung, dass das <u>eingesetzte Personal</u> im Auftragsfall ab Vertragsbeginn den Anforderungen gem. Ziffer 3.6 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht.	Ausschlusskriterium
L3	Nachweis über die erforderliche <u>räumliche und technische Ausstattung sowie Erreichbarkeit der Beratungsstelle</u> , siehe hierzu Ziffer 3.7 und 3.8 des Technischen Leistungsverzeichnisses.	Ausschlusskriterium
L4	<u>Konzept</u> zur Umsetzung der Lebenslagenberatung: Nehmen Sie hierbei Bezug auf (besondere) Zielgruppen, wie Analphabetismus, Menschen mit Behinderung bzw. Barrierefreiheit, psychischen Erkrankungen, gesellschaftliche Hürden beispielsweise bei kulturellen Unterschieden, Flucht, Hürden bei der Deutschen Sprache, etc. Das Konzept sollte auf max. 18-DIN-A4-Seiten, ohne Anlagen begrenzt werden und zwar auf der Basis der Schriftart Arial und Schriftgröße 11. Die bewertungsrelevanten Kriterien und ihre Gewichtung können der Bewertungsmatrix entnommen werden. Die Bewertungsmatrix finden Sie als Anlage in den Vergabeunterlagen.	Zuschlagskriterium 65 %
L5	<u>Preisblatt</u> Angebotspreise (netto) der Pauschalen i.R.d. Allgemeinen/ Offenen Eingangsberatung, Krisenintervention, Nachsorgende Beratung; Angebotspreis der Grundpauschale i.R.d. Stabilisierenden Beratung. Dabei muss die Stabilisierenden Beratung in der Beratungspraxis einen Mindestanteil von 75 % aller Beratungsmodule ausmachen.	Zuschlagskriterium 35 %

Die entsprechenden Vordrucke (L1 – L5) finden Sie in den Anlagen der Vergabeunterlagen.

1.8 Hinweise zu den Erklärungen und Nachweisen

Weitere Angaben zur Eignung, zur Leistung und zu den sonstigen besonderen Bedingungen sind ggf. im Rahmen der elektronischen Angebotsbearbeitung in den dafür vorgesehenen Eingabefeldern zu machen.

Für den Fall, dass einzelne Eingabefelder im Rahmen der elektronischen Angebotsbearbeitung nicht ausreichen, machen Sie bitte weitere Angaben in Form entsprechend gekennzeichneten Anlagen und laden diese im Bieterassistenten der eVergabe hoch.

Nach § 56 Abs. 2 VgV können Unterlagen, die nicht bis zum Ende der Angebotsfrist eingereicht wurden, nachgefordert werden. Die Nachforderung liegt im Ermessen des AG.

Ausgeschlossen gem. § 57 Abs. 3 VgV werden Angebote, die – ggf. nach erfolgloser Nachforderung – die geforderten

- eignungsbezogenen Unterlagen
- leistungsbezogenen Unterlagen

nicht enthalten.

1.9 Zuschlagserteilung

Die Vergabe der Lose erfolgt separat.

Jeder Bieter kann auf beliebig viele Lose bieten. Es werden maximal zwei Lose an einen Bieter vergeben. Die Vergabestelle behält sich vor, mehr als zwei Lose an einen Bieter zu vergeben, sofern nicht ausreichend bedingungsgemäße Angebote vorliegen.

In den Vergabeunterlagen ist seitens des Bieters die gewünschte Anzahl der Lose anzugeben. Es steht dem AN frei, innerhalb des Loses mehrere Standorte einzurichten.

Der Zuschlag wird je Los auf das nach § 58 Abs. 1 VgV wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Alle eingegangenen Angebote werden nach Ende der Angebotsfrist in vier Wertungsstufen geprüft:

- I. Prüfung der formalen Anforderungen nach §§ 56 ff. VgV
- II. Prüfung der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen
nach §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV
- III. Prüfung der Angemessenheit des Preises § 60 VgV
- IV. Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes nach § 127 GWB, § 58 VgV

In die Wertungsstufe IV. kommen nur die Angebote, die die Wertungsstufen I.-III. erfolgreich durchlaufen haben.

Die Vergabestelle behält sich ausdrücklich die Möglichkeit des § 42 Abs. 3 VgV vor.

In der Wertungsstufe IV sind insgesamt 700 Punkte zu vergeben. Als Zuschlagskriterien werden für alle Lose herangezogen:

Kriterien	Gewichtung in %
Qualitätskriterien Durchführung der Lebenslagenberatung sowie Qualität des Konzepts zur Umsetzung der Lebenslagenberatung inkl. Qualitätssicherung Siehe hierzu im Technisches Leistungsverzeichnis und anliegende Bewertungsmatrix.	455 Punkte (65 %)

<p>Angebotspreis – es sind folgende Werte abzugeben:</p> <p>Angebotspreis der Pauschale jeweils für:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine/ Offene Eingangsberatung • Stabilisierende Beratung • Krisenintervention • Nachsorgende Beratung <p>Aus den folgenden Werten wird ein kalkulatorischer Gesamtpreis berechnet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Pauschale der Allgemeinen/ Offenen Eingangsberatung • Summe aller Pauschalen im Rahmen der stabilisierenden Beratung (Regelzeitraum 8 Monate, 4+2+2, mit 6 Monaten Verlängerungsoption, 3+3) <ul style="list-style-type: none"> • Grundpauschale (4 Monate) • Ergänzungspauschale I = Grundpauschale (2 Monate) • Ergänzungspauschale II = Grundpauschale (2 Monate) • Zusatzpauschale I = Grundpauschale (3 Monate) • Zusatzpauschale II = Grundpauschale (3 Monate) • Pauschale der Krisenintervention (maximal 3 Monate) • Pauschale der Nachsorgenden Beratung <p>Dabei haben die einzelnen Module folgende Wertungsanteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine/ Offene Eingangsberatung: 10 % • Stabilisierende Beratung: 75 % • Krisenintervention: 10 % • Nachsorgende Beratung: 5 % <p>Die Stabilisierende Beratung muss mit 75 % den Schwerpunkt des Angebots ausmachen.</p> <p>Informationshalber sind anzugeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zielzahlen bzgl. der Anzahl der Verfahren in den Beratungszeiträumen der Grundpauschale, der Ergänzungspauschalen und Zusatzpauschalen im Rahmen der Stabilisierenden Beratung Anteil der lohnabhängigen Kosten 	<p>245 Punkte (35 %)</p>
--	------------------------------

Bewertung der Konzeptqualität

Die Qualität des Konzepts wird anhand von Kriterien als Entscheidungsgrundlage bewertet. Die bewertungsrelevanten Kriterien, deren Gewichtung, die jeweils erreichbare Punktzahl sowie die im Einzelnen geforderten Angaben zu den Kriterien sind der Bewertungsmatrix zu entnehmen. Die Bewertungsmatrix finden Sie als Anlage in den Vergabeunterlagen.

Für jedes Kriterium vergibt die Bewertungskommission die Punkte nach dem folgenden Bewertungsschema:

- 10 % der erreichbaren Punktzahl: Das Leistungsangebot des Bieters entspricht nur den Minimalanforderungen.
- 50 % der erreichbaren Punktzahl: Das Leistungsangebot des Bieters entspricht mit Einschränkungen den Anforderungen.

- 80 % der erreichbaren Punktzahl: Das Leistungsangebot des Bieters entspricht den Anforderungen.
- 100%: Das Leistungsangebot des Bieters ist der Zielerreichung in besonderer Weise dienlich.

Ein Konzept wird mit 10 % der Punktzahl bewertet, wenn die Konzeption inhaltlich nicht schlüssig dargestellt wurde und wenn nicht alle wesentlichen Problematiken und Fragestellungen erkannt und berücksichtigt wurden. Sind die Angaben nicht oder kaum nachvollziehbar oder in nicht unerheblichen Umfang widersprüchlich, führt dies ebenfalls zu einer Bewertung mit 10 % der Punktzahl. Dies gilt auch, wenn die Anforderungen lediglich stichpunktartig ohne weitere konzeptionelle Ausführungen wiederholt werden. Außerdem wird ein Konzept mit 10 % der Punktzahl bewertet, wenn es im Hinblick auf die Zielsetzung der Maßnahme / Beauftragung kaum umsetzbar und geeignet erscheint.

Ein Konzept wird mit 50 % der Punktzahl bewertet, wenn die genannten Anforderungen mit Einschränkungen erfüllt sind, die Konzeption zwar inhaltlich Unschärfen aufweist, die Konzeption der Maßnahme/ Beauftragung aber insgesamt eine erfolgreiche Durchführung erwarten lässt. Aus den Angaben wird deutlich, dass die wesentlichen Problematiken und Fragestellungen in Bezug auf das jeweilige Kriterium vollständig oder im Wesentlichen vollständig erkannt und berücksichtigt wurden und es werden entsprechende Lösungen präsentiert. Die Angaben müssen ganz oder im Wesentlichen nachvollziehbar und widerspruchsfrei sein. Die vorgeschlagenen Lösungsansätze bzw. das vorgeschlagene Konzept müssen aus Sicht der AG im Hinblick auf die jeweilige Problemstellung ganz oder im Wesentlichen umsetzbar und geeignet sein.

Ein Konzept wird mit 80 % der Punktzahl bewertet, wenn die genannten Anforderungen erfüllt sind und die Konzeption inhaltlich schlüssig dargestellt ist sowie im Hinblick auf die Zielsetzung der Maßnahme/ Beauftragung Erfolg verspricht. Aus den Angaben wird deutlich, dass die wesentlichen Problematiken und Fragestellungen in Bezug auf das jeweilige Kriterium vollständig oder im Wesentlichen vollständig erkannt und berücksichtigt wurden und es werden entsprechende Lösungen präsentiert. Darüber hinaus muss der Bieter aber auch weitere, ggf. potentielle Problemstellungen, Besonderheiten oder sonstige Gesichtspunkte erkannt und behandelt haben, die mit diesem Kriterium ebenfalls in Zusammenhang stehen. Außerdem müssen die Angaben des Bieters ganz oder im Wesentlichen nachvollziehbar und widerspruchsfrei sein. Die vorgeschlagenen Lösungsansätze bzw. das vorgeschlagene Konzept müssen aus Sicht der AG im Hinblick auf die jeweilige Problemstellung ganz oder im Wesentlichen umsetzbar und geeignet sein.

Ein Konzept wird mit der vollen Punktzahl mit 100 % bewertet, wenn die Konzeption der Zielerreichung in besonderer Weise (z.B.: kreative Ideen, innovative Ansätze) dienlich ist und dies in der Konzeption inhaltlich schlüssig dargestellt ist. Maximal sind im Bereich Konzept 455 Punkte erzielbar.

Aus den Angaben wird deutlich, dass die wesentlichen Problematiken und Fragestellungen in Bezug auf das jeweilige Kriterium vollständig oder im Wesentlichen vollständig erkannt und berücksichtigt wurden und es werden entsprechende Lösungen präsentiert. Darüber hinaus muss der Bieter aber auch weitere, ggf. potentielle Problemstellungen, Besonderheiten oder sonstige Gesichtspunkte erkannt und behandelt haben, die mit diesem Kriterium ebenfalls in Zusammenhang stehen. Außerdem müssen die Angaben des Bieters ganz oder im Wesentlichen nachvollziehbar und widerspruchsfrei sein. Die vorgeschlagenen Lösungsansätze bzw. das vorgeschlagene Konzept müssen aus Sicht der AG im Hinblick auf die jeweilige Problemstellung umsetzbar und geeignet sein.

Einzelheiten zu den geforderten Angaben sind in der Bewertungsmatrix aufgeführt.

Bewertung des Angebotspreises

Im Rahmen der Wertung des Angebotspreises können maximal 245 Punkte und nicht weniger als 0 Punkte erzielt werden. Die Berechnung erfolgt auf zwei Nachkommastellen.

A. Berechnung des Angebotspreises

Auf dem Preisblatt sind die Pauschalen darzustellen.

Aus dem oben genannten Gewichtungsschema ergibt sich folgender Rechnungsweg:

$(\text{Pauschale Allgemeine/ Offene Eingangsberatung} \times 0,1) + (\text{Pauschale Stabilisierende Beratung}^{1*} \times 0,75) + (\text{Pauschale Krisenintervention} \times 0,1) + (\text{Pauschale Nachsorgende Beratung} \times 0,05) = \text{gewichteter kalkulatorischer Gesamtpreis.}$

Beispiel:

Allgemeine/ Offene Eingangsberatung

- Pauschale = 60,00 €

Stabilisierende Beratung

- Grundpauschale = 1.350,00 €
 - Summe aller Pauschalen = 4.725,00 €
 - Berechnung:
 - Grundpauschale = 1.350,00 €
 - Ergänzungspauschale I = $1.350,00 \text{ €} \times 0,5 = 675,00 \text{ €}$
 - Ergänzungspauschale II = $1.350,00 \text{ €} \times 0,5 = 675,00 \text{ €}$
 - Zusatzpauschale I = $1.350,00 \text{ €} \times 0,75 = 1.012,50 \text{ €}$
 - Zusatzpauschale II = $1.350,00 \text{ €} \times 0,75 = 1.012,50 \text{ €}$
 - Summe aller Pauschalen = $1.350,00 \text{ €} + 675,00 \text{ €} + 675,00 \text{ €} + 1.012,50 \text{ €} + 1.012,50 \text{ €} = 4.725,00 \text{ €}$

Krisenintervention

- Pauschale = 80,00 €

Nachsorgende Beratung

- Pauschale = 90,00 €

Gewichteter kalkulatorischer Gesamtpreis = 3.562,25 €

- Berechnung: $0,1 \times 60,00 \text{ €} + 0,75 \times 4.725,00 \text{ €} + 0,1 \times 80,00 \text{ €} + 0,05 \times 90,00 \text{ €} = 3.562,25 \text{ €}$

B. Bewertung der Angebotspreise

Die gewichteten kalkulatorischen Gesamtpreise aller Bieter werden anschließend in Verhältnis zueinander gesetzt.

Das günstigste Preisangebot erhält die maximale Gesamtpunktzahl, mithin 245 Punkte.

Die nächsthöheren Angebote werden entsprechend des sich zum preisgünstigsten Angebot ergebenden prozentualen Abstands bepunktet. Dazu wird die Höchstpunktzahl 245 um den errechneten Prozentsatz gekürzt.

Beispiel:

Günstigstes Angebot = 1.000,00 €

Zweitgünstigstes Angebot = 1.250,00 €

Drittgünstigstes Angebot = 1.500,00 €

¹ Grund-, Ergänzungs- und Zusatzpauschalen zusammen.

Erstplatzierte (günstigstes Angebot) = 245 Punkte

Zweitplatzierte (zweitgünstigstes Angebot) = 183,75 Punkte

- Differenz Günstigstes - Zweitgünstigstes Angebot = 250,00 € = 25 % von 1.000,00 €
- 25 % von 245 Punkten = 61,25 Punkte
- Punktwert für den Zweitplatzierten = 245 Punkte - 61,25 Punkte = 183,75 Punkte

Drittplatzierte (drittgünstigstes Angebot) = 122,50 Punkte

- Differenz Günstigstes - Drittgünstigstes Angebot = 500,00 € = 50 % von 1.000,00 €
- 50 % von 245 Punkten = 122,50 Punkte
- Punktwert für den Drittplatzierten = 245 Punkte - 122,50 Punkte = 122,50 Punkte

Zuschlag

Die Punkte aus der Bewertung der Qualität des Konzepts und der Bewertung des Angebotspreises werden zu einer Gesamtsumme addiert. Das Angebot, das in der Gesamtsumme die meisten Punkte aufweist, ist gemäß § 58 Abs. 1 VgV das wirtschaftlichste Angebot und erhält das Los.

1.10 Weitere Informationen, Wirtschaftsauskünfte

Die aktuellen und vollständigen Vergabeunterlagen finden Sie im Bieterportal unter: **<https://bieterportal.hamburg.de>**

Falls Sie bereit sind, die ausgeschriebenen Leistungen zu übernehmen, geben Sie Ihr Angebot bitte ausschließlich mittels des Bieterassistenten der eVergabe ab. Der Zugang zur eVergabe steht Ihnen im Bieterportal unter **<https://bieterportal.hamburg.de>** zur Verfügung.

Der Einwand, dass der Bieter über den Umfang der Leistung oder über die Art und Weise der Ausführung nicht genügend unterrichtet gewesen sei, ist ausgeschlossen.

Die Vergabestelle behält sich vor, bei Bedarf Wirtschaftsauskünfte über einzelne Bieter bei einer Auskunftei (zzt. Creditreform und/oder Bürgel) einzuholen.

2 Vertragsbedingungen

2.1 Allgemeine Vertragsbedingungen

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) sowie die Zusätzlichen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Liefer- und Dienstleistungen (ZVB) – jeweils in der gültigen Fassung – werden Vertragsbestandteil.

Die Allgemeinen Bestimmungen der UVgO werden nicht Bestandteil des Vertrages. Weitere Regeln, Vorschriften und Normen sind ggf. in dieser Leistungsbeschreibung genannt.

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters können zum Ausschluss des Angebotes vom Vergabeverfahren führen. Einzelheiten hierzu unter Nr. 3.2 ZVB.

Alle Rechte und Pflichten des Auftraggebers im Zuge des Vertragsmanagements (Verwaltung, Anpassung, Abwicklung, Fortschreibung und Kündigung) werden durch die Vergabestelle wahrgenommen.

Der Auftragnehmer, seine Mitarbeitende sowie alle in seinem Auftrag an der Erbringung der Auftragsleistung arbeitenden Personen sind verpflichtet, alle im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags bekannt gewordenen Vorgänge, Unterlagen und Informationen vertraulich zu behandeln und nicht an Unbefugte weiterzugeben. Die Verpflichtung bleibt auch dann bestehen, wenn Mitarbeitende aus einem mit der Auftragsleistung befassten Unternehmen ausscheiden sowie nach Abwicklung des Gesamtauftrages.

2.2 Recht

Soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist, finden die Regelungen der Leistungsbeschreibung, der ZVB, der Aufforderung zur Angebotsabgabe, einschl. Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen (BWB), die VOL/B und das BGB bzw. der übrigen allgemeinen Normen in dieser Reihenfolge - insbesondere im Falle einander widersprechender Regelungen - Anwendung.

Die in der Leistungsbeschreibung genannten Regeln, Vorschriften und Normen sind ebenso in der zum Zeitpunkt der Leistungserbringung jeweils gültigen Fassung einzuhalten.

Dieser Vertrag unterliegt dem Geltungsbereich des Hamburgischen Transparenzgesetzes (HmbTG) und wird nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Transparenzportal veröffentlicht werden. Zudem kann er Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein. Siehe dazu das den Vergabeunterlagen beigelegte Formular Veröffentlichung von Verträgen, Vereinbarungen eines Rücktrittsrechts und Kennzeichnung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) bei Vergabeverfahren nach der VgV, UVgO und KonzVgV.

2.3 Ansprechpartner:in

Von der jeweiligen Bedarfsstelle und dem AN werden jeweils ein/eine Ansprechpartner/in und ein:e Vertreter:in zu Beginn des Vertrages schriftlich benannt. Die Ansprechpartner/innen beider Parteien bzw. deren Vertreter sind für alle Fragen zur Durchführung des Vertrages zuständig und üben die Kontrolle über die Verfahrensabläufe aus.

2.4 Vertragslaufzeit, Kündigung

Der Vertrag wird für die Zeit vom **01.01.2026 bis 31.12.2028** geschlossen.

Für den Fall, dass sich die Zuschlagserteilung verzögert (z.B. wegen eines Nachprüfungsverfahrens) und der 01.01.2026 überschritten wird, beginnt der Vertrag nach Zuschlagserteilung und sobald die Frist der Veröffentlichung im HmbTG-Portal abgelaufen ist. Der Vertrag läuft dann für die Zeit bis zum 31.12.2028.

Der Vertrag wird anschließend zweimalig um 24 Monate – längstens bis 31.12.2032 – verlängert werden, wenn nicht einer der Vertragspartner neun Monate vor Ablauf des Vertrags schriftlich kündigt.

Der AG kann den Vertrag fristlos kündigen, wenn wichtige Gründe vorliegen, insbesondere wenn der AN

- den Mitarbeitenden seines Betriebes die ihnen tariflich oder gesetzlich zustehenden Leistungen ganz oder teilweise vorenthält, oder wenn er in sonstige Weise gegen tarifliche Bestimmungen oder Vorschriften verstößt,
- die übernommene Leistung nicht zu dem vom AG benannten Zeitpunkt beginnt oder nicht in der dem Vertrag entsprechenden Zeit, Art und Weise ausführt und trotz schriftlicher Mahnung nicht Abhilfe schafft,
- schuldhaft gegen die aus Ziffer 1.5 dieser Leistungsbeschreibung resultierenden Verpflichtungen verstößt,

oder wenn sonstige schwerwiegende Gründe vorliegen.

Die Kündigung bedarf der Schriftform.

Es wird weiterhin auf Ziffer 6 der ZVB verwiesen.

2.5 Änderungen des Vertrages

Der Leistungsumfang kann nach Bedarf des AG erweitert, verändert oder reduziert werden. Der AG stehen dabei die Möglichkeiten des § 132 GWB zur Verfügung. Der AN kann eine Änderung des Leistungsumfanges zurückweisen, falls die Änderung für ihn unzumutbar ist. Unzumutbar ist die Änderung insbesondere, wenn der Gewerbebetrieb des ANs nicht auf die veränderte Leistung ausgerichtet ist und eine Vergabe der Leistung an Dritte nur unter erheblichen Schwierigkeiten für ihn möglich ist. Für diesen Fall hat der AN Nachweise vorzulegen und alternative Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen. Der AG hat für diesen Fall die Möglichkeit die betreffenden Leistungen ganz oder teilweise anderweitig zu vergeben.

Wird bei einer Leistungsänderung eine erhöhte Vergütung beansprucht, muss der AN dem AG dies gemäß Ziffer 2.1 ZVB anzeigen. Die Mehrkosten gegenüber der ursprünglich ausgeschriebenen Leistung sind vom AN für den AG nachvollziehbar zu begründen und mit dem AG schriftlich zu vereinbaren.

Eine seitens des AN geplante gesellschaftsrechtliche Änderung während der Laufzeit des Vertrages ist dem AG mit einem Vorlauf von 3 Monaten anzuzeigen. Der AG behält sich vor, den Vertrag aus vergaberechtlichen Gründen zu kündigen. Auf Verlangen des AG hat der AN erneut gem. den Vorgaben der Vertragsunterlagen seine Eignung nachzuweisen. Gelingt dies dem AN nicht, so hat der AG das Recht, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen.

Das nachträgliche Ausscheiden eines oder mehrerer Mitglieder aus einer Bietergemeinschaft oder der Eintritt eines oder mehrerer neuer Unternehmen in die Bietergemeinschaft während der Vertragslaufzeit sind dem AG ebenfalls mit einem Vorlauf von 3 Monaten anzuzeigen. Die Beendigung der Bietergemeinschaft oder der Eintritt eines neuen Unternehmens in die Bietergemeinschaft kann zur Kündigung des Vertrages durch den AG aus vergaberechtlichen Gründen führen. Auf Verlangen des AG hat der AN die Eignung erneut gemäß den Vorgaben der Vertragsunterlagen nachzuweisen. Gelingt dies dem AN nicht, so hat der AG das Recht, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen.

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

2.6 Datenschutzrechtliche Bestimmungen

Der AN ist verpflichtet, die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere das Sozialgeheimnis nach § 35 Sozialgesetzbuch (SGB I) und das Datengeheimnis nach § 53 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), einzuhalten.

Der AN verpflichtet sich, den Auftrag sowie sämtliche ihm hierdurch zur Kenntnis erlangten internen Angelegenheiten, Unterlagen und Informationen sowie sonstige Betriebs- und Geschäftsangelegenheiten des AG auch nach Beendigung des Vertrages vertraulich zu behandeln. Der AN hat geeignete Vorkehrungen zu treffen und steht dafür ein, dass solche Kenntnisse Dritten weder zugänglich gemacht noch sonst wie bekannt werden können.

Der AN hat ferner die Pflicht, die mit der Erbringung der Leistungen beauftragten Personen gemäß § 35 SGB I und § 53 BDSG zu verpflichten.

Der AN hat durch geeignete Maßnahmen und Vorkehrungen nach § 64 BDSG Vorsorge gegen unbefugte Systemeingriffe von außen zu treffen. Der AN hat weiter dafür Sorge zu tragen, dass seine Mitarbeiter und etwaige Dritte, denen er sich zur Erbringung seiner Leistungen bedient, ebenso Vorsorge gegen unbefugte Systemzugriffe von außen treffen.

2.7 Preisgestaltung und -bindung; Mindestlohn

Die angebotenen Preise sind **Festpreise**.

Die Einzelpreise der Positionen sind so zu kalkulieren, dass in ihnen alle Kosten der zu erbringenden Leistungen des AN enthalten sind.

Diesen Festpreisen wird bei Rechnungsstellung die Umsatzsteuer in der zum Zeitpunkt der Leistung jeweils geltenden Höhe hinzugerechnet.

Bei allen Preisen handelt es sich um Festpreise. Für den Fall einer Änderung des geltenden Umsatzsteuersatzes während der Vertragslaufzeit werden die Preise oder die vom AN geschuldete Leistung quantitativ dementsprechend angepasst.

Die Berechnung anderer oder zusätzlicher Preise, als im anliegenden Preis-/Leistungskatalog und im entsprechenden Preisblatt enthalten, ist ausgeschlossen.

Das Fordern zusätzlicher Vergütungen von den Ratsuchenden, die über die Vorgaben dieser Leistungsbeschreibung hinausgehen, ist untersagt.

Die im Technischen Leistungsverzeichnis näher beschriebene Leistung wird in mehreren Modulen erbracht. Die Angebotsgrundlage sind die unter Punkt 1.9 beschriebenen Pauschalen. Die Pauschalen werden bei der Zuschlagserteilung unterschiedlich gewichtet.

Im Verlängerungsfall kann eine Anpassung der Pauschalen in Hinblick auf gestiegene lohnabhängige Kosten auf Antrag des AN erfolgen.

Der AN verpflichtet sich, die von ihm zur Vertragserfüllung eingesetzten Beschäftigten nicht unter den für sie jeweils geltenden gesetzlichen Mindestentgelt-Regelungen, nach der jeweils gültigen Rechtsgrundlage (z.B. nach AEntG und sonstigen bundes- oder landesgesetzlichen Mindestlohnregelungen), zu entlohnen. Auch erst während der Vertragslaufzeit eingeführte Mindestentgelt-Regelungen sind vom AN einzuhalten. Der AN verpflichtet sich ferner, die Verpflichtung zur Einhaltung einer solchen Mindestentgelt-Regelung auch an die von ihm eingesetzten Subunternehmer weiterzugeben und diese Verpflichtung durchzusetzen. Hierzu ist die entsprechende Erklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes nach § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (HmbVgG) im Eignungsvordruck, Ziffer 4, bis zum Ende der Angebotsfrist vom Bieter einzureichen.

Die Angebotspreise basieren auf den Tarif- und ggf. Mindestlöhnen, die am letzten Tage der Angebotsfrist gültig waren.

Im Falle des Inkrafttretens eines neuen allgemeinverbindlichen Tarif- und Rahmenvertrages sowie bei der Erhöhung von gesetzlichen Sozialaufwendungen oder der Einführung bzw. Änderung einer sonstigen gesetzlichen Mindestlohnregelung kann der AN eine Erhöhung des Vertragspreises - für den Anteil der lohnabhängigen Kosten - beantragen; dieses kann jeweils ab der Vertragsverlängerung erfolgen.

Der AN hat dem AG alle zur Prüfung erforderlichen Nachweise zu erbringen.

2.8 Haftung

Der AN haftet in vollem Umfang nach den einschlägigen vertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen. Bei der Einschaltung von Nachunternehmern, Erfüllungsgehilfen und sonstigen Beauftragten haftet der AN für sämtliche Pflichtverletzungen so, als wenn er selbst tätig geworden wäre.

Außerdem hat der AN den AG und die Bedarfsstellen von sämtlichen Schadensersatzansprüchen Dritter freizuhalten, die im Zusammenhang mit einer Verletzung der vom AN nach dieser Leistungsbeschreibung übernommenen Pflichten gegen den AG oder die Bedarfsstellen geltend gemacht werden sollten. Eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung ist abzuschließen, soweit diese nicht schon vorhanden ist.

Der Nachweis eines entsprechenden Versicherungsvertrages sowie über die zuletzt gezahlte Versicherungsprämie ist innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zuschlagserteilung gegenüber dem AG zu erbringen.

Auf Verlangen des AG sind während der Vertragsdauer sämtliche Nachweise, aus denen sowohl die versicherte Tätigkeit als auch die vereinbarten Versicherungssummen hervorgehen und in denen die zugrunde gelegten Bedingungen genannt sind, in aktueller Fassung vorzulegen.

2.9 Rechnungsstellung

Die Finanzierung der Angebote erfolgt über Pauschalen, die gemäß dem Preisblatt für die einzelnen Module zu veranschlagen sind und von der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) erstattet werden.

Grundsätzlich erfolgt die Abrechnung nach Leistungserbringung. Der AN erhält gem. dem Grundsatz Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit § 7 Abs. 1 Satz 1 Landeshaushaltsordnung (LHO) Vorauszahlungen seitens des AG.

Der AN erhält zu Beginn jedes Quartals $\frac{1}{4}$ des erteilten Zuschlags im Voraus ausgezahlt.

Zusammen mit dem Quartalsbericht (s. Berichtspflichten im Technischen Leistungsverzeichnis unter 3.4) ist nach dem Quartalsabschluss zum 15. Kalendertag der Sozialbehörde eine Aufstellung der erfolgten Module und angefallenen Pauschalen (gem. Vorlage Abrechnung) seitens des AN einzureichen.

Schöpft der AN den Zuschlag des gesamten Jahres im Rahmen der Losgröße zu 85 % aus, so ist der AG umgehen zu informieren.

Bis spätestens zum 15.01. des Folgejahres ist eine Aufstellung der tatsächlich entstandenen Kosten inkl. der aller einzelnen Module und Pauschalen der Beratungspraxis nachzuweisen. Im Falle von Nachmeldungen sind diese zu begründen.

Auf Grundlage dessen sind der Sozialbehörde ggf. zu viel gezahlte Gelder zurückzuerstatten. Zu diesem Zeitpunkt ist auch eine Jahresprüfung (gem. dem Punkt 2.10 Kontrollen in den Vertragsbedingungen) vorgesehen.

Rechnungen sind gem. Ziffer 11 der ZVB in einfacher Ausfertigung und unter Angabe der Bestellnummer an die auftraggebende Bedarfsstelle und angegebenen Rechnungsadresse der FHH/ Sozialbehörde zu adressieren und einzureichen.

Für die Rechnungsstellung der Pauschalen ist das von der AG zur Verfügung gestellte Format (Excel-Tabelle mit vorgegebenen Auswahlangaben) zu nutzen. Im Falle einer Besonderheit, wie Abbruch wegen Tod oder Nachberechnung, ist eine Begründungen aufzuführen. Über den Endbetrag ist eine Rechnung zu stellen und diese zusammen mit der Tabelle per Post bei der zuständigen Dienststelle

Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration/ Sozialbehörde
Referat AI 31
Adolf-Schönfelder-Straße 5
22083 Hamburg

oder per eingerichtetem SharePoint oder per E-Mail an das Geschäftszimmer und/ oder die zuständige Referent/in einzureichen.

Für eine umweltschonendere, schnellere und sichere Rechnungsverarbeitung bevorzugt die Freie und Hansestadt Hamburg schon seit einigen Jahren den elektronischen Rechnungsempfang. E-Rechnungen sind durch die EU-Richtlinie 2010/45/EU mit der klassischen Papierrechnung gleichgestellt.

Die Kasse.Hamburg verarbeitet aktuell sowohl PDF-Rechnungen per Mail als auch Rechnungen nach den Standards ZUGFeRD und XRechnung

Weitere Informationen zum elektronischen Rechnungsempfang erhalten Sie hier;

<https://www.hamburg.de/kasse/13082768/e-rechnung/>

Weiterhin muss immer die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt.-ID) der FHH: DE 118509725 angegeben werden.

Es wird auf Ziffer 11 und Ziffer 12 ZVB verwiesen.

Die Leistungserbringung ist durch den AN gemäß Ziffer 2.11 dieser Vertragsbedingungen und Ziffer 3.4 im Technischen Leistungsverzeichnis zu dokumentieren.

Die Leistungsnachweise sind durch den AN für mindestens zehn Jahre nach Ende des Vertrages vorzuhalten. Der Sozialbehörde ist ein örtliches Prüfrecht einzuräumen.

Die Pauschalen gemäß Preisblatt werden wie folgt veranschlagt:

A. Die Allgemeine/ Offene Eingangsberatung (10 % der Mittel)

Die Pauschale wird pro durchgeführte Eingangsberatung pro Person veranschlagt.

B. Die Stabilisierende Beratung (75 % der Mittel)

• Grundpauschale

Wenn der AN nach der Allgemeinen/ Offenen Eingangsberatung mit der Kund:in die Stabilisierende Beratung begonnen hat, wird die erste Hälfte der Grundpauschale I veranschlagt. Der AN muss den Beginn der Stabilisierenden Beratung durch Vorlage einer von der Kunde:in unterzeichnete Erklärung (sog. Laufzettel) über den ersten Termin im Rahmen der Stabilisierenden Beratung nachweisen.

Die zweite Hälfte der Grundpauschale wird pro Fall nach viermonatiger Beratungszeit veranschlagt.

• Ergänzungspauschalen im Rahmen der Erstbetreuung

Ergänzungspauschalen im Rahmen der Erstbetreuung werden pro Fall gezahlt, sofern die Beratungszeit zusätzlich zu der oben genannten viermonatigen Beratungszeit zwei bzw. vier Monate dauert. Die Ergänzungspauschalen sind gleich hoch. Sie sind jeweils nach der zusätzlichen Beratungszeit von je zwei Monaten fällig und können ab diesen Zeitpunkten veranschlagt werden.

Die Höhe zweier Ergänzungspauschalen im Rahmen der Erstbetreuung beträgt die Höhe einer Grundpauschale.

• Zusatzpauschalen im Rahmen der Verlängerungsbetreuung

Zusatzpauschalen im Rahmen der Verlängerungsbetreuung werden pro Fall veranschlagt, sofern die Beratungszeit zusätzlich zu der achtmonatigen Beratungszeit im Rahmen der Erstbetreuung drei bzw. sechs Monate dauert. Die Zusatzpauschalen sind gleich hoch. Sie sind jeweils nach der zusätzlichen Beratungszeit von je drei Monaten zu veranschlagen.

Die Höhe zweier Zusatzpauschalen im Rahmen der Verlängerungsbetreuung beträgt die Höhe von 1,5 Grundpauschalen.

C. Die Krisenintervention (10 % der Mittel)

Die Pauschale wird pro durchgeführte Beratung pro Person veranschlagt.

D. Die Nachsorgende Beratung (5 % der Mittel)

Die Pauschale wird pro durchgeführte Beratung pro Person veranschlagt.

Abbruch

Wird eine Beratung während der Laufzeit einer Pauschale abgebrochen, kann diese – unabhängig von dem Grund des Abbruchs – grundsätzlich nicht anteilig berechnet werden. Ist der Abschluss der Stabilisierenden Beratung abweichend hierzu wegen Tod der Kund:in nicht mehr möglich, ist die Abrechnung anteilig mit der Hälfte der jeweiligen Fallkostenpauschale für das Beratungsmodul, in dem sich die Kund:in befand, zulässig, wenn die Beratung bereits seit mehr als zwei Monaten durchgeführt wurde und die regelmäßige Durchführung der wöchentlichen Termine nachprüfbar dargelegt wird. In der Rechnungsstellung ist dies kenntlich zu machen.

Die zu Beginn gezahlte Hälfte der Grundpauschale I wird bei Abbruch nicht zurückgefordert.

Ausscheiden / Ruhen / Ende des Leistungsbezuges

Wird eine Beratung während der Laufzeit einer Pauschale wegen Krankheit oder zur Teilnahme an einer Rehabilitationsmaßnahme unterbrochen, ruht das Beratungsverhältnis und kann unabhängig von der Dauer der Krankheit auf Grundlage der Zuweisung von Jobcenter team.arbeit.hamburg (JC t.a.h) wieder aufgenommen werden. Diese Kunden sind in den quartalsweisen Berichten gemäß Ziffer 3.4 des Technischen Leistungsverzeichnisses entsprechend als ruhend zu dokumentieren. Die AN entscheidet nach billigem Ermessen, ob die Beratung aufgrund einer längeren Unterbrechung ruht oder als endgültig abgebrochen gewertet wird. Eine auch anteilige Berechnung einer Pauschale findet in diesen Fällen (s.o.) nicht statt.

Scheidet die Kund:in aus dem SGB II-Bezug in Hamburg aus bevor die Beratung abgeschlossen wird, kann die jeweilige Beratungsphase fortgeführt und nach Abschluss abgerechnet werden.

2.10 Kontrollen

Der AN ist verpflichtet, für alle Beratungsmodule Listen mit Namen und vorhandenen weiteren Kontaktdaten der Personen, die beraten wurden oder bei denen eine Beratung begonnen und abgebrochen wurde sowie den Gutschein durch das JC t.a.h und die Erklärungen der Ratsuchenden über die erfolgte Durchführung der Stabilisierenden Beratung und ihrer Verlängerungen mindestens zehn Jahre nach Ende des Vertrages vorzuhalten und der Sozialbehörde für stichprobenhafte Kontrollen im Rahmen einer Jahresprüfung mindestens einmal im Jahr – in den Räumlichkeiten der AN – Einsicht in diese Unterlagen zu gewähren.

Der AN gestattet den Mitarbeitenden der Bedarfsstelle zu den betriebsüblichen Zeiten das Betreten des Betriebsgeländes und das Besichtigen aller Räume und Anlagen, die im Rahmen der Erfüllung dieses Vertrages benutzt werden.

Das besondere Kontrollrecht des AG wird durch diese Bestimmungen nicht berührt. Es umfasst auch stichprobenartige, unangemeldete Kontrollen aller Räume und Anlagen des AN, die im Rahmen der Erfüllung dieses Vertrages benutzt werden.

Der AN hat die korrekte Mittelverwendung auf Anforderung prüfen zu lassen und dazu zeitgerecht entsprechende Unterlagen vorzulegen.

2.11 Berichtspflichten

Der AN ist verpflichtet, die unter Ziffer 3.4 im Technischen Leistungsverzeichnis genannten Berichte der AG quartalsweise zur Verfügung zu stellen. Die Berichte sind mindestens zehn Jahre nach Ende des Vertrages aufzubewahren.

Weiteres ist unter dem Punkt 2.9 Rechnungsstellung zu beachten.

2.12 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, berührt dies nicht die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gilt eine wirksame und durchführbare Regelung als vereinbart, die dem wirtschaftlichen Zweck der zu ersetzenden Bestimmung so weit wie möglich entspricht. Entsprechendes gilt für etwaige Lücken im Vertrag.

3 Technisches Leistungsverzeichnis

3.1 Zielsetzung

Bei den Angeboten der Lebenslagenberatung handelt es sich um kommunale Eingliederungsleistungen gemäß § 16 a Nr. 3 des SGB II. Die kommunalen Eingliederungsleistungen – zu denen neben der Psychosozialen Betreuung auch die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen, die Schuldnerberatung und die Suchtberatung zählen – haben zum Ziel, zur Verwirklichung einer ganzheitlichen und umfassenden Betreuung und Unterstützung bei der Eingliederung in Arbeit beizutragen. Die Psychosoziale Beratung und Betreuung soll verhindern, dass die Eingliederung von SGB II-Leistungsempfänger:innen an Schwierigkeiten scheitert, die in der allgemeinen Lebensführung ihren Grund haben. Sie bereitet insoweit die Aufnahme einer Beschäftigung oder weiterführender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen vor.

Die Lebenslagenberatung zielt auf die Bearbeitung, die Unterstützung, die Bewältigung und den Abbau von psychosozialen Problemlagen, die die Vermittlung in Arbeit behindern und die nicht auf einem diagnostizierten Krankheitsbild beruhen. Die Grenzen der Psychosozialen Betreuung zum psychiatrischen und medizinischen Bereich auf der einen Seite und zur sozialpädagogischen und sozialen Arbeit auf der anderen Seite sind fließend.

Daneben umfasst die Lebenslagenberatung alle koordinierten Maßnahmen im Rahmen einer professionellen Beratung der einzelnen Person, die zur psychischen und sozialen Stabilisierung dienen. Die Bewältigung der komplexen Problemlage, der Abbau oder die Verringerung von Vermittlungshemmnissen sind wichtige Voraussetzungen, um das mit der Beratung verknüpfte Ziel einer Wiederherstellung der Vermittlungsfähigkeit direkt in den Arbeitsmarkt oder zumindest einer Befähigung zur Teilnahme an weiterführenden Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung zu erreichen.

Die AG überträgt dem AN die Durchführung der Lebenslagenberatung im Sinne des § 16 a Nr. 3 SGB II i.V.m. § 1 SGB I.

3.2 Zielgruppe

Die Betreuung nach § 16 a Nr. 3 SGB II soll grundsätzlich Hamburger SGB II-Leistungsempfänger:innen (U25 und Ü25) vorbehalten sein, deren Teilnahme an weiterführenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen oder Aufnahme einer Beschäftigung an Gründen scheitert, die in der allgemeinen Lebensführung begründet sind.

Solche Gründe können insbesondere sein:

- Probleme in der Wohnsituation
- Probleme im familiären Umfeld
- Probleme im Umgang mit Stress und Belastungssituationen
- Gesundheitliche Einschränkungen bzw. Probleme im Bereich der Gesundheitsvorsorge

Die Lebenslagenberatung ist ein Angebot für

- Menschen, die Leistungen nach SGB II beziehen (Bürgergeld),
- Jugendliche, denen absehbar SGB II-Leistungsbezug droht,
- Selbstständige, die regelhaft monatsweise im Leistungsbezug sind,
- Arbeitslose im Rechtskreis SGB III (Arbeitslosengeld I), die vor einem Übergang in SGB II (Bürgergeld) stehen.

Desgleichen soll ein Übergang aus dem SGB II in das SGB XII nicht zu einem Abbruch einer begonnenen und noch nicht abgeschlossenen Beratung führen (sog. Randgruppen SGB II). Die Angehörigen der Zielgruppe können zwischen den geförderten Lebenslagenberatungsstellen innerhalb Hamburgs (unabhängig vom Wohnort) frei wählen.

3.3 Leistungen und Leistungsumfang

Die Vergabe erfolgt in sieben Losen. Das Angebot muss pro Los folgende Module mit den beschriebenen Inhalten umfassen:

A. Die Allgemeine/ Offene Eingangsberatung

Die Allgemeine bzw. Offene Eingangsberatung stellt den offenen Zugang für alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Rechtskreis des SGB II und seinen Randgruppen dar, die um eine Beratung nachsuchen.

Die Allgemeine/ Offene Eingangsberatung muss im persönlichen Gespräch – nicht telefonisch – erbracht werden.

Ziel der Allgemeinen/ Offenen Eingangsberatung ist es festzustellen,

- a) ob bzw. welchen Bedarf an psychosozialer Beratung Beratungssuchende haben,
- b) ob sie in einer Notlage sind oder
- c) ob es sich lediglich um eine Beratung im Umgang mit dem JC t.a.h handelt.

In den Fällen a) und b) können Ratsuchende – soweit sie zur Zielgruppe der Beratungseinrichtung zählen – in die Stabilisierende Beratung oder Krisenintervention überwiesen werden.

Die Eingangsberatung kann maximal einmal von einer aufsuchenden Person aufgesucht werden.

Wenn ein Bedarf für eine längerfristige Beratung von der Beratungsstelle anerkannt ist, wird der bzw. dem Hilfesuchenden – sofern SGB II-leistungsberechtigt – eine Anmeldung für eine Psychosoziale Beratung bzw. Betreuung ausgehändigt, mit dem der bzw. die Hilfesuchende die Ansprechperson im JC t.a.h aufsucht. Dort wird eine Prüfung vorgenommen, ob Vermittlungshemmnisse in der allgemeinen Lebensführung vorliegen und eine psychosoziale Betreuung notwendig ist; eine Prüfung ist in jedem Einzelfall erforderlich. Die Zustimmung des JC t.a.h für die Teilnahme einer Person an einer Stabilisierenden Beratung (max. 8 Monate) sowie ihrer Verlängerung (um max. 6 Monate) ist in jedem Fall vorzulegen. Um eine Flexibilität für den Bedarf im Einzelfall zu gewährleisten sind folgende Optionen möglich:

In den Fällen nach c) kann die Beratungsstelle eine einmalige Klärung des Anliegens durchführen. In den Fällen, in denen eindeutig das JC t.a.h verantwortlich ist, sind Ratsuchende entsprechend zu unterrichten und an das JC t.a.h zurückzuverweisen.

Die Regelung von Tatbeständen, die in den Verantwortungsbereich des JC t.a.h gehören, können nicht Gegenstand der Psychosozialen Beratung gemäß § 16 a Nr. 3 SGB II sein.

B. Die Stabilisierende Beratung

Die Stabilisierende Beratung umfasst den Kernbereich der Psychosozialen Beratung. Sie zielt im Rahmen eines strukturierten Fallmanagements auf das Erkennen, die Bearbeitung und den Abbau von psychosozialen Problemlagen, die die Vermittlung in Arbeit behindern und die nicht auf einem diagnostizierten Krankheitsbild beruhen.

Die Stabilisierende Beratung ist im persönlichen Gespräch zu erbringen. Erfordern die Umstände des Hilfesuchenden im Ausnahmefall ein flexibleres Beratungsformat, kann eine telefonische oder digitale Beratung (z.B. Videoberatung) erfolgen.

Die Stabilisierende Beratung ermöglicht eine Betreuung bis zu acht Monaten (Erstbetreuung) mit einmaliger Verlängerungsoption um weitere sechs Monate (Verlängerungsbetreuung), vergl. Ziffer 1.9. Die Beratung erfolgt in regelmäßigen wöchentlichen Kontakten und Begleitung entsprechend den Erfordernissen des Einzelfalls, Durchführung von Fallkonferenzen und Kontakten der Berater:in zu unterstützenden Stellen bei Bedarf.

Der Verweis durch das JC t.a.h bzw. die Kontaktaufnahme mit der zuständigen Integrationsfachkraft bei Zugang über eine Allgemeine Beratung oder Krisenintervention ist der Regelfall und sichert die enge Zusammenarbeit von JC t.a.h und Trägern sowie ein Ineinandergreifen der Maßnahmen.

Die erste Zustimmung des JC t.a.h zur Stabilisierenden Beratung umfasst 8 Monate. Davon müssen von der Beratungsstelle mindestens 4 Monate erbracht werden, eine Verlängerung um 2 Monate und weitere 2 Monate können nach Bedarf erfolgen (vier Monate mit Grundpauschale zzgl. jeweils zwei Monate mit Ergänzungspauschalen I und II).

Der Verlängerung der Stabilisierenden Beratung um weitere 6 Monate muss das JC t.a.h nach Vorlage eines Zwischenberichts (s. Vordruck Bericht JC t.a.h) durch die Beratungsstelle und der Begründung des Bedarfs erneut zustimmen (zweite Zustimmung). Davon müssen von der Beratungsstelle mindestens 3 Monate erbracht werden, eine Verlängerung um weitere 3 Monate kann nach Bedarf erfolgen (drei Monate Zusatzpauschale I sowie drei Monate Zusatzpauschale II).

Die eingeleiteten Hilfemaßnahmen sowie die Bewertung der durchgeführten Unterstützungsmaßnahmen hinsichtlich ihres Erfolges sind seitens der Träger der Psychosozialen Beratung und Betreuung zu dokumentieren. Den Abschluss der Stabilisierenden Beratung bildet ein schriftliches Fallresümee an JC t.a.h mit einer weiteren Vorgehensempfehlung für die Arbeitsvermittlung oder das Fallmanagement. Im Einzelfall kommt auch eine Fallkonferenz mit dem JC t.a.h zur Übergabe in Betracht.

Der Nachweis, dass die Stabilisierende Beratung inkl. Erstbetreuung und ihre Verlängerung stattgefunden haben, ist bei einer Stichprobe durch Sozialbehörde jeweils durch die Vorlage einer vom Kunden unterzeichneten Erklärung zu führen (Anlage des Kooperationsvereinbarung – sog. Laufzettel).

C. Die Krisenintervention

Beim Krisenmanagement geht es darum, in unmittelbaren Notlagen (z. B. Trennung vom Partner o. Ä.) SGB II-Leistungsberechtigte zu beraten und insbesondere in Abstimmung mit dem JC t.a.h Lösungen zur unmittelbaren Überwindung der Problemlagen zu entwickeln. In persönlichen Notlagen, die keinen direkten Bezug mit Handlungen des JC t.a.h haben, entscheidet die Beratungsstelle nach eigener Maßgabe über weitere Schritte.

Im Krisenmanagement oder der Notfallberatung wird vor Ort geklärt, ob Hilfesuchende zur Zielgruppe gehören und nach Einschätzung der Beratungsstelle einer psychosozialen stabilisierenden Beratung bedürfen.

Die Krisenberatung muss im persönlichen Gespräch – nicht telefonisch – erbracht werden. Die Krisenintervention kann maximal drei Mal von einer aufsuchenden Person aufgesucht werden.

Wenn ein Bedarf für eine längere, Stabilisierende Beratung von der Beratungsstelle anerkannt wird, wird der bzw. dem Hilfesuchenden – sofern SGB II-leistungsberechtigt – eine Anmeldung für eine Psychosoziale Beratung bzw. Betreuung ausgehändigt, mit der der bzw. die Hilfesuchende die Ansprechperson im JC t.a.h aufsucht. Dort wird eine Prüfung vorgenommen, ob Vermittlungshemmnisse in der allgemeinen Lebensführung vorliegen und eine Psychosoziale Betreuung notwendig ist; eine Prüfung ist in jedem Einzelfall erforderlich. Die Zustimmung des JC t.a.h für die Teilnahme einer Person an einer Stabilisierenden Beratung ist in jedem Fall (s.o.) vorzulegen.

D. Die Nachsorgende Beratung

Ziel der Nachsorgenden Beratung ist es, Hilfesuchenden, die eine längerfristige Beratung abgeschlossen haben, durch aktive Kontaktaufnahme seitens der Beratungsstellen eine niedrigschwellige Möglichkeit zu verschaffen, um den Kontakt zu den Beratungsstellen wieder zu reaktivieren und dadurch den Übergang in ggf. weitere Maßnahmen zu unterstützen. Gleichzeitig hat die nachsorgende Beratung den Zweck, Erfolg und Nachhaltigkeit der in der längerfristigen Beratung durchgeführten Maßnahmen und Schritte zu überprüfen.

Die Nachsorgende Beratung umfasst maximal drei Monate mit einer zumindest monatlichen Kontaktaufnahme durch den AN. Die Nachsorgende Beratung kann im persönlichen Gespräch, telefonisch oder digital erbracht werden. Die Kontakte, die dort angesprochenen Themen und die Bewertung der durchgeführten Beratungen sind zu dokumentieren.

3.4 Berichtspflichten

Der AN muss den Stand der Beratungstätigkeit quartalsweise bis zum 15. des Folgemonats nach Quartalsende auswerten und der AG hierzu schriftlich zukommen lassen.

In der Anlage Quartalsstatistik sind statistische Erhebungsmerkmale für die Module für den Berichtszeitraum zu erfassen.

Statistisch fachliche Daten für alle Module:

- Aufgewendete Beratungszeit in Stunden
- Anzahl der Personen aufgestellt nach
- Geschlecht (Mann, Frau und Divers)
 - Altersschichtung (bis 25, 26-35, 36-45, 46-55, über 55)
 - Verweisart (JC t.a.h, eigener Verweis oder Netzwerkpartner, etc.)
 - Bildungsabschluss Schule (Kein Abschluss, Hauptschule, Mittlerer Bildungsabschluss, Abitur, Sonstiges)
 - Bildungsabschluss Beruf (Kein Abschluss, duale Ausbildung, Studium ohne Abschluss, Studium mit Abschluss, Bildungsabschluss, Sonstiges)
 - Familienstand (alleinlebend, in Partnerschaft lebend)
 - Kinder (ja, nein)
 - Hilfebezug (SGB II, SGB III, SGB XII, andere)
 - Hilfebedarf (berufliche, gesundheitliche, wohnungsbezogene, finanzielle, familiäre Probleme, Sucht, sonstiges)
 - Übergang aus Modulen in andere Module

Der AN legt jährlich einen Jahresbericht über den Auftrag der Sozialbehörde vor, spätestens bis zum 31. März des Folgejahres.

Dieser Bericht enthält neben den Zahlen des 4. Quartals, die Gesamtjahreszahlen wiedergeben, zudem Angaben zur Ausführung des Auftrags und auch Angaben zur Qualitätssicherung.

Im Einzelnen eine Gliederung für den Jahresbericht, welche Punkte enthalten sein müssen:

- Einleitung: Angaben zur Ausführung des Auftrags als kurzer allgemeiner Bericht
- Angaben zu relevanten soziodemographischen Daten der beratenen Personen (zudem Teilnahme Randgruppen und Auswertung nach Geschlecht, Kundenprofile)
- Beratungsanliegen
- Einordnung von Deutschkenntnissen der Hilfesuchenden/ Bedarfe an Fremdsprachen/ Übersetzung
- Einschätzung zu den Grundbildungs- und Schreibkompetenzen (Analphabeten)
- Jahresstatistik/ Kennzahlen – hier ist auch ebenfalls Übersicht der durchschnittlichen Verweildauer der Klient:innen in der Stabilisierenden Sozialberatung und Nachsorgenden Beratung, wie auch die durchschnittliche Anzahl der erfolgten Termine zu erfassen
- Resümee und Kennzahlen Wartezeit und Warteliste
- Auffälligkeiten Kundenzu- und abgänge (Beendigungen, Abbrüche mit Gründen, andere auffälligen Tendenzen)
- Angaben zur Qualitätssicherung und Erfolgsmessung
- Netzwerken und Öffentlichkeitsarbeit
- Zusammenarbeit mit JC t.a.h und Sozialbehörde und ggf. Netzwerkpartnern
- Ausblick: Zielsetzung/ weiterführende Maßnahmen

Fließtext ist nicht unbedingt an allen Stellen notwendig. Hierbei sind kurze Fakten oder eine kurze Einschätzung sowie stichwortrelevante Aufstellungen relevant.

3.5 Beratungsstelle

Die Beratungsstelle muss in folgenden Bereichen über Erfahrung mit der Gruppe der SGB II-Leistungsberechtigten verfügen:

- Hilfeplanarbeit: Unter Hilfeplanarbeit ist der Gesamtprozess von der Beratung und Beteiligung über die Bedarfsfeststellung und Aufstellung eines Hilfeplans bis hin zu Beendigung einer Einzelfallhilfe zu verstehen.
- Lösungsorientierte Beratung: Die lösungsorientierte Beratung meint die umgehende Fokussierung für mögliche Lösungen des aktuellen Problems, anstatt sich mit dem Ergründen des Problems auseinanderzusetzen.
- Krisenintervention: Krisenintervention in sozialen und psychischen Problemsituationen.

Leistungen zur Qualitätssicherung

Der AN stellt eigenständig die Qualität seiner Maßnahmen durch geeignete Maßnahmen sicher (z.B. Fortbildungen der Mitarbeitenden, Controlling und Berichtswesen).

Insbesondere sind die Angebote auch für Menschen mit Migrationshintergrund ausreichend bekannt zu machen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Personengruppe eine Beratungsaufnahme zu ermöglichen.

3.6 Personal

Der AN muss bei der Personalausstattung der Beratungsstelle folgende Kriterien erfüllen:

Im Auftragsfall sind in der Beratungsstelle ab Vertragsbeginn mindestens zwei festangestellte Berater:innen (Vollzeitstellen) mit abgeschlossener sozialpädagogischer/ sozialarbeiterischer Hoch- oder Fachhochschulausbildung zuzüglich der Leitung und der Verwaltung einzusetzen. Diplom-Pädagog:innen mit dem Studienschwerpunkt Sozialpädagogik werden ebenfalls zugelassen.

Die Vollzeitstellen können auch durch mehrere festangestellten Teilzeitkräfte ausgefüllt werden. Mit dieser Personalausstattung ist eine durchgehende Vertretung im Urlaubs- und Krankheitsfall sicherzustellen.

Für den Fall, dass weitere Standorte eingerichtet werden sollen, muss auch dort die persönliche, sozialpädagogische/ sozialarbeiterische Beratung sichergestellt sein.

Interkulturelle Kompetenz der Berater:innen, Erfahrung im Umgang mit Kunden verschiedener kultureller Prägung und die Fähigkeit, angemessen mit ihnen zu interagieren, wird begrüßt.

Im Übrigen müssen die Berater:innen insgesamt über Erfahrung mit der Beratung der Zielgruppe nach Ziffer 2 dieses Verzeichnisses, insbesondere im Bereich gemäß § 16 a Nr. 3 SGB II oder vergleichbare Erfahrung verfügen. Außerdem muss der Personaleinsatz qualitativ und quantitativ dem Technischen Leistungsverzeichnis entsprechen.

Die Arbeitsbedingungen des Personals müssen den arbeitsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Eine der Qualifikation des Personals entsprechende Vergütung wird vorausgesetzt.

Der vorgesehene Personaleinsatz und der Nachweis des ggf. vorhandenen Personals einschließlich der Qualifikation, Erfahrungen im Umgang mit der Zielgruppe und der Dauer der Berufserfahrung sind im Angebot darzustellen.

3.7 Zugang zum Standort: Örtliche und zeitliche Erreichbarkeit

Die Sozialbehörde strebt eine breite Verteilung des Angebots der Lebenslagenberatung an, um eine breite Zugänglichkeit für die Zielgruppe sicherzustellen und prekäre Quartiere abzudecken. Es wird im Vorhinein jedoch keine regionale oder bezirkliche Verteilung festgelegt. Bei der Gegenüberstellung der überzeugendsten bzw. stärksten Konzepten wird die angemessene Standortverteilung miteinbezogen.

Die Räumlichkeiten der Beratungsstelle müssen für die Leistungsempfänger:innen in angemessener Zeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. Die Anforderungen zur Barrierefreiheit sind bei der Zugänglichkeit zu beachten. Durch eine entsprechende Ausschilderung ist die Auffindbarkeit zu gewährleisten.

Die Beratungsstelle muss von Montag bis Freitag in den Zeiten von 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr erreichbar sein (Geschäftszeiten).

3.8 Räumliche und technische Ausstattung

Die Räumlichkeiten und deren Ausstattung haben den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften (z.B. Arbeitsstättenverordnung, Brandschutzbestimmungen) zu entsprechen. Die Gewährleistung einer vertraulichen Beratung der Leistungsempfänger:in muss durch separate Räumlichkeiten innerhalb der Beratungsstelle sichergestellt werden. Dabei muss der Schutz der persönlichen Daten gewährleistet sein.

Es müssen pro Los mindestens zwei Beratungsräume für Einzelberatungen und ein Wartebereich bereitstehen.

Der AN muss eine angemessene technische Ausstattung (insbesondere Telefon, PC, Internetanschluss, Kopierer) bereithalten. Die Arbeitsplätze müssen der Arbeitsstättenverordnung sowie dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Hierbei zählt zudem eine Internetseite, die den Anforderungen der Barrierefreiheit entspricht und in einfacher Sprache formuliert ist.

Die vorgesehene räumliche und technische Ausstattung – wie auch die Beachtung der Anforderungen für Barrierefreiheit – ist im Angebot darzustellen.

3.9 Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern der Lebenslagenberatung

Die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern in der Lebenslagenberatung der Sozialbehörde und JC t.a.h ist für den AN verpflichtend. Hierzu zählt auch die Teilnahme eines Vertreters an den quartalsweise stattfindenden Steuerungsunden mit den Kooperationspartnern in der Lebenslagenberatung.

Über die konkrete Zusammenarbeit mit dem JC t.a.h wird die beigefügte Kooperationsvereinbarung über die Zusammenarbeit geschlossen.

3.10 Bewilligung der erbrachten Leistung

Vor dem Beginn der Stabilisierenden Beratung ist ein Verweis des Kunden durch JC t.a.h in die Beratung erforderlich (die Bescheinigung/ Gutscheinausgabe erfolgt durch JC t.a.h). Die Verlängerung der Stabilisierenden Beratung um weitere 6 Monate muss ebenfalls durch JC t.a.h bewilligt werden (s. Vordruck Bericht JC t.a.h).

Für die Teilnahme an der Allgemeinen/ Offenen Eingangsberatung, der Krisenintervention und der Nachsorgenden Beratung sind keine vorhergehenden Bewilligungen erforderlich.

3.11 Wartezeiten

Der AN ist bestrebt, die Wartezeiten für die Aufnahme der Beratungsleistung so kurz wie möglich zu halten.

Der AN ist verpflichtet, Wartelisten zu führen. Der AG hat die Aktualität des Bedarfs regelmäßig zu überprüfen, d.h. der AN hat die Klient:innen regelmäßig diesbezüglich zu kontaktieren, um sicherzustellen, ob weiterhin Bedarf besteht oder die Person anderweitig Hilfestellung erhalten hat. Die Wartezeit beginnt mit der verbindlichen Anmeldung der Klient:in für die Stabilisierende Beratung nach Erhalt des Gutscheins von JC t.a.h.

3.12 Übergangsregelungen

Sollte ein AN, der in diesem Vergabefahren einen Zuschlag erhalten hat, bereits vor dem 01.01.2026 eine öffentlich-geförderte Lebenslagenberatungsstelle in Hamburg betrieben haben, setzt er die Beratungen der bereits in die Stabilisierenden und Nachsorgenden Beratung aufgenommenen Kund:innen fort. Bereits vor dem 01.01.2026 ausgezahlte Vergütungen werden auf die jeweiligen Pauschalen (Ziffer 11 der Besonderen Vertragsbedingungen) angerechnet. Für die zum 01.01.2026 abgeschlossenen Verfahren der Stabilisierenden Beratung kann ab dem 01.01.2026 auch die Nachsorgende Beratung ermöglicht werden.

AN, die in diesem Vergabeverfahren einen Zuschlag erhalten haben, sind in Abstimmung mit der AG verpflichtet, ggf. Kunden anderer Lebenslagenberatungsstellen aufzunehmen, die vor dem 01.01.2026 eine öffentlich-geförderte Lebenslagenberatungsstelle in Hamburg betrieben haben und keinen Zuschlag erhalten haben. In Abstimmung mit der vorherigen Beratungsstelle kann die Beratung fortgesetzt werden. Die Fälle werden in der Abrechnung wie neue Fälle behandelt. Die Wartezeiten sind möglichst kurz zu halten.

Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Liefer- und Dienstleistungen

Hinweis: Die Paragraphen beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der Fassung vom 05.08.2003 - (BANz. Nr. 178a).

1. Art und Umfang der Leistungen (zu § 1)

- 1.1 Die angebotenen Preise sind Festpreise ohne Umsatzsteuer. Dem Preis ist der Umsatzsteuerbetrag im Angebot unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes hinzuzufügen (Vordruck *Angebot*).
- 1.2 Durch die vereinbarten Preise sind im Zweifel sämtliche Leistungen des Auftragnehmers abgegolten, einschließlich aller Nebenleistungen wie die Erstellung von Betriebs-, Bedienungs-, Gebrauchsanweisungen u. ä. in deutscher Sprache, der Transport inkl. Verpackung, Versicherung und Anlieferung an den bestimmungsgemäßen Leistungsort, das Aufstellen bzw. Installieren vor Ort und sonstige Kosten und Lasten wie Patentgebühren und Lizenzvergütungen.

2. Änderungen der Leistung (zu § 2)

- 2.1 Beansprucht der Auftragnehmer bei Leistungsänderungen oder anderen Anordnungen der Auftraggeberin eine höhere Vergütung, muss er das unverzüglich vor der Ausführung, möglichst der Höhe nach, schriftlich anzeigen. Die Vorschriften des § 132 GWB bzw. des § 47 UVgO bleiben unberührt.
- 2.2 Sind Einheitspreise vereinbart, ist der Auftragnehmer bei marktgängigen Erzeugnissen verpflichtet, auf Verlangen der Auftraggeberin eine Mehrleistung bis zu 10 % der beauftragten Mengen auf Grundlage des vertraglichen Einheitspreises zu erbringen oder mit einer Minderung bis zu 10 % einverstanden zu sein. Dies gilt nicht für Rahmenvereinbarungen.
- 2.3 Nummer 2.2 gilt nicht bei Minderleistungen, wenn nach Mengen gestaffelte Preise oder Rabatte wirksam gebunden sind.

3. Ausführungsunterlagen (zu §§ 3, 4)

- 3.1 Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zu Grunde gelegt werden, die die Auftraggeberin ausdrücklich als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet hat. Die vertragliche Verantwortung und Haftung des Auftragnehmers, insbesondere nach § 4 Nr. 1 Absatz 1 und § 14 VOL/B, werden hierdurch nicht eingeschränkt.
- 3.2 Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) des Auftragnehmers gelten nur, soweit sie den Bedingungen der Auftraggeberin nicht widersprechen. Beinhalten sie – ggf. nach Auslegung – eine Änderung der Vergabeunterlagen, führt das zum Angebotsausschluss (§ 42 Abs. 1 Nr. 4 UVgO bzw. § 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV).

4. Ausführung der Leistung (zu §§ 4, 10)

- 4.1 Der Auftragnehmer hat bei der Leistungsausführung stets die landesrechtlichen Regelungen im Hamburgischen Vergabegesetz (HmbVgG) vom 13.02.2006 (HmbGVBl. S. 57) in aktueller Fassung zu beachten.
- 4.2 Solange der Vertrag nicht vollständig erfüllt ist, hat der Auftragnehmer jede Änderung der geforderten Nachweise, Angaben und Unterlagen (vgl. Vordruck *Eignung*) der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen.
- 4.3 Die Auftraggeberin ist befugt, sich von der vertragsgemäßen Leistungsausführung zu unterrichten.
- 4.4 Der Auftragnehmer hat ihm zur Leistungsausführung überlassene Gegenstände vor unbefugtem Gebrauch zu schützen.
- 4.5 Die Bewachung und Verwahrung des Besitzes des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen (inkl. Unterkünfte, Arbeitsgeräte, Arbeitskleidung usw.) ist Sache des Auftragnehmers, auch wenn sich diese Gegenstände auf Grundstücken oder in Räumen der Auftraggeberin befinden.
- 4.6 Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin spätestens zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs (Nr. 9.3) das Eigentum an dem geleisteten Gegenstand uneingeschränkt und frei von Rechten Dritter zu verschaffen.
- 4.7 Ein Leistungsgegenstand ist an den von der Empfangsstelle bezeichneten Leistungsort (z.B. Räume, Grundstücksteile) zu liefern. Jeder Lieferung ist ein Lieferschein beizufügen, der die Bestellscheinnummer, das Geschäftszeichen, die Warenbezeichnung und das Lieferdatum enthält.
- 4.8 Zu liefernde Geräte müssen den zum Lieferzeitpunkt geltenden Gesetzen, Normen und Standards entsprechen, insbesondere dem Produktsicherheitsgesetz (Gesetz über die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt, BGBl. I 2021, S. 3146) in der jeweiligen Fassung.
- 4.9 Im Angebot benannte Unterauftragnehmer (Nachunternehmer) oder Bezugsquellen darf der Auftragnehmer nicht ohne die vorherige Zustimmung der Auftraggeberin wechseln (Vordrucke *Angebot* und *BWB*).

5. Pflichtverletzungen (zu § 7)

Hat die Auftraggeberin einem Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers gesetzlichen Schadensersatz zu leisten, steht ihr der Rückgriff gegen den Auftragnehmer zu, soweit der Schaden durch den Auftragnehmer oder seine Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursacht wurde. Hat ein Verschulden der Auftraggeberin oder ihrer Erfüllungsgehilfen mitgewirkt, ist § 254 BGB entsprechend anwendbar.

6. Kündigung und Rücktritt (zu § 8)

- 6.1. Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen, wenn über sein Vermögen die Eröffnung eines Insolvenz- oder vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens beantragt wird.
- 6.2. Die Auftraggeberin kann den Vertrag fristlos kündigen oder von ihm zurücktreten, wenn der Auftragnehmer eine Person, die auf Seiten der Auftraggeberin mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst ist, oder ihr nahe stehenden Personen oder einem Dritten in ihrem Interesse einen Vorteil anbietet, verspricht oder gewährt. Den Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.
- 6.3. Die Auftraggeberin kann den Vertrag fristlos kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer oder seine Unterauftragnehmer schuldhaft gegen ihm obliegende Anforderungen oder Verpflichtungen aus den §§ 3, 3a, 5 oder 10 HmbVgG verstoßen.

7. Vertragsstrafe (zu § 11)

- 7.1 Der Auftragnehmer ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe verpflichtet, wenn er schuldhaft gegen eine der Verpflichtungen aus den §§ 3, 3a, 5 und 10 HmbVgG verstößt. Dies gilt auch dann, wenn der Verstoß von einem seiner Unterauftragnehmer (Nachunternehmer) zu vertreten ist.
- 7.2 Die Vertragsstrafe beträgt je Verstoß bis zu 1 % der Abrechnungssumme. Die Summe aller zu zahlenden Vertragsstrafen wird auf maximal 5 % der Abrechnungssumme begrenzt.
- 7.3 Vertragsstrafenvereinbarungen und Schadensersatzansprüche für die Überschreitung von Ausführungsfristen bleiben unberührt; hierbei werden die Vertragsstrafen auf die Schadensersatzansprüche angerechnet.
- 7.4 Der Anspruch auf eine vereinbarte Vertragsstrafe erlischt erst nach vorbehaltlos geleisteter Schlusszahlung.

8. Güteprüfung (zu § 12)

- 8.1 Zu einem Angebot eingereichte Muster und Proben (Vordruck *BWB*) müssen die in der Leistungsbeschreibung bezeichnete Beschaffenheit haben. Sie verbleiben bis zur Vertragserfüllung als verbindliches Qualitätsmuster bei der Auftraggeberin.
- 8.2 Fordert der Auftragnehmer die Muster und Proben nicht binnen eines Monats nach Vertragsende auf eigene Kosten zurück, werden sie bis zum Stückwert von 10 Euro ohne Berechnung von der Auftraggeberin übernommen. Ab einem Stückwert von 10 Euro werden die Muster und Proben nach Vertragsende in Absprache mit den Vertragspartnern
 - entweder von der letzten Teillieferung abgesetzt, gegen Empfangsbestätigung an den Auftragnehmer ausgehändigt bzw. im Ausnahmefall auf dessen Kosten zurückgesandt,
 - oder anderen Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg überlassen.
- 8.3 Verlangt die Auftraggeberin eine im Vertrag nicht vereinbarte Güteprüfung, hat sie die dadurch entstandenen Kosten des Auftragnehmers zu tragen. Zeigt die Güteprüfung, dass die gelieferten Waren nicht den Anforderungen entsprechen, hat der Auftragnehmer die Kosten für die Güteprüfung zu tragen und die durch die Güteprüfung verbrauchten oder wertlos gewordenen Waren werden nicht vergütet.

9. Abnahme (zu § 13)

- 9.1 Bei Aufbauleistungen hat der Auftragnehmer die (Teil-) Abnahme rechtzeitig in Textform zu beantragen.
- 9.2 Die Leistung gilt als abgenommen
 - bei Lieferungen: mit der vorbehaltlosen Schlusszahlung oder
 - bei Aufbauleistungen: 12 Werktagen nach Eingang des in Textform gestellten Antrages auf Abnahme, soweit die Auftraggeberin die Abnahme nicht verweigert.
- 9.3 Die Gefahr geht auf die Auftraggeberin über
 - bei Lieferungen: mit der Entgegennahme durch die Empfangsstelle oder
 - bei Aufbauleistungen: mit der Abnahme.

10. Mängelansprüche und Verjährung (zu § 14)

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beginnt mit Gefahrübergang (Nr. 9.3). Bei wiederkehrenden Leistungen ist die Einzelleistung maßgeblich.

11. Rechnung (zu § 15)

- 11.1 Alle Rechnungen des Auftragnehmers müssen soweit vorhanden die Angaben zu PSP-Element, Sachkonto und Mittelbindungsnummer enthalten, die bei der Auftragserteilung angegeben wurden. Ab einem Auftragswert von 1.000 Euro (ohne USt.) ist der Auftragnehmer verpflichtet, seine Rechnungen an die FHH im Standardformat XRechnung elektronisch zu übermitteln; in Ausnahmefällen können Rechnungen auch als PDF oder im ZUGFeRD Format per E-Mail an den Zentralen Rechnungseingang der Freien und Hansestadt Hamburg übermittelt werden.
- 11.2 Die Rechnung ist in Übereinstimmung mit dem Angebot mit den Preisen ohne Umsatzsteuer aufzustellen. Von den Preisen sind alle vereinbarten Nachlässe, Skonti usw. abzuziehen. Zum verbleibenden Netto-Rechnungsbetrag sind der Umsatzsteuersatz und der Umsatzsteuerbetrag gesondert aufzuführen. Am Ende der Rechnung ist der geforderte Zahlungsbetrag einschließlich Umsatzsteuer zu nennen.
- 11.3 Nach Vereinbarung können Teilrechnungen für selbstständige Teillieferungen/-leistungen eingereicht werden.
- 11.4 Wurden Abschlags- oder Vorauszahlungen vereinbart, sind der Umsatzsteuersatz und die darauf entfallende Umsatzsteuer in der Rechnung offen auszuweisen. Diese Umsatzsteuerbeträge sind vom Gesamtbetrag der Umsatzsteuer in der Schlussrechnung wieder abzusetzen.

12. Zahlung (zu § 17)

- 12.1 Der Rechnungsbetrag wird ausschließlich bargeldlos auf ein in der Rechnung angegebenes Konto gezahlt.
- 12.2 Skontofristen beginnen mit dem Rechnungseingang (Eingangsdatum der E-Rechnung oder Eingangsdatum der E-Mail), jedoch
- bei Aufbauleistungen: nicht vor dem Tag der Abnahme und
 - bei allen anderen Leistungen: nicht vor dem Tag der Erfüllung.
- 12.3 Die Auftraggeberin ist berechtigt, mit allen Gegenforderungen – auch aus anderen Rechtsverhältnissen – aufzurechnen. Unter Verzicht auf das Erfordernis der Gegenseitigkeit nach § 387 BGB willigt der Auftragnehmer ein, dass Forderungen der Bundesrepublik Deutschland oder der FHH gegen Forderungen des Auftragnehmers an eine dieser Körperschaften aufgerechnet werden. Dabei ist unerheblich, ob der Auftragnehmer die Lieferungen oder Leistungen allein übernommen hat oder als gesamtschuldnerisch haftendes Mitglied einer Bieter-/Arbeitsgemeinschaft.

13. Sicherheitsleistung (zu § 18)

- 13.1 Für die Vertragserfüllung kann eine Sicherheit in Höhe von fünf Prozent der Netto-Auftragssumme und für die Erfüllung von Mängelansprüchen eine Sicherheit in Höhe von drei Prozent der Netto-Auftragssumme verlangt werden. Nach Feststellung der Abrechnungssumme ist diese maßgeblich. Sicherheitsbeträge werden auf volle 10,- Euro nach unten abgerundet.
- 13.2 Leistet der Auftragnehmer die Sicherheit nicht binnen 18 Werktagen nach Zuschlagserteilung, behält die Auftraggeberin zehn Prozent von jeder Abschlagszahlung ein, bis die Höhe der Sicherheit erreicht ist. Werden keine Abschlagszahlungen geleistet, wird die Sicherheit von der Abrechnungssumme einbehalten.
- 13.3 Die Sicherheit wird nach Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche freigegeben, wenn während dieser Frist keine Mängel festgestellt werden. Werden Mängel vor Fristablauf festgestellt, bleibt die Sicherheit bis zur Mängelbeseitigung gesperrt.

14. Streitigkeiten (zu § 19)

- 14.1 Bei Meinungsverschiedenheiten ist zunächst die Entscheidung der für die Abnahme der Leistung zuständigen Stelle herbeizuführen. Deren Entscheidung gilt als anerkannt, wenn der Auftragnehmer nicht binnen eines Monats bei der Auftraggeberin schriftliche Einwendungen erhebt.
- 14.2 Für die Auslegung des Vertrages ist der Vertragswortlaut in deutscher Sprache maßgeblich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache.
- 14.3 Die vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen der Vertragspartner regelt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
- 14.4 Gerichtsstand für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis ist Hamburg.

Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen

Vorbemerkungen

Erreicht oder überschreitet der geschätzte Auftragswert den EU-Schwellenwert, erfolgt das Verfahren zur Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen nach dem Vierten Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vom 17.02.2016 (BGBl. I S. 203) sowie nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) vom 12.04.2016 (BGBl. I, S. 624) in aktueller Fassung.

Unterschreitet der geschätzte Auftragswert den EU-Schwellenwert, richtet sich das Vergabeverfahren nach der Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwellenvergabeordnung – UVgO) vom 02.02.2017 (BAntz AT 07.02.2017 B1) in aktueller Fassung.

Unterschreitet der geschätzte Auftragswert 100.000 Euro, richtet sich das Vergabeverfahren nach der UVgO in aktueller Fassung sowie den hierzu erlassenen Erleichterungen in Ziffer I.5 der Hamburgischen Vergaberichtlinie (HmbVgRL).

In jedem Fall hat ein Teilnehmer (Bewerber oder Bieter) die landesrechtlichen Vorgaben im Hamburgischen Vergabegesetz (HmbVgG) vom 13.02.2006 (HmbGVBl. S. 57) in aktueller Fassung zu beachten.

Diese Bewerbungsbedingungen gelten für die Abgabe von Angeboten über Liefer- und Dienstleistungen, soweit die vorgenannten Regelungsregime keine abweichende Regelung treffen. Sie gelten für die Abgabe von Teilnahmeanträgen entsprechend.

1. Vergabeunterlagen

- 1.1 Die Vergabeunterlagen dienen der Erstellung eines Angebotes für die öffentliche Auftraggeberin. Ihre Verwendung für andere Zwecke bedarf der Zustimmung der Auftraggeberin. Soweit die Vergabeunterlagen nicht frei im Internet verfügbar sind, ist ihr Inhalt vertraulich zu behandeln. Der Teilnehmer hat über die ihm während des Vergabeverfahrens bekanntgewordenen dienstlichen Angelegenheiten stets – auch nach Beendigung der Angebotsphase – Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu seine mit der Angebotserstellung befassten Mitarbeiter sowie etwaige Unterauftragnehmer und Lieferanten zu verpflichten.
- 1.2 Der Bieter ist für die Verwendung der jeweils aktuellen Fassung der Vergabeunterlagen selbst verantwortlich. Er hat die Vergabeunterlagen nach Erhalt auf Vollständigkeit und Klarheit zu prüfen. Enthalten sie nach seiner Auffassung Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, hat er die Vergabestelle unverzüglich vor Abgabe des Teilnahmeantrags bzw. Angebots in Textform darauf hinzuweisen. Andernfalls gehen etwaige Nachteile zu seinen Lasten. Änderungen der Vergabeunterlagen durch die Auftraggeberin während der Angebotsfrist werden von der Auftraggeberin unverzüglich angezeigt.
- 1.3 Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Führt die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen durch den Bieter – ggf. nach Auslegung – zu Änderungen oder Ergänzungen der Vergabeunterlagen, hat das einen Angebotsausschluss nach § 42 Abs. 1 Nr. 4 UVgO bzw. § 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV zur Folge.

2. Schutz des Wettbewerbs

- 2.1. Angebote von Teilnehmern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen (vgl. § 124 GWB). Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Teilnehmer auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.
- 2.2. Die Auftraggeberin führt vor der Erteilung des Zuschlags in einem Vergabeverfahren mit einem geschätzten Auftragswert ab 30.000 Euro (ohne USt.) regelhaft eine Abfrage beim bundesweiten Wettbewerbsregister durch zu demjenigen Bieter, der den Auftrag erhalten soll. Die Abfrage erfolgt bei Bietergemeinschaften für jedes Mitgliedsunternehmen. Die Teilnehmer müssen die für die Registerabfrage erforderlichen Angaben auf dem Vordruck *Eignung* machen und die betroffenen Personen über die Weitergabe der Daten an die Auftraggeberin informieren (vgl. Vordruck *DSGVO-Information*); andernfalls kann kein Zuschlag erteilt werden.

3. Angebote

- 3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.
- 3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Der Bieter ist für seine Angebotsabgabe auf Grundlage der jeweils aktuellen Vergabeunterlagen verantwortlich.

Die Vergabestelle darf vom Teilnehmer eine Registrierung mit seinen elektronischen Zugangsdaten verlangen. Bei Nutzung eines elektronischen Vergabemanagementsystems muss der Teilnehmer die Aktualität seiner verwendeten Software sicherstellen.

Soweit die Vordrucke zu wenig Platz bieten, kann der Teilnehmer seine Angaben in einer Anlage machen. Die Anlage ist eindeutig als zum Angebot gehörig zu kennzeichnen und muss zweifelsfrei einer Ordnungsnummer des jeweiligen Vordrucks zugeordnet sein; etwaige Zweifel gehen zu Lasten des Teilnehmers.

- 3.3 Soweit eine Besichtigung gefordert wird, hat der Teilnehmer vor Angebotsabgabe die örtlichen Gegebenheiten in Absprache mit dem jeweiligen Ansprechpartner der Auftraggeberin in Augenschein zu nehmen. Die ausgefüllte und von der Auftraggeberin unterschriebene Besichtigungsbestätigung ist dem Angebot beizufügen.
- 3.4 Das Angebot ist bis zum Ablauf der Angebotsfrist in der von der Auftraggeberin vorgegebenen Form einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerechtes Angebot wird ausgeschlossen.
- 3.5 Alle Unterlagen, die die Vergabestelle vor oder nach der Angebotsabgabe von dem Bieter verlangt, sind zu dem vorgegebenen Zeitpunkt einzureichen.
- 3.6 Ein Angebot muss die Preise und alle geforderten Erklärungen, Angaben und Nachweise enthalten.
Unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden; Gleiches gilt für Angebote, zu denen geforderte Proben und Muster nicht oder nicht bedingungsgemäß zum vorgeschriebenen Zeitpunkt eingereicht werden.
- 3.7 Geforderte Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein. Sie dürfen nicht mit Name/Firma oder anderer Kennzeichnung des Bieters versehen sein. Für ihre Auszeichnung sind ausschließlich die den Vergabeunterlagen beigefügten Musterzettel zu verwenden. Für Muster und Proben wird keine Vergütung gewährt, sofern nicht die Vergabeunterlagen ausdrücklich etwas anderes erklären. Ein Bieter kann seine nicht gewählten Muster und Proben innerhalb von 14 Kalendertagen nach Ablauf der Bindefrist auf eigene Kosten zurückfordern, sofern sie bei der Angebotsprüfung nicht verbraucht wurden und ihr Stückwert 10 Euro übersteigt; Danach werden die Muster und Proben entsorgt.
- 3.8 Alle Preise sind in Euro, mit höchstens sechs Nachkommastellen und ohne Umsatzsteuer anzugeben. Dem Preis ist der Umsatzsteuerbetrag im Angebot unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes hinzuzufügen.
- 3.9 Jeder Bieter darf im Vergabeverfahren mehrere Hauptangebote einreichen, wenn dies nicht von der Vergabestelle in ihrer Ausschreibung ausgeschlossen wurde. Ein weiteres Hauptangebot wird jedoch nur zugelassen, wenn es sich zu dem/den anderen Hauptangeboten nicht nur allein im Preis unterscheidet.
- 3.10 Jeder Bieter darf auch ggf. zugelassene Nebenangebote (Nr. 4) einreichen. Will ein Unterauftragnehmer bei mehreren Bietern tätig werden, ist von ihm und den jeweiligen Bietern mit dem Angebot darzulegen, dass eine Wettbewerbsbeeinträchtigung oder -verfälschung ausgeschlossen ist; etwaige Zweifel gehen zu Lasten der Bieter.
- 3.11 Ist eine Losvergabe vorgesehen, kann der Bieter nach den Festlegungen der Vergabestelle ein Angebot für sämtliche oder einzelne Lose abgeben.
- 3.12 Soweit die Vergabeunterlagen nicht ausdrücklich etwas anderes vorsehen, werden für die Ausarbeitung des Angebots keine Kosten erstattet.

4. Nebenangebote

- 4.1 Sind Nebenangebote zugelassen, muss der Bieter sein Nebenangebot deutlich als solches kennzeichnen und mit der Angebotsabgabe nachweisen, dass es die formalen Einreichungsvoraussetzungen und die geforderten Mindestanforderungen erfüllt.
- 4.2 Sofern sich aus den Vergabeunterlagen nichts anderes ergibt, sind Nebenangebote, die in technischer Hinsicht von der Leistungsbeschreibung abweichen, auch ohne Abgabe eines Hauptangebotes zugelassen sowie andere Nebenangebote (z.B. über Zahlungsbedingungen, Gleitklauseln) nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen.
- 4.3 Der Bieter hat die im Nebenangebot enthaltenen Leistungen (insbesondere die Abweichung des Nebenangebots vom Hauptangebot) eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten. Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Leistungsausführung erforderlich sind. Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.
- 4.4 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).

- 4.5 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.4 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

5. Unteraufträge

Beabsichtigt der Bieter eine Ausführung von Teilen der Leistung durch Unterauftragnehmer (Nachunternehmer), sind Art und Umfang dieser Leistungen im Angebot anzugeben und die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Die Vorgaben des § 26 UVgO bzw. § 36 VgV sowie die landesrechtlichen Bestimmungen (insbesondere die §§ 3, 3a, 5, 7 und 10 HmbVgG) sind zu beachten.

6. Bietergemeinschaften

- 6.1 Bietergemeinschaften sind nur zulässig, wenn sie keine wettbewerbsbeschränkende Wirkung im Sinne des § 1 GWB haben. Dies ist insbesondere bei horizontalen Bietergemeinschaften (Gemeinschaft von Bietern aus der selben Branche) gesondert zu prüfen.
- 6.2 Es ist unzulässig, für die ausgeschriebene Leistung ein eigenes Angebot abzugeben und sich zugleich als Mitglied einer Bietergemeinschaft oder vergleichbar am Wettbewerb beteiligen (sog. Mehrfachbeteiligung).
- 6.3 Bietergemeinschaften haben zusammen mit ihrem Angebot die von allen Mitgliedern unterschriebenen Erklärungen im Vordruck *Bietergemeinschaft* abzugeben.
- 6.4 Die Erklärungen im Vordruck Bietergemeinschaft sind durch nachprüfbare Angaben und Unterlagen glaubhaft zu machen. Dabei sind insbesondere die Gründe für die Bildung der Bietergemeinschaft darzulegen.

7. Eignung

- 7.1 Der Teilnehmer (auch als Bietergemeinschaft) muss zum vorläufigen Nachweis seiner Eignung bei allen Verfahren zur Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen die im Vordruck *Eignung* enthaltene Eigenerklärung über das Vorliegen der Eignungsanforderungen und Ausführungsbedingungen sowie das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen in rechtswirksam unterschriebener Form (bei der Angebotsabgabe in elektronischer Form über die E-Vergabe oder via E-Mail genügt der Name der handelnden Person) übermitteln.
- Die Einreichung erfolgt mit dem Teilnahmeantrag (bei Verfahren mit Teilnahmewettbewerb) oder mit dem Angebot (bei Verfahren ohne Teilnahmewettbewerb). Bei einem Auftragswert von unter 100.000 Euro kann die Vergabestelle vorläufig auf die Einreichung des Vordrucks *Eignung* verzichten, behält sich jedoch dessen nachträgliche Anforderung vor.
- 7.2 Die im Vordruck *Eignung* geforderten Nachweise, Angaben und Unterlagen sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen.
- Dies gilt auf gesondertes Verlangen auch für Nachweise, Angaben und Unterlagen über Nachunternehmer. Bei Nutzung eines Präqualifizierungsverfahrens gelten die Vorgaben im Vordruck *Eignung*.
- 7.3 Teilnehmer, die den Nummern 7.1 und 7.2 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

8. Losentscheid

Wird die Anzahl der Bewerber beim Teilnahmewettbewerb nach § 36 Abs. 1 UVgO begrenzt und die Höchstzahl an geeigneten Bewerber überschritten, so werden die geeigneten Bewerber durch Losen ausgewählt.

Bei wertungsgleichen Angeboten folgt die Zuschlagsentscheidung den von der Auftraggeberin festgelegten Maßgaben. Die Auftraggeberin behält sich vor, das Los entscheiden zu lassen.

9. Sonderregelung für Rahmenvereinbarungen

Für die Vergabe von Lieferungen und Dienstleistungen aufgrund einer Rahmenvereinbarung gelten diese Bewerbungsbedingungen mit folgender Maßgabe:

- 9.1 Das Angebot darf nur enthalten
- die Angabe der Preise bzw. der Stundenlohnverrechnungssätze für Stundenlohnarbeiten,
 - sonstige in den Vergabeunterlagen geforderte Erklärungen, Angaben und Nachweise.

Auf Verlangen der Vergabestelle hat der Bieter die Urkalkulation zum geforderten Zeitpunkt vorzulegen.

- 9.2 Nebenangebote (Nr. 4) sind bei Rahmenvereinbarungen nicht zuzulassen.

**Veröffentlichung von Verträgen, Vereinbarung eines Rücktrittsrechts
und Kennzeichnung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen
nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG)
bei Vergabeverfahren nach VgV, UVgO und KonzVgV**

I. Anwendungsbereich

Nachfolgende Musterformulierungen sind in allen förmlichen Vergabeverfahren mittels dieses Formblatts zum Bestandteil der Vergabeunterlagen zu machen. Bei Verhandlungsvergaben ist alternativ eine der unten unter II. stehenden Formulierungen und der Text unter III. in geeigneter Form in den Vertrag aufzunehmen. Bei Vergaben, die mit dem elektronischen Bestellwesen abgewickelt werden, werden diese Vorgaben vom System bereits berücksichtigt.

II. Wirksamkeit und Veröffentlichung des Vertrages; Rücktrittsrecht

(Zutreffendes ist von der Vergabestelle anzukreuzen:)

☒ Dieser Vertrag ist ein Vertrag der Daseinsvorsorge (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 HmbTG) oder ein Vertrag, an dessen Veröffentlichung ein öffentliches Interesse besteht und dessen Veröffentlichung die wirtschaftlichen Interessen der Freien und Hansestadt Hamburg nicht erheblich beeinträchtigt (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 HmbTG).

Der Gegenstandswert liegt über (netto) 100.000 Euro (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 HmbTG). Damit gilt:

1. Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) und wird nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht werden. Zudem kann er Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
2. Verträge, die unter § 10 Abs. 2 HmbTG fallen, werden erst einen Monat nach ihrer Veröffentlichung im Informationsregister wirksam. Die FHH kann binnen dieses Monats zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

☐ Dieser Vertrag ist kein Vertrag der Daseinsvorsorge (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 HmbTG) und auch kein Vertrag, an dessen Veröffentlichung ein öffentliches Interesse besteht und dessen Veröffentlichung die wirtschaftlichen Interessen der Freien und Hansestadt Hamburg nicht erheblich beeinträchtigt (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 HmbTG)

oder der Gegenstandswert liegt unter (netto) 100.000 Euro (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 HmbTG). Damit gilt:

1. Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen, die nach derzeitiger Bewertung jedoch nicht gegeben sind, wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht.
2. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

III. Kennzeichnung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen; Haftung

Der Bieter ist gemäß § 7 Abs. 3 HmbTG verpflichtet, bereits im Angebot die Dokumente in geeigneter Form zu kennzeichnen, welche nach seiner Einschätzung Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthalten, und dies ggf. zu begründen. Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach dem HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

Eignungsvordruck

Eigenerklärungen über die Eignung und Auftragsausführung gemäß § 7 HmbVgG sowie § 35 UVgO oder § 48 VgV

Dieser Vordruck ist Teil der Vergabeunterlagen zum

Vergabeverfahren: Durchführung von Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16 a Nr. 3 SGB II

Vergabe-Nr.: FB 2024001745

Verfahrensart (§ 8 UVgO; § 14 VgV): Offenes Verfahren (EU)

Ausfüllhinweise für den Teilnehmer

Dieser Vordruck enthält die erforderlichen **Eigenerklärungen** für den vorläufigen Nachweis über die Eignungsanforderungen (Nr. 1-2), das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Nr. 3) und die geforderten Ausführungsbedingungen (Nr. 4).

Der Teilnehmer (Bewerber oder Bieter) gibt die geforderten Eigenerklärungen mit Einreichung dieses Vordrucks bei der Vergabestelle ab und macht ggf. weitere Angaben durch Ankreuzen oder Eintragung (siehe jeweils die *Bearbeitungshinweise*). Er bestätigt die Vollständigkeit und Richtigkeit seiner Angaben durch seine Unterschrift oder Namensangabe am Ende des Vordrucks. Er muss den Vordruck mit dem Teilnahmeantrag (bei Verfahren mit Teilnahmewettbewerb) oder mit dem Angebot (bei Verfahren ohne Teilnahmewettbewerb) bei der Vergabestelle einreichen.

Hinweis: Wird der Vordruck im Namen einer Bietergemeinschaft (siehe § 32 UVgO oder 43 VgV) abgegeben, erfolgen die Angaben zu den Nr. 1-2 und 4-5 für die Bietergemeinschaft als Gesamtheit und zu Nr. 3 für jedes einzelne Mitglied der Bietergemeinschaft, und es ist zusätzlich der Vordruck Bietergemeinschaft einzureichen.

Die Vergabestelle wird die Eigenerklärungen vor der Zuschlagserteilung ggf. durch entsprechende Registerabfragen verifizieren. Auch muss der Teilnehmer die geforderten **Angaben, Nachweise und Unterlagen** zur Bestätigung seiner Eigenerklärungen fristgerecht vorlegen (nach Wahl der Vergabestelle mit dem Teilnahmeantrag, dem Angebot oder auf gesondertes Verlangen; siehe dazu den Vordruck *Aufforderung Angebotsabgabe*). Auf gesonderte Anforderung muss ein Teilnehmer auch alle geforderten Angaben, Nachweise und Unterlagen für seine Nachunternehmer vorlegen.

Hinweis: Teilnehmer mit Sitz im Ausland legen jeweils vergleichbare Nachweise vor. Fremdsprachige Bescheinigungen oder Erklärungen werden nur in deutscher Übersetzung berücksichtigt.

Eignungsanforderungen (§§ 31 ff. UVgO oder §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV)

- **Angaben bei Präqualifizierung:**

Nach § 122 Abs. 3 GWB kann ein Teilnehmer seine Eignung teilweise auch durch Teilnahme an einem Präqualifikationssystem nachweisen (<https://amtliches-verzeichnis.ihk.de/>).

Eine Präqualifizierung besteht

☐ nein

☐ ja Ich/Wir nehme/n an folgendem Präqualifikationssystem teil:

Die PQ-Nummer und der dazugehörige Code lauten:

Die von der Präqualifizierung nicht erfassten Angaben, Nachweise und Unterlagen (insbesondere Nr. 4) bleiben weiterhin vorzulegen.

- **Angaben für Registerabfragen:**

Die Vergabestelle ist gem. [§ 6 WRegG](#) vor der Erteilung des Zuschlags verpflichtet oder berechtigt, eine Abfrage beim Wettbewerbsregister (WRegG v. 18.07.2017, BGBl. I S. 2739) durchzuführen. Dazu werden folgende Angaben gemacht:

(Bearbeitungshinweis: Bietergemeinschaften müssen die Angaben für jedes Mitgliedsunternehmen einzeln machen.)
Unternehmen (Firma/Name, Sitz/Postanschrift, Rechtsform):

Registergericht oder Genehmigungsbehörde:

☐ Handelsregisternummer: (s. Nr. 1) oder Geschäftsnummer der Genehmigungsbehörde:

☐ Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (UST-IdNr.): (falls vorhanden)

☐ Wirtschafts-Identifikationsnummer (falls vorhanden)

1. Fachkunde

Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (§ 33 UVgO; § 44 VgV) werden folgende Angaben gemacht:

- Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister Ihres Sitzes oder Wohnsitzes (§ 44 VgV)
 - ☐ Ich bin/Wir sind eingetragen im Handelsregister
 - ☐ Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.

Zur Bestätigung werden **auf gesondertes Verlangen** folgende Unterlagen vorgelegt: Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug, Eintragung in Berufsregister/Handwerksrolle/Industrie- und Handelskammer.
 - Ich/Wir werde/n schon jetzt die nachstehenden zusätzlichen Unterlagen über meine/unsere Berechtigung oder Mitgliedschaft zur Dienstleistungserbringung nach § 44 Abs. 2 VgV der Vergabestelle vorlegen:
 - Ich/Wir werde/n die nachstehenden zusätzlichen Unterlagen über meine/unsere Berechtigung oder Mitgliedschaft zur Dienstleistungserbringung nach § 44 Abs. 2 VgV **auf gesondertes Verlangen** der Vergabestelle vorlegen:
-

2. Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit (§ 33 UVgO; § 45 VgV) werden folgende Angaben gemacht:

- Ich/Wir erkläre/n, über die zur Leistungsausführung erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten zu verfügen und auf Verlangen geeignete Unterlagen als Nachweis vorzulegen.
- Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren:
(*Bearbeitungshinweis: Bitte konkrete Jahreszahlen angeben!*)

Die vorstehenden Zahlen werden auf Verlangen durch Vorlage geeigneter Unterlagen nachgewiesen.

- Ich/Wir werde/n die nachstehenden sonstigen Unterlagen nach § 45 Abs. 4 VgV **auf gesondertes Verlangen** der Vergabestelle vorlegen:

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (§ 33 UVgO; § 46 VgV) werden folgende Angaben gemacht:

- Ich/Wir erkläre/n, über die erforderlichen personellen und technischen Mittel sowie ausreichend Erfahrung zu verfügen, um den Auftrag in der geforderten Qualität auszuführen. Als Nachweis werden schon jetzt folgende Unterlagen vorgelegt:
Als Nachweis werden auf Verlangen der Vergabestelle geeignete Unterlagen vorgelegt.

- Referenzen über vergleichbare Leistungen:

☐ Ich/Wir habe/n in den letzten ☐ drei ☐ Jahren vergleichbare Leistungen ausgeführt.

Zur Bestätigung werden ☒ geeignete ☐ Referenznachweise (bei Teilnahmewettbewerb mit dem Teilnahmeantrag, ansonsten auf Verlangen) aus den letzten ☒ drei / ☐ Jahren vorgelegt, die mindestens die Art der Leistung, die Auftragssumme, den Zeitraum der Auftragsausführung und den Ansprechpartner angeben.

☐ Ich/Wir habe/n in den letzten drei Jahren keine vergleichbare Leistungen ausgeführt, bin/sind aber aus den folgenden Gründen dennoch geeignet, den Auftrag auszuführen:

- Ich/Wir werde/n die nachstehenden sonstigen Unterlagen nach § 46 Abs. 3 VgV der Vergabestelle vorlegen:

Nimmt ein Teilnehmer zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch (sog. Eignungsleihe nach § 34 UVgO oder § 47 VgV), gilt Folgendes:

(Bearbeitungshinweis: Die Eignungsleihe ist strikt von der Inanspruchnahme von Unterauftragnehmern abzugrenzen. Die Eignungsleihe betrifft nur die Übernahme von Arbeitsmitteln und Know-How von Drittunternehmen, jedoch nicht die teilweise Leistungserbringung durch diese. Jedoch kann ein Unternehmen, das als Unterauftragnehmer eingesetzt wird, immer auch für die Eignungsleihe in Anspruch genommen werden.)

- Zulässigkeit der Eignungsleihe

☒ Die Eignungsleihe ist ohne Einschränkung nach § 34 UVgO oder § 47 VgV zulässig.

☐ Die Eignungsleihe ist beim vorliegenden EU-Vergabeverfahren für folgende kritische Aufgaben ausgeschlossen (§ 47 Abs. 5 VgV):

- Zusätzliche Angaben bei einer zulässigen Eignungsleihe (vom Teilnehmer anzukreuzen):

Hinweis: Bei der Eignungsleihe erstreckt sich die Eignungsprüfung auf jedes Unternehmen („Eignungsleiher“), dessen sich der Teilnehmer zum Nachweis seiner Eignung bedient.

☐ Zum Nachweis der Leistungsfähigkeit werden keine Kapazitäten anderer Unternehmen beansprucht.

☐ Zum Nachweis der Leistungsfähigkeit werden Kapazitäten anderer Unternehmen beansprucht.

Folgende Eignungsleiher werde/n ich/wir für folgende Leistungsteile in Anspruch nehmen (einschließlich solcher Unterauftragnehmer, die ich/wir ebenfalls für die Eignungsleihe verwende/n):

Hinweis: Die fehlende oder unvollständige Benennung führt zwingend zum Ausschluss vom Wettbewerb.

Eignungsleiher Name/Firma, Anschrift, Geschäftsführung	eignungsrelevanter Leistungsteil nach Art und Umfang anzugeben

☐ Ich/Wir verfüge/n über die Mittel jedes Eignungsleihers (§ 34 Abs. 1 UVgO oder § 47 Abs. 1 VgV). Ein geeigneter Nachweis hierüber wird auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle unverzüglich vorgelegt.

Hinweis: Die geforderten Erklärungen, Nachweise und Unterlagen aus Nr. 2-3 des Vordrucks sollen auf gesondertes Verlangen unverzüglich für jeden Eignungsleiher vorgelegt werden (§ 34 Abs. 2 UVgO oder § 47 Abs. 2 VgV).

☐ Ich/Wir hafte/n gemeinsam mit dem Eignungsleiher für die Auftragsausführung (§ 34 Abs. 3 UVgO oder § 47 Abs. 3 VgV). Diese Haftungserklärung ist von entsprechenden Vollmachten jedes Eignungsleihers gedeckt, die der Vergabestelle auf gesondertes Verlangen unverzüglich vorgelegt werden.

3. Ausschlussgründe

Zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen, insbesondere nach den §§ 123, 124 GWB, werden folgende Angaben gemacht:

(*Hinweis: Teilnehmer oder Bieter muss Zutreffendes ankreuzen. Die §§ 123ff. GWB sind unter: http://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_123.html abrufbar.*)

a.) Ausschlussgründe nach dem GWB

- ☐ Für mein/unser Unternehmen liegt kein Ausschlussgrund nach § 123 GWB oder § 124 GWB vor.
- ☐ Für mein/unser Unternehmen liegt ein Ausschlussgrund des § 123 GWB oder § 124 GWB vor, aber es wurden folgende Maßnahmen zur Selbstreinigung nach § 125 GWB ergriffen, die die Zuverlässigkeit des Unternehmens wieder herstellen (*Hinweis: Teilnehmer oder Bieter muss Ausschlussgrund und Selbstreinigungsmaßnahme be-nennen*):

Ich/Wir füge/n zum Nachweis entsprechende Unterlagen und Erläuterungen bei. Mir/Uns ist bekannt, dass fehlende Nachweise zum Ausschluss aus dem laufenden Vergabeverfahren führen können.

b.) Ausschlussgründe nach weiteren Gesetzen; Beachtung weiterer rechtlicher Vorgaben

- ☐ Es liegen keine der Ausschlussvoraussetzungen nach [§ 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung \(SchwarzArbG\)](#), [§ 21 Arbeitnehmerentsendegesetz \(AEntG\)](#), [§ 19 des Mindestlohngesetzes \(MiLoG\)](#), [§ 98c des Aufenthaltsgesetzes \(AufenthG\)](#) sowie [§ 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes \(LkSG\)](#) vor.
- ☐ Das Preisrecht (insbes. [VO PR 30/53 vom 21.11.1953](#) in gültiger Fassung) wurde beachtet.

4. Ausführungsbedingungen

Zu den Ausführungsbedingungen nach den §§ 3, 3a, 3b und 7 des Hamburgischen Vergabegesetzes (HmbVgG) werden folgende Angaben gemacht:

- **Tariftreue und Mindestlohn nach § 3 HmbVgG** (*Nur bei Dienstleistungen auszufüllen.*)

Ich/Wir werde/n im Fall der Auftragserteilung das Tarifvertragsgesetz, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und andere gesetzliche Bestimmungen über Mindestentgelte beachten (§ 3 Abs. 1 u. 2 HmbVgG).

Mein/Unser Unternehmen entlohnt seine **Beschäftigten**

Hinweis: Zutreffendes ist durch den Teilnehmer anzukreuzen.

- ☐ nach folgendem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag, an den es nach Arbeitnehmerentsendegesetz gebunden ist:
- ☐ nach folgendem Tarifvertrag:
- ☐ (ohne Auszubildende) bei der Leistungsausführung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein Mindestlohn nach § 1 Abs. 2 Mindestlohngesetz (MiLoG vom 11.08.2014, BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung, da es keinem Tarifvertrag unterliegt (§ 3 Abs. 2 HmbVgG).
- ☐ Mein/Unser Unternehmen beschäftigt keine Mitarbeiter, sodass sich die Frage nach einer Tarifbindung oder Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohnes nicht stellt.

Im Hinblick auf die Tariftreue und den Mindestlohn habe ich folgende gesetzlichen Anforderungen zur Kenntnis genommen und bestätige dies mit meiner Unterschrift am Ende der Erklärung:

1. Bei der Leistungsausführung durch Leiharbeiter bin/sind ich/wir verpflichtet dafür zu sorgen, dass der Verleiher seinen Beschäftigten bei der Leistungsausführung das gleiche Arbeitsentgelt gewährt wie vergleichbaren Arbeitnehmern meines/unseres Unternehmens (§ 3 Abs. 3 HmbVgG).
2. Ich bin/Wir sind verpflichtet vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten. Auf gesondertes Verlangen werden sie dem Auftraggeber vorgelegt und Einblick in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen sowie die geschlossenen Unteraufträge gewährt. Die Beschäftigten wurden auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen (§ 10 HmbVgG).
3. Ich bin/Wir sind verpflichtet bei der Leistungsausführung nur **Unterauftragnehmer** einzusetzen, die sich verpflichten, ihren Beschäftigten (ohne Auszubildende) die vorgenannten Mindestentgelte nach Tarif oder Mindestlohngesetz zu zahlen und vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen bereitzuhalten. Ich/Wir werde/n die Einhaltung dieser Vorgaben kontrollieren (§ 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG).

• Sozialverträgliche Beschaffung nach § 3a HmbVgG

Die Sozialverträgliche Beschaffung nach § 3a HmbVgG umfasst folgende Warengruppen:

1. Bekleidung: Arbeitskleidung, Uniformen etc. (z.B. T-Shirts, Hemden, Hosen, Schuhe)
2. Stoffe und Textilwaren (z.B. Vorhangstoffe, Teppiche)
3. Naturkautschuk-Produkte (z.B. Einmal-/Arbeitshandschuhe, Reifen, Gummibänder)
4. Lederwaren, Gerbprodukte (z.B. Botentaschen)
5. Spielzeuge
6. Sportartikel (z.B. Bälle, Schläger, weiteres Zubehör)
7. Natursteine
8. Produkte mit Materialanteilen aus Nr.2-4, soweit überwiegend Materialien aus einer Warengruppe

- ☐ Die Leistungsausführung betrifft eine oder mehrere der vorgenannten Warengruppen.
- ☐ Ich/wir vereinbaren als vertragliche Nebenpflicht, die Leistung ausschließlich mit Waren auszuführen, die nachweislich unter Beachtung *oder* nach meiner/unserer Zusicherung unter der bestmöglichen Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen (<https://www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen/lang--de/index.htm>) gewonnen oder hergestellt worden sind (§ 3a Abs. 2 HmbVgG). Als Nachweis ist dieser Erklärung beigefügt (z.B. unabhängige Zertifizierung, Selbstverpflichtung, Verhaltenskodex o.ä.):
- ☐ Soweit die Leistungsbeschreibung dies verlangt, wird die Lieferung fair gehandelte Produkte betreffen (§ 3a Abs. 4 HmbVgG). Als Nachweis ist dieser Erklärung beigefügt (z.B. Gütezeichen):

• Umweltverträgliche Beschaffung nach § 3b HmbVgG

- ☐ Die Lieferleistung betrifft kein Holz als Rohstoff.
- ☐ Der Rohstoff Holz ist Bestandteil der Lieferleistung. Dazu erkläre/n ich/wir verbindlich:
- ☐ Ich werde nur Holz verwenden, das aus deutscher oder europäischer Forstwirtschaft stammt.
Den Nachweis werde/n ich/wir bei der Anlieferung von Holz am Leistungsort vorlegen.
- ☐ Ich werde nur Holz verwenden, das nach FSC („Forest Stewardship Council“) oder PEFC („Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes“) zertifiziert ist.
Zur Information über die Standards siehe www.fsc-deutschland.de und www.pefc.de.
Das Zertifikat werde/n ich/wir bei der Anlieferung von Holz am Leistungsort vorlegen.
- ☐ Ich werde nur Holz verwenden, das gleichwertig zertifiziert ist, nämlich nach:

Der Nachweis der Gleichwertigkeit wird durch eine Prüfung des Johann Heinrich von Thünen-Instituts in Hamburg oder des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) in Bonn erbracht.

Das Zertifikat werde/n ich/wir bei der Anlieferung von Holz am Leistungsort vorlegen.

- ☐ Ich werde nur Holz verwenden, das die für das jeweilige Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllt.

Der Nachweis der Erfüllung wird durch eine Prüfung des Johann Heinrich von Thünen-Instituts in Hamburg oder des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) in Bonn erbracht.

Den Nachweis werde/n ich/wir bei der Anlieferung von Holz am Leistungsort vorlegen.

Hinweis: Etwaige weitere Nachweise zur Einhaltung der in den Vergabeunterlagen geforderten umweltbezogenen Anforderungen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen.

• Sonstige Anforderungen

Mit der Unterschrift unter dieses Formular, erkläre/n ich/wir, das ich/wir zur Kenntnis genommen habe/n, dass ich/wir verpflichtet sind/bin:

1. die gesetzlichen Pflichten zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen (Kranken-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) ordnungsgemäß zu erfüllen (§ 128 Abs. 1 GWB).

Zur Bestätigung werden auf gesondertes Verlangen entsprechende Nachweise vorgelegt, z.B.

- eine aktuelle Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG,
- eine Bescheinigung der Berufsgenossenschaft oder des Versicherungsträgers zum Nachweis der ordnungsgemäßen Beitragszahlung, die nicht älter als 12 Monate sein darf,
- ggf. eine Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamts.

2. Leistungen nur auf Unterauftragnehmer zu übertragen, die sich zur Einhaltung der §§ 3, 3a, 5 und 10 HmbVgG verpflichtet haben, und deren Einhaltung zu kontrollieren (§ 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG) sowie alle in Nr. 4 geforderten Nachweise vor Auftragserteilung (§ 7 Abs. 2 HmbVgG) sowie alle übrigen Nachweise auf gesondertes Verlangen vorzulegen.

5. Angaben zur Statistik**• Unternehmensgröße und Mittelstandsförderung (Pflichtangabe)**

Bei meinem/unseren Unternehmen handelt es sich um ein

- ☐ Kleinstunternehmen: bis 9 Beschäftigte und bis 2 Millionen Euro Jahresumsatz
- ☐ Kleines Unternehmen: bis 49 Beschäftigte und bis 10 Millionen Euro Jahresumsatz
- ☐ Mittleres Unternehmen: bis 249 Beschäftigte und bis 50 Millionen Euro Jahresumsatz
- ☐ Großunternehmen: über 249 Beschäftigte oder über 50 Millionen Euro Jahresumsatz

Hinweis: Die Einordnung der Unternehmensgröße orientiert sich an der EU-Empfehlung- 2003/361 zu KMUs

• Nationalität des Eigentümers (Pflichtangabe nur für EU-Verfahren)

Angaben sind nur erforderlich für EU-Verfahren und soweit Ihr/Ihre Unternehmen nicht börsennotiert ist/sind.

- ☐ Staatsangehörigkeit(en) des wirtschaftlichen Eigentümers meines/unseres Unternehmens:

- ☐ Mein/unser Unternehmen ist börsennotiert (Angabe zur Nationalität des Eigentümers entfällt)

Hinweis: Die Nationalität des Eigentümers Ihres Unternehmens können Sie beispielsweise dem Transparenzregister oder anderen Registern zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung entnehmen.

• Start-up-Kennzeichnung (freiwillige Angabe)

Bei meinem/unseren Unternehmen handelt es sich um ein Start-up im Sinne der u. a. Definition:

- ☐ ja ☐ nein

Definition: Ein Start-up liegt vor, wenn das Unternehmensalter weniger als 10 Jahre beträgt und das Unternehmen ein schnelles Wachstum plant und/oder hochinnovativ ist.

Hinweis: Für Fragen/Hilfestellung zu Ihrer Selbsteinschätzung bietet Ihnen Startup e. V. kostenfreie Unterstützung. Nutzen Sie dafür bitte folgende E-Mailadresse als Anlaufstelle: mitgestalten@staat-up.net.

Ich/Wir bestätige/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Eigenerklärungen.

Mir/Uns sind die Sanktionsmöglichkeiten des § 11 HmbVgG bei schuldhafter Nichterfüllung der Pflichten aus §§ 3, 3a, 5 und 10 HmbVgG bekannt (Vertragsstrafe, Kündigung und Rücktritt vom Vertrag).

Mir/Uns ist bekannt, dass eine falsche, unvollständige oder unterlassene Erklärung oder Angabe zum Ausschluss vom Wettbewerb führen kann.

Mir/Uns ist bekannt, dass alle in diesem Vordruck geforderten Nachweise, Angaben und Unterlagen **vollständig und fristgerecht** (nach Wahl der Vergabestelle mit dem Teilnahmeantrag, dem Angebot oder auf gesondertes Verlangen) vorzulegen sind. Andernfalls kann die Vergabestelle berechtigt sein, das Angebot vom Wettbewerb auszuschließen (§ 7 Abs. 1 HmbVgG i.V.m. § 41 UVgO oder § 56 VgV).

(Ort, Datum)

(Unterschrift/en) – siehe Hinweis unten –

Hinweis: Wird diese Erklärung zusammen mit dem Teilnahmeantrag oder dem Angebot elektronisch über das eVergabesystem oder per E-Mail abgegeben, genügt hier die Angabe des Namens der handelnden Person. In allen anderen Fällen (z.B. Abgabe in Papierform; elektronische Abgabe nicht zusammen mit dem Angebot) sind hier der Firmenstempel und eine rechtsverbindliche, eigenhändige Unterschrift des Teilnehmers erforderlich.

Erklärung der Bietergemeinschaft

Vergabeverfahren:

Liefer-/Dienstleistung: _____
(wie Aufforderung Angebotsabgabe)

Hinweis: Dieser Vordruck ist von den Mitgliedern der Bietergemeinschaft stets in Papierform auszufüllen und zu unterschreiben und sodann vom bevollmächtigten Vertreter an die Vergabestelle zu übermitteln!

I. Das Angebot erfolgt durch eine Bietergemeinschaft aus den Mitgliedern: (Name / Firma und Anschrift)

II. Die Bietergemeinschaft hat sich vor der Aufforderung zur Angebotsabgabe gebildet, am

III. Der bevollmächtigte Vertreter für die Vertragsdurchführung ist: (Name und Anschrift)

IV. Die Bietergemeinschaft wurde aus den folgenden unternehmerischen Gründen gebildet:

V. Jedes Mitglied der Bietergemeinschaft erklärt:

1. Der bevollmächtigte Vertreter vertritt die Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich.

2. Die Erklärungen des bevollmächtigten Vertreters im Vordruck *Eignung* in Bezug auf die Bietergemeinschaft bzw. jedes einzelne Mitglied sind zutreffend.

3. Alle Mitglieder haften als Gesamtschuldner.

4. Die Bietergemeinschaft wird für die Dauer der Vertragsdurchführung aufrechterhalten.

5. Die Bildung der Bietergemeinschaft ist mit dem Kartellverbot (§ 1 GWB, Art. 101 AEUV) vereinbar, weil

- die Mitglieder für kein Fach- oder Gebietslos im Angebot der Bietergemeinschaft in einem potentiellen Wettbewerbsverhältnis auf den relevanten Ausschreibungsmärkten stehen; oder
- kein Mitglied aufgrund seiner betrieblichen oder geschäftlichen Verhältnisse für ein Fach- oder Gebietslos im Angebot der Bietergemeinschaft jeweils allein zur Teilnahme an der Ausschreibung mit einem eigenständigen Angebot hinreichend leistungsfähig ist. Erst der Zusammenschluss versetzt die Mitglieder der Bietergemeinschaft in die Lage, ein Angebot abzugeben.

6. Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für die Auftraggeberin an den o.g. bevollmächtigten Vertreter oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Gemeinschaft.

Hinweis: Die Erklärungen sind auf Anforderung durch geeignete, nachprüfbare Unterlagen glaubhaft zu machen.

Ort, Datum

Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift des Mitglieds

Ort, Datum Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift des Mitglieds

Ort, Datum Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift des Mitglieds

Ort, Datum Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift des Mitglieds

[von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterschreiben]

[Name/Firma und Anschrift des Bieters]

[Name und Anschrift der Vergabestelle]

Finanzbehörde Hamburg
Beschaffungs- u. Vergabecenter
Gänsemarkt 36
20354 Hamburg

ANGEBOT

Vergabeverfahren: Durchführung von Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16 a Nr. 3 SGB II

Vergabeart und -Nr.: Offenes Verfahren FB 2024001745

Leistung: Dienstleistung

Vertragsdauer: 01.01.2026 - 31.12.2028

Bindefrist endet am: 31.12.2025

Anlagen (Optional) (vom Bieter auszufüllen):

- ☐ Vordruck *Eignung*
- ☐ Vordruck *Bietergemeinschaft*
- ☐
- ☐
- ☐

1. Ich/Wir biete(n) die Ausführung der in den Anlagen beschriebenen Leistungen zu den eingesetzten Festpreisen (Nr. 3) an.

Die Preise schließen alle Nebenkosten ein, aber keine Umsatzsteuer.

An mein/unser Angebot halte ich mich/halten wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist (siehe *Aufforderung Angebotsabgabe*) gebunden.

2. Bestandteile dieses Angebotes sind neben diesem Angebotsschreiben (einschließlich aller Anlagen) die folgenden Unterlagen in der jeweils geltenden Fassung:

- ☐ die Leistungsbeschreibung
- ☐ die *Zusätzlichen Vertragsbedingungen* für die Ausführung von Lieferungen und Dienstleistungen (ZVB)
- ☐ die *Bewerbungsbedingungen* für die Vergabe von Lieferungen und Dienstleistungen (BWB)
- ☐ die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)
- ☐
- ☐

Bei Widersprüchen gelten die Vertragsbestandteile nacheinander in der angegebenen Reihenfolge.

3. Preise

Hinweis: Ist nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart, wird ein als Prozentsatz angebotener Preisnachlass bei Abrechnung und Zahlungen vom Festpreis abgezogen.

Unentgeltliche Nebenleistungen (Zugaben) werden ausgeschlossen und führen zum Ausschluss des Angebots.

- 3.1 Die Preise sowie ggf. gewährte Preisnachlässe sind in der gesondert beigefügten Anlage einzutragen; diese Anlage ist Bestandteil des Angebots.
- 3.2 Nebenangebote (sofern durch die Vergabestelle zugelassen): Anzahl _____
- 3.3 Skonto:

Die Zulassung oder Nichtzulassung von Skontoabzügen im Vordruck *Aufforderung Angebotsabgabe* wurde beachtet. Mir/Uns ist bekannt, dass nur vom Auftraggeber geforderte Skontoabzüge bei der Angebotswertung beachtet werden dürfen und ein unaufgefordertes Angebot von Skonto zum Angebotsausschluss führt. Dies vorausgeschickt, gewähre(n) ich/wir nach Leistungserfüllung bzw. Abnahme sowie Eingang einer prüf-
baren Rechnung

☐ kein Skonto

oder

Hinweis: Durch den Bieter ist hier lediglich die Prozentzahl des Skontos einzutragen. Die Anzahl der Kalendertage ist durch die Vergabestelle einzutragen.

☐ _____ % Skonto bei Zahlung innerhalb von _____ Kalendertagen.

4. Erklärungen zum Angebot

Ich/Wir erkläre/n, dass

- a) alle im Vordruck *Eignung* gemachten Angaben vollständig, zutreffend und Bestandteil des Angebots sind.
- b) alle Leistungen im eigenen Betrieb ausgeführt werden, sofern nachfolgend nichts Anderes angegeben ist. Folgende (Teil-)Leistungen werden an Unterauftragnehmer (Nachunternehmer) vergeben:

Pos.-Nr.	Bezeichnung der Teilleistungen	Firmenname und Anschrift des Unterauftragnehmers (falls bereits bekannt, keine Pflichtangabe)

Ich/Wir werde/n § 26 UVgO bzw. § 36 VgV beim Einsatz von Unterauftragnehmern beachten.

Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,

- bevorzugt kleine und mittlere Unternehmen als Unterauftragnehmer zu beteiligen, soweit dies mit der vertragsmäßigen Ausführung des Auftrages vereinbar ist,
- die Unterauftragnehmer davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt,
- bei der Weitervergabe von Dienstleistungen die Allgemeinen Vertragsbedingungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen, Teil B (VOL/B), zum Vertragsbestandteil zu machen,
- den Unterauftragnehmern die für den Auftragnehmer geltenden Pflichten der §§ 3, 3a, 5 und 10 HmbVgG aufzuerlegen und ihre Beachtung zu kontrollieren und
- den Unterauftragnehmern keine ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen dem Auftragnehmer und der Auftraggeberin vereinbart sind.

Dazu werde/n ich/wir alle Erklärungen auf diesem Vordruck auch von den Unterauftragnehmern fordern und sie der Auftraggeberin zur Zustimmung vorlegen, bevor eine Beauftragung der Unterauftragnehmer erfolgt.

Zudem habe/n ich/wir den Vordruck *DSGVO-Information* erhalten und werden ihn meinen/unseren Unterauftragnehmern zur Kenntnis geben.

- c) zugewandene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand dieses Angebots sind.
- d) bei Verwendung einer selbstgefertigten Kopie oder Kurzfassung der Leistungsbeschreibung die von der Auftraggeberin verfasste Leistungsbeschreibung (Langtext) als allein verbindlich anerkannt wird.
- e) das in der Leistungsbeschreibung der Auftraggeberin genannte Produkt angeboten wird, wenn bei einer Teilleistungsbeschreibung des Auftraggebers mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ keine Produktangaben (Hersteller- und Typenbezeichnung) eingetragen wurde.
- f) falls mehrere (zugelassene) Nebenangebote abgegeben wurden, dieses Angebot auch die Kumulation der Nebenangebote, die sich nicht gegenseitig ausschließen, umfasst.

5. Kontakt

Die Vergabestelle nimmt den Kontakt zu mir/uns bitte über folgende Person auf:

Ansprechperson:

E-Mail-Adresse:

Telefon Nr.:

Telefax Nr.:

6. Mir/Uns ist bekannt, dass

- fehlende oder falsche Erklärungen in diesem Vordruck einen Ausschluss von laufenden und künftigen Vergabeverfahren und/oder eine Vergabesperre sowie die Kündigung eines bereits geschlossenen Vertrages zur Folge haben kann,
- Angebote, die nicht den formalen Anforderungen des § 38 UVgO bzw. § 53 VgV entsprechen, zwingend ausgeschlossen werden, und
- unvollständig oder unrichtig ausgefüllte Angebote, fehlende Nachweise oder Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen zum Angebotsausschluss führen können.

Ort, Datum, Angabe des vollständigen Namens der handelnden Person

Hinweis: Wird das Angebot über das e-Vergabesystem abgegeben, genügt die bloße Angabe des Namens der handelnden Person.

[Name und Anschrift der Vergabestelle]

Finanzbehörde Hamburg
Hamburgweite Dienste und Organisation
Gänsemarkt 36
20354 Hamburg

Allgemeine Informationen zur Umsetzung datenschutzrechtlicher Vorgaben gemäß Artikel 12 bis 14 der DSGVO im Vergabeverfahren

Vorbemerkungen

Die Vergabestellen der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) haben öffentliche Aufträge und Konzessionen gemäß § 2 Abs. 1 der Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwelvenvergabeordnung – UVgO) bzw. gemäß § 97 Abs. 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) zu vergeben.

Im Rahmen der Vergabeverfahren und den daraus resultierenden Vertragsverhältnissen verarbeitet die FHH personenbezogene Daten von Bewerbern, Bietern und Vertragspartnern, indem sie diese zum Beispiel erhebt, speichert, verwendet, übermittelt, zum Abruf bereitstellt oder löscht. Daten sind personenbezogen, wenn sie sich auf eine identifizierte bzw. identifizierbare natürliche Person beziehen. Keine personenbezogenen Daten sind anonymisierte Daten.

Im Folgenden werden Sie darüber informiert, welche personenbezogenen Daten bei wem erhoben werden und was mit diesen Daten gemacht wird. Außerdem werden Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen in Kenntnis gesetzt und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

1 Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

Verantwortlich für die Datenverarbeitung im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist die jeweilige Behörde, in welche die Vergabestelle eingegliedert ist. Sie erreichen diese unter den nachfolgenden Kontaktdaten:

Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde Hamburg
Gänsemarkt 36
20354 Hamburg
ausschreibungen@fb.hamburg.de
+49 40428231386

Hinweis für elektronische Vergabeverfahren (eVergabe):

Bitte beachten Sie, dass Fragen zum Inhalt oder Ablauf des Vergabeverfahrens ausschließlich über die Bieterkommunikation der eVergabe gestellt und nur über diese beantwortet werden dürfen.

2 Wer ist Datenschutzbeauftragter?

Zuständige/r Datenschutzbeauftragte/r ist:

Freie und Hansestadt Hamburg
Interner Service und Steuerung
Gänsemarkt 36

20354 Hamburg

3 Zu welchem Zweck und auf welcher Rechtsgrundlage werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet?

Für die Beteiligung als Bewerber oder Bieter am Vergabeverfahren sowie die spätere Durchführung der daraus resultierenden Verträge werden personenbezogene Daten benötigt.

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist Voraussetzung für die Teilnahme am Vergabeverfahren und die daraus ggf. resultierende Begründung eines Vertragsverhältnisses. Unvollständige Angaben können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

Die erhobenen Daten werden unter anderem für die Kommunikation zwischen den Wettbewerbsteilnehmern und der Vergabestelle bzw. den späteren Vertragspartnern sowie für die Durchführung des Vergabeverfahrens und die spätere Vertragsabwicklung verwendet. Die personenbezogenen Daten werden grundsätzlich nur zum Zwecke der Durchführung von Vergabeverfahren und im Falle der Auftragserteilung für die Vertragsdurchführung erhoben und verarbeitet.

Die Erhebung personenbezogener Daten erfolgt im Bieterportal bei Registrierung und Angebotsabgabe. Die Datenangabe bei Registrierung ist erforderlich, um ein Angebot, einen Teilnahmeantrag oder eine Interessenbekundung abzugeben (Einzelheiten zu den im Rahmen der Registrierung erhobenen Daten entnehmen Sie bitte dem Punkt „Datenschutz“ auf der Startseite des [Bieterportals](#)). Weitere personenbezogene Daten sind ggf. bei der Abgabe eines Angebots, eines Teilnahmeantrags oder einer Interessenbekundung anzugeben. Im Einzelfall werden personenbezogene Daten bei Dritten erhoben, soweit sie gesetzlich zur Mitteilung verpflichtet bzw. berechtigt sind oder Ihre Einwilligung vorliegt (z.B. werden Daten vom Gewerbezentralregister oder von Wirtschaftsauskunfteien abgefragt).

Die Erhebung der personenbezogenen Daten erfolgt aufgrund Art. 6 Abs. 1 lit. a, b, c bzw. e i.V.m. Art. 6 Abs. 3 DSGVO und § 58 LHO sowie § 4 HmbDSG, GWB, VgV und UVgO u. a.

4 Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Es werden insbesondere folgende personenbezogene Daten verarbeitet:

- Identifikations- und Kontaktangaben
Beispiel: Vor- und Nachname der zuständigen Ansprechpersonen, Adresse/Sitz des Unternehmens, Nummer des Eintrags im Handelsregister/bei der Handwerkskammer
- Angaben zur Überprüfung der Bieterreignung
Beispiel: im Rahmen der Eignungsprüfung etwa Daten zur Überprüfung von Referenzen, Schul- und Berufsausbildung, Berufserfahrung der eingesetzten Mitarbeiter/innen u.ä.
- Erhebung von Daten bei Dritten
Beispiel: Gewerbezentralregisterauskünfte, Wirtschaftsauskünfte von Auskunftseien u.ä.

5 Unter welchen Voraussetzungen dürfen Ihre Daten an Dritte weitergegeben werden?

Alle personenbezogenen Daten dürfen nur dann an andere Personen oder Behörden, öffentliche oder nicht-öffentliche Stellen übermittelt werden, wenn Sie der Übermittlung zugestimmt haben oder die Übermittlung gesetzlich zugelassen ist. Im Rahmen des Vergabeverfahrens und ggf. der Vertragsdurchführung werden ihre personenbezogenen Daten an folgende Stellen weitergegeben:

- **Dienststellen der FHH**
Bei Rahmenvereinbarungen werden vertraglich abrufberechtigte Dienststellen (i.d.R. Kernverwaltung und Hochschulen sowie teilweise öffentliche Unternehmen) per Rundschreiben über das Ergebnis der Ausschreibung informiert und zum Abruf aus dem Rahmenvertrag verpflichtet. Hierbei werden der Name des erfolgreichen Bieters, der Name des zuständigen Ansprechpartners sowie die Kontaktdaten (Adresse, Telefon, Fax, E-Mail) von der jeweiligen Vergabestelle an die Dienststellen übermittelt.
Bei Einzelaufträgen werden diese Daten von der Vergabestelle an die Dienststelle des Bedarfsträgers übermittelt.
- **Sonstige Gremien**
Die Dienststellen der FHH haben ggf. bestimmte Vergabeverfahren vor der Zuschlagserteilung einem Gremium vorzulegen. In diesem Zusammenhang werden den Gremienmitgliedern neben Einzelheiten zum Ablauf des Verfahrens auch die Namen der beteiligten Bieter und die Ergebnisse der Angebotswertung mitgeteilt.
- **Vergabekammern/Gerichte**
Die Vergabestelle ist im Fall von Nachprüfungsverfahren oder sonstiger rechtlicher Streitigkeiten verpflichtet, der Vergabekammer oder dem zuständigen Gericht die vollständige Vergabeakte vorzulegen. Der Antragsteller eines Nachprüfungsverfahrens kann Akteneinsicht beantragen.

6 Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten unterliegen den Löschfristen der gesetzlichen Bestimmungen. Danach dürfen Daten nur solange aufbewahrt werden, wie es zur Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen der im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen unter Beachtung von Aufbewahrungsfristen in Rechts- und Verwaltungsvorschriften erforderlich ist.

Es gelten u.a. die gesetzlichen Verjährungsfristen nach §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), die Verwaltungsvorschriften für Zahlungen, Buchführung und Rechnungslegung (VV zu §§ 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO – VV-ZBR) sowie die Aktenordnung der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg.

7 Welche Rechte haben Sie?

Ihnen stehen in Bezug auf Ihren personenbezogenen Daten verschiedene Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung zu. Einzelheiten ergeben sich aus Artikeln 15 bis 18, 21 und 77 DSGVO.

- **Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)**

Unter den Voraussetzungen des Artikels 15 DSGVO können Sie Auskunft über Ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten vom Verantwortlichen verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

- **Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO)**

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie unverzüglich eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung eine Vervollständigung verlangen.

- **Recht auf Löschung / „Recht auf Vergessenwerden“ (Artikel 17 DSGVO)**

Unter den Voraussetzungen des Artikels 17 DSGVO können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ob Sie die unverzügliche Löschung verlangen können, hängt u. a. davon ab, ob die betreffenden Daten von der zuständigen Vergabe- bzw. Dienststelle noch zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben oder rechtlicher Verpflichtungen benötigt werden.

- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)**

Sie haben unter bestimmten Voraussetzungen das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen.

- **Recht auf Widerspruch (Artikel 21 DSGVO)**

Sie haben unter den Voraussetzungen des Artikels 21 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu widersprechen. Allerdings kann dem Widerspruch nicht nachgekommen werden, wenn der Verantwortliche zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

- **Recht auf Beschwerde (Artikel 77 DSGVO)**

Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, können Sie Beschwerde bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (der bzw. dem Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit) einlegen. Die Kontaktdaten der bzw. des **Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit** lauten:

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Ludwig-Erhard-Str. 22

20459 Hamburg

Tel.: (040) 4 28 54 – 40 40

E-Fax: (040) 4 279 – 11 811

E-Mail: mailbox@datenschutz.hamburg.de

Verfahren: FB 2024001745 - Durchführung von Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16 a Nr. 3 SGB II

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

Durchführung von Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16 a Nr. 3 SGB II

Der Auftrag für die Durchführung der Lebenslagenberatung wird in sieben Lose – ein großes Los (jährliches Kontingent von 420.168,07 Euro), drei mittlere Lose (jeweils 210.084,03 Euro) und drei kleine Lose (jeweils 126.050,42 Euro) ohne Umsatzsteuer vergeben. Grundsätzlich kann sich jeder Bieter auf alle Lose bewerben. Es werden jedoch maximal zwei Lose an einen Bieter vergeben.

1 LOS Lebenslageberatung - Großes Los EUR

Leistungsart: Dienstleistung
 Zuschlagskriterium: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung (Preis: 35%, Leistung: 65%)
 Klassifizierung: Dienstleistungen des Sozialwesens (85310000-5)

Das jährliche Kontingent für das große Los beträgt 420.168,07 Euro ohne Umsatzsteuer.

1.1 Gesamtpreis Großes Los	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	16%	1,00	Gesamtpreis		

Bitte geben Sie alle Preispositionen vollständig im Preisblatt (Anlage L5) an. Zusätzlich tragen Sie hier den Gesamtpreis pro Jahr in das dafür vorgesehene Feld ein.

pro 1,00 Gesamtpreis

2 LOS Lebenslageberatung - Mittleres Los EUR

Leistungsart: Dienstleistung
 Zuschlagskriterium: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung (Preis: 35%, Leistung: 65%)
 Klassifizierung: Dienstleistungen des Sozialwesens (85310000-5)

Das jährliche Kontingent für das mittlere Los beträgt 210.084,03 Euro ohne Umsatzsteuer.

2.1 Gesamtpreis Mittleres Los	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	16%	1,00	Gesamtpreis		

Bitte geben Sie alle Preispositionen vollständig im Preisblatt (Anlage L5) an. Zusätzlich tragen Sie hier den Gesamtpreis pro Jahr in das dafür vorgesehene Feld ein.

pro 1,00 Gesamtpreis

3 LOS Lebenslageberatung - Mittleres Los EUR

Leistungsart: Dienstleistung
 Zuschlagskriterium: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung (Preis: 35%, Leistung: 65%)
 Klassifizierung: Dienstleistungen des Sozialwesens (85310000-5)

Das jährliche Kontingent für das mittlere Los beträgt 210.084,03 Euro ohne Umsatzsteuer.

3.1	Gesamtpreis Mittleres Los	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		16%	1,00	Gesamtpreis		

Bitte geben Sie alle Preispositionen vollständig im Preisblatt (Anlage L5) an. Zusätzlich tragen Sie hier den Gesamtpreis pro Jahr in das dafür vorgesehene Feld ein.

pro 1,00 Gesamtpreis
.....

4	LOS Lebenslageberatung - Mittleres Los				EUR	
----------	---	--	--	--	------------------	--

Leistungsart: Dienstleistung
 Zuschlagskriterium: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung (Preis: 35%, Leistung: 65%)
 Klassifizierung: Dienstleistungen des Sozialwesens (85310000-5)

Das jährliche Kontingent für das mittlere Los beträgt 210.084,03 Euro ohne Umsatzsteuer.

4.1	Gesamtpreis Mittleres Los	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		16%	1,00	Gesamtpreis		

Bitte geben Sie alle Preispositionen vollständig im Preisblatt (Anlage L5) an. Zusätzlich tragen Sie hier den Gesamtpreis pro Jahr in das dafür vorgesehene Feld ein.

pro 1,00 Gesamtpreis
.....

5	LOS Lebenslageberatung - Kleines Los				EUR	
----------	---	--	--	--	------------------	--

Leistungsart: Dienstleistung
 Zuschlagskriterium: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung (Preis: 35%, Leistung: 65%)
 Klassifizierung: Dienstleistungen des Sozialwesens (85310000-5)

Das jährliche Kontingent für das kleine Los beträgt 126.050,42 Euro ohne Umsatzsteuer.

5.1	Gesamtpreis Kleines Los	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		16%	1,00	Gesamtpreis		

Bitte geben Sie alle Preispositionen vollständig im Preisblatt (Anlage L5) an. Zusätzlich tragen Sie hier den Gesamtpreis pro Jahr in das dafür vorgesehene Feld ein.

pro 1,00 Gesamtpreis
.....

6	LOS Lebenslageberatung - Kleines Los				EUR	
----------	---	--	--	--	------------------	--

Leistungsart: Dienstleistung
 Zuschlagskriterium: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung (Preis: 35%, Leistung: 65%)
 Klassifizierung: Dienstleistungen des Sozialwesens (85310000-5)

Das jährliche Kontingent für das kleine Los beträgt 126.050,42 Euro ohne Umsatzsteuer.

6.1	Gesamtpreis Kleines Los	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		16%	1,00	Gesamtpreis		

Bitte geben Sie alle Preispositionen vollständig im Preisblatt (Anlage L5) an. Zusätzlich tragen Sie hier den Gesamtpreis pro Jahr in das dafür vorgesehene Feld ein.

pro 1,00 Gesamtpreis
.....

7	LOS Lebenslageberatung - Kleines Los				EUR	
----------	---	--	--	--	------------------	--

Leistungsart: Dienstleistung
 Zuschlagskriterium: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung (Preis: 35%, Leistung: 65%)
 Klassifizierung: Dienstleistungen des Sozialwesens (85310000-5)

Das jährliche Kontingent für das kleine Los beträgt 126.050,42 Euro ohne Umsatzsteuer.

7.1	Gesamtpreis Kleines Los	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		16%	1,00	Gesamtpreis		

Bitte geben Sie alle Preispositionen vollständig im Preisblatt (Anlage L5) an. Zusätzlich tragen Sie hier den Gesamtpreis pro Jahr in das dafür vorgesehene Feld ein.

.....
pro 1,00 Gesamtpreis

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

LEISTUNGSVERZEICHNIS

11.02.2025

Ausschreibung (Korrektur)

Verfahren: FB 2024001745 - Durchführung von Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16 a
Nr. 3 SGB II

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: FB 2024001745 - Durchführung von Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16 a Nr. 3 SGB II

EIGNUNGSKRITERIEN

- 1 Los 1 -"Lebenslageberatung - Großes Los"
- 2 Los 2 -"Lebenslageberatung - Mittleres Los"
- 3 Los 3 -"Lebenslageberatung - Mittleres Los"
- 4 Los 4 -"Lebenslageberatung - Mittleres Los"
- 5 Los 5 -"Lebenslageberatung - Kleines Los"
- 6 Los 6 -"Lebenslageberatung - Kleines Los"
- 7 Los 7 -"Lebenslageberatung - Kleines Los"

8 Eignungsbezogene Erklärungen und Nachweise

K.O.-Kriterium: Nein

Sind die unter Punkt 1.6 der Leistungsbeschreibung genannten Erklärungen und Nachweise dem Angebot vollständig beigelegt?
WICHTIGER HINWEIS: Diese Frage ist ausschließlich mit "Ja" oder "Nein" zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

9 Angebotsbezogene Erklärungen und Nachweise

K.O.-Kriterium: Nein

Sind die unter Punkt 1.7 der Leistungsbeschreibung genannten Erklärungen und Nachweise dem Angebot vollständig beigelegt?
WICHTIGER HINWEIS: Diese Frage ist ausschließlich mit "Ja" oder "Nein" zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: FB 2024001745 - Durchführung von Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16 a Nr. 3 SGB II

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Los 1 -"Lebenslageberatung - Großes Los"

1.1 L1 - Erklärung Beratungsstelle [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie die geforderte Erklärung, dass die Beratungsstelle den Anforderungen gem. Ziffer 5 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht, Ihrem Angebot beigelegt? Es ist ausschließlich das in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formular zu verwenden.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.2 L2 - Erklärung Personal [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie die erforderliche Erklärung, dass das eingesetzte Personal im Auftragsfall ab Vertragsbeginn den Anforderungen gem. Ziffer 6 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht, Ihrem Angebot beigelegt? Es ist ausschließlich das in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formular zu verwenden.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.3 L3 - Nachweis Ausstattung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie den erforderlichen Nachweis über die erforderliche räumliche und technische Ausstattung sowie Erreichbarkeit der Beratungsstelle, Ihrem Angebot beigelegt? Es ist ausschließlich das in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formular zu verwenden.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2 Los 2 -"Lebenslageberatung - Mittleres Los"

2.1 L1 - Erklärung Beratungsstelle [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie die geforderte Erklärung, dass die Beratungsstelle den Anforderungen gem. Ziffer 5 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht, Ihrem Angebot beigelegt? Es ist ausschließlich das in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formular zu verwenden.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.2 L2 - Erklärung Personal [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie die erforderliche Erklärung, dass das eingesetzte Personal im Auftragsfall ab Vertragsbeginn den Anforderungen gem. Ziffer 6 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht, Ihrem Angebot beigelegt? Es ist ausschließlich das in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formular zu verwenden.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.3 L3 - Nachweis Ausstattung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie den erforderlichen Nachweis über die erforderliche räumliche und technische Ausstattung sowie Erreichbarkeit der Beratungsstelle, Ihrem Angebot beigelegt?
Es ist ausschließlich das in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formular zu verwenden.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

3 Los 3 -"Lebenslageberatung - Mittleres Los"

3.1 L1 - Erklärung Beratungsstelle [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie die geforderte Erklärung, dass die Beratungsstelle den Anforderungen gem. Ziffer 5 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht, Ihrem Angebot beigelegt?
Es ist ausschließlich das in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formular zu verwenden.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.2 L2 - Erklärung Personal [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie die erforderliche Erklärung, dass das eingesetzte Personal im Auftragsfall ab Vertragsbeginn den Anforderungen gem. Ziffer 6 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht, Ihrem Angebot beigelegt?
Es ist ausschließlich das in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formular zu verwenden.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.3 L3 - Nachweis Ausstattung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie den erforderlichen Nachweis über die erforderliche räumliche und technische Ausstattung sowie Erreichbarkeit der Beratungsstelle, Ihrem Angebot beigelegt?
Es ist ausschließlich das in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Formular zu verwenden.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

4 Los 4 -"Lebenslageberatung - Mittleres Los"

5 Los 5 -"Lebenslageberatung - Kleines Los"

6 Los 6 -"Lebenslageberatung - Kleines Los"

7 Los 7 -"Lebenslageberatung - Kleines Los"

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	L1_Erkärung_Beratungsstelle_Anforderungen.docx	16,14 KB	docx
Dateianlage	L2_Personaleinsatz.docx	24,62 KB	docx
Dateianlage	L3_Räumliche_Ausstattung.docx	19,15 KB	docx
Dateianlage	L4_Konzept.docx	20,19 KB	docx
Dateianlage	V1_Gutschein_Verweis.doc	30,50 KB	doc
Dateianlage	V2_DatenÜ.docx	26,66 KB	docx
Dateianlage	V3_Trägermeldung.xlsx	205,79 KB	xlsx
Dateianlage	V4_Bericht_JC.docx	59,26 KB	docx
Dateianlage	V5_Laufzettel.doc	41,00 KB	doc
Dateianlage	Bewertungsmatrix.xlsx	13,39 KB	xlsx
Dateianlage	Vorlage_Abrechnung.xlsx	74,97 KB	xlsx
Dateianlage	KoopV.docx	36,77 KB	docx
Dateianlage	L5_Preisblatt_Großes_Los_Korrektur.xlsx	17,59 KB	xlsx
Dateianlage	L5_Preisblatt_Kleines_Los_Korrektur.xlsx	17,49 KB	xlsx
Dateianlage	L5_Preisblatt_Mittleres_Los_Korrektur.xlsx	17,61 KB	xlsx

Offenes Verfahren über die Lebenslagenberatung nach § 16a Nr. 3 SGB II			
Vergabenummer:			
Los:			
Bieter:			
Umsatzsteuerbefreit (ja/nein):		nein	
Umsatzsteuersatz:		19%	
Großes Los mit jährlichen Kontingent von:		500.000 € brutto	
Das Preisblatt ist vollständig ausgefüllt und unterschrieben einzureichen, andernfalls wird das Angebot ausgeschlossen.			
Es sind folgende Angebotswerte abzugeben (gelb markiert):		Angebotspreise der Einheitspauschalen i.R.d. Eingangsberatung, Krisenintervention, Nachsorgende Beratung Angebotspreis der Grundpauschale i.R.d. Stabilisierenden Beratung Zielzahlen bzgl. der Anzahl der Verfahren in den Beratungszeiträumen der Grundpauschale, der Ergänzungs- und Zusatzpauschalen Anteil der lohnabhängigen Kosten	
Die Abrechnung erfolgt im Förderfall nur auf der Grundlage der tatsächlich erbrachten Beratungsleistungen.			
Allgemeine/ Offene Eingangsberatung		50.000 €	
Zur Verfügung stehende Mittel abzüglich der Umsatzsteuer		42.017 €	
Zielzahl: Anzahl der Verfahren		#DIV/0!	
Pauschale Allgemeine/ Offene Eingangsberatung		- €	
Stabilisierende Beratung		375.000 €	
Zur Verfügung stehende Mittel abzüglich der Umsatzsteuer		315.126 €	
Grundpauschale (4 Mon.)	- €	Zielzahl: Anzahl der Verfahren	- €
Ergänzungspauschale I (2 Mon.)	- €	Zielzahl: Anzahl der Verfahren	- €
Ergänzungspauschale II (2 Mon.)	- €	Zielzahl: Anzahl der Verfahren	- €
Zusatzpauschale I (3 Mon.)	- €	Zielzahl: Anzahl der Verfahren	- €
Zusatzpauschale II (3 Mon.)	- €	Zielzahl: Anzahl der Verfahren	- €
Summe Pauschale		- €	
Krisenintervention		50.000 €	
Zur Verfügung stehende Mittel abzüglich der Umsatzsteuer		42.017 €	
Zielzahl: Anzahl der Verfahren		#DIV/0!	
Pauschale Krisenintervention		- €	
Nachsorgende Beratung		25.000 €	
Zur Verfügung stehende Mittel abzüglich der Umsatzsteuer		21.008 €	
Zielzahl: Anzahl der Verfahren		#DIV/0!	
Pauschale Nachsorgende Beratung		- €	
Nachrichtlich: Anteil der lohnabhängigen Kosten			
Ort/ Datum		Unterschrift	
Änderungen und/oder Ergänzungen im vorgegebenen Text des Vordrucks sind nicht zulässig und führen zum Ausschluss des Angebotes.			

Offenes Verfahren über die Lebenslagenberatung nach § 16a Nr. 3 SGB II			
Vergabenummer:			
Los:			
Bieter:			
Umsatzsteuerbefreit (ja/nein):		nein	
Umsatzsteuersatz:		19%	
Kleines Los mit jährlichen Kontingent von:		150.000 € brutto	
Das Preisblatt ist vollständig ausgefüllt und unterschrieben einzureichen, andernfalls wird das Angebot ausgeschlossen.			
Es sind folgende Angebotswerte abzugeben (gelb markiert):		Angebotspreise der Einheitspauschalen i.R.d. Eingangsberatung, Krisenintervention, Nachsorgende Beratung Angebotspreis der Grundpauschale i.R.d. Stabilisierenden Beratung Zielzahlen bzgl. der Anzahl der Verfahren in den Beratungszeiträumen der Grundpauschale, der Ergänzungs- und Zusatzpauschalen Anteil der lohnabhängigen Kosten	
Die Abrechnung erfolgt im Förderfall nur auf der Grundlage der tatsächlich erbrachten Beratungsleistungen.			
Allgemeine/ Offene Eingangsberatung		15.000 €	
Zur Verfügung stehende Mittel abzüglich der Umsatzsteuer		12.605 €	
Zielzahl: Anzahl der Verfahren		#DIV/0!	
Pauschale Allgemeine/ Offene Eingangsberatung		- €	
Stabilisierende Beratung		112.500 €	
Zur Verfügung stehende Mittel abzüglich der Umsatzsteuer		94.538 €	
Grundpauschale (4 Mon.)	- €	Zielzahl: Anzahl der Verfahren	- €
Ergänzungspauschale I (2 Mon.)	- €	Zielzahl: Anzahl der Verfahren	- €
Ergänzungspauschale II (2 Mon.)	- €	Zielzahl: Anzahl der Verfahren	- €
Zusatzpauschale I (3 Mon.)	- €	Zielzahl: Anzahl der Verfahren	- €
Zusatzpauschale II (3 Mon.)	- €	Zielzahl: Anzahl der Verfahren	- €
Summe Pauschale		- €	
Krisenintervention		15.000 €	
Zur Verfügung stehende Mittel abzüglich der Umsatzsteuer		12.605 €	
Zielzahl: Anzahl der Verfahren		#DIV/0!	
Pauschale Krisenintervention		- €	
Nachsorgende Beratung		7.500 €	
Zur Verfügung stehende Mittel abzüglich der Umsatzsteuer		6.303 €	
Zielzahl: Anzahl der Verfahren		#DIV/0!	
Pauschale Nachsorgende Beratung		- €	
Nachrichtlich: Anteil der lohnabhängigen Kosten			
Ort/ Datum		Unterschrift	
Änderungen und/oder Ergänzungen im vorgegebenen Text des Vordrucks sind nicht zulässig und führen zum Ausschluss des Angebotes.			

Offenes Verfahren über die Lebenslagenberatung nach § 16a Nr. 3 SGB II			
Vergabenummer:			
Los:			
Bieter:			
Umsatzsteuerbefreit (ja/nein):		nein	
Umsatzsteuersatz:		19%	
Mittleres Los mit jährlichen Kontingent von:		250.000 € brutto	
Das Preisblatt ist vollständig ausgefüllt und unterschrieben einzureichen, andernfalls wird das Angebot ausgeschlossen.			
Es sind folgende Angebotswerte abzugeben (gelb markiert):		Angebotspreise der Einheitspauschalen i.R.d. Eingangsberatung, Krisenintervention, Nachsorgende Beratung Angebotspreis der Grundpauschale i.R.d. Stabilisierenden Beratung Zielzahlen bzgl. der Anzahl der Verfahren in den Beratungszeiträumen der Grundpauschale, der Ergänzungs- und Zusatzpauschalen Anteil der lohnabhängigen Kosten	
Die Abrechnung erfolgt im Förderfall nur auf der Grundlage der tatsächlich erbrachten Beratungsleistungen.			
Allgemeine/ Offene Eingangsberatung		25.000 €	
Zur Verfügung stehende Mittel abzüglich der Umsatzsteuer		21.008 €	
Zielzahl: Anzahl der Verfahren		#DIV/0!	
Pauschale Allgemeine/ Offene Eingangsberatung		- €	
Stabilisierende Beratung		187.500 €	
Zur Verfügung stehende Mittel abzüglich der Umsatzsteuer		157.563 €	
Grundpauschale (4 Mon.)	- €	Zielzahl: Anzahl der Verfahren	- €
Ergänzungspauschale I (2 Mon.)	- €	Zielzahl: Anzahl der Verfahren	- €
Ergänzungspauschale II (2 Mon.)	- €	Zielzahl: Anzahl der Verfahren	- €
Zusatzpauschale I (3 Mon.)	- €	Zielzahl: Anzahl der Verfahren	- €
Zusatzpauschale II (3 Mon.)	- €	Zielzahl: Anzahl der Verfahren	- €
Summe Pauschale		- €	
Krisenintervention		25.000 €	
Zur Verfügung stehende Mittel abzüglich der Umsatzsteuer		21.008 €	
Zielzahl: Anzahl der Verfahren		#DIV/0!	
Pauschale Krisenintervention		- €	
Nachsorgende Beratung		12.500 €	
Zur Verfügung stehende Mittel abzüglich der Umsatzsteuer		10.504 €	
Zielzahl: Anzahl der Verfahren		#DIV/0!	
Pauschale Nachsorgende Beratung		- €	
Nachrichtlich: Anteil der lohnabhängigen Kosten			
Ort/ Datum		Unterschrift	
Änderungen und/oder Ergänzungen im vorgegebenen Text des Vordrucks sind nicht zulässig und führen zum Ausschluss des Angebotes.			

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Finanzbehörde Hamburg

Art des öffentlichen Auftraggebers: *Obere, mittlere und untere Landesbehörde*

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Durchführung von Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16 a Nr. 3 SGB II

Beschreibung: Die FHH - Finanzbehörde - als Auftraggeber (AG) beabsichtigt die Beauftragung von Dritten mit der Durchführung von psychosozialer Betreuung nach § 16a Nr. 3 SGB II, im Nachfolgenden Lebenslagenberatung genannt. Bei den Angeboten der Lebenslagenberatung handelt es sich um kommunale Eingliederungsleistungen gemäß § 16 a Nr. 3 des SGB II. Die kommunalen Eingliederungsleistungen – zu denen neben der Psychosozialen Betreuung auch die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen, die Schuldnerberatung und die Suchtberatung zählen – haben zum Ziel, zur Verwirklichung einer ganzheitlichen und umfassenden Betreuung und Unterstützung bei der Eingliederung in Arbeit beizutragen. Die Psychosoziale Beratung und Betreuung soll verhindern, dass die Eingliederung von SGB II-Leistungsempfänger:innen an Schwierigkeiten scheitert, die in der allgemeinen Lebensführung ihren Grund haben. Sie bereitet insoweit die Aufnahme einer Beschäftigung oder weiterführender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen vor. Die Lebenslagenberatung zielt auf die Bearbeitung, die Unterstützung, die Bewältigung und den Abbau von psychosozialen Problemlagen, die die Vermittlung in Arbeit behindern und die nicht auf einem diagnostizierten Krankheitsbild beruhen. Die Grenzen der Psychosozialen Betreuung zum psychiatrischen und medizinischen Bereich auf der einen Seite und zur sozialpädagogischen und sozialen Arbeit auf der anderen Seite sind fließend. Daneben umfasst die Lebenslagenberatung alle koordinierten Maßnahmen im Rahmen einer professionellen Beratung der einzelnen Person, die zur psychischen und sozialen Stabilisierung dienen. Die Bewältigung der komplexen Problemlage, der Abbau oder die Verringerung von Vermittlungshemmnissen sind wichtige Voraussetzungen, um das mit der Beratung verknüpfte Ziel einer Wiederherstellung der Vermittlungsfähigkeit direkt in den Arbeitsmarkt oder zumindest einer Befähigung zur Teilnahme an weiterführenden Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung zu erreichen. Bei den ausgeschriebenen Leistungen handelt es sich um eine Vergabe von Aufträgen für soziale und besondere Dienstleistungen gem. §130 Abs. 1 GWB in V. m. §64 ff. VGV.

Kennung des Verfahrens: 8f536b9b-1b25-43ac-86fa-153868e8c85f

Interne Kennung: FB 2024001745

Verfahrensart: *C_{ij}fen*es Verfahren

Zentrale Elemente des Verfahrens: Bei den Angeboten der Lebenslagenberatung handelt es sich um kommunale Eingliederungsleistungen gemäß § 16 a Nr. 3 des SGB II. Die kommunalen Eingliederungsleistungen – zu denen neben der Psychosozialen Betreuung auch die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen, die Schuldnerberatung und die Suchtberatung zählen – haben zum Ziel, zur Verwirklichung einer ganzheitlichen und umfassenden Betreuung und Unterstützung bei der Eingliederung in Arbeit beizutragen. Die Psychosoziale Beratung und Betreuung soll verhindern, dass die Eingliederung von SGB II-Leistungsempfänger:innen an Schwierigkeiten scheitert, die in der allgemeinen Lebensführung ihren Grund haben. Sie bereitet insoweit die Aufnahme einer Beschäftigung oder weiterführender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen vor. Die Lebenslagenberatung zielt auf die Bearbeitung, die Unterstützung, die Bewältigung und den Abbau von psychosozialen Problemlagen, die die Vermittlung in Arbeit behindern und die nicht auf einem diagnostizierten Krankheitsbild beruhen. Die Grenzen der Psychosozialen Betreuung zum psychiatrischen und medizinischen Bereich auf der einen Seite und zur sozialpädagogischen und sozialen Arbeit auf der anderen Seite sind fließend. Daneben umfasst die Lebenslagenberatung alle koordinierten Maßnahmen im Rahmen einer professionellen Beratung der einzelnen Person, die zur psychischen und sozialen Stabilisierung dienen. Die Bewältigung der komplexen Problemlage, der Abbau oder die Verringerung von Vermittlungshemmnissen sind wichtige Voraussetzungen, um das mit der Beratung verknüpfte Ziel einer Wiederherstellung der Vermittlungsfähigkeit direkt in den Arbeitsmarkt oder zumindest einer Befähigung zur Teilnahme an weiterführenden Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung zu erreichen.

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 85310000 *Dienstleistungen des Sozialwesens*

2.1.2 Erfüllungsort

Ort: Hamburg

Postleitzahl: 20354

NUTS-3-Code: *Hamburg* (DE600)

Land: *Deutschland*

2.1.3 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 10,588,000 Euro

Allgemeine Informationen

2.1.5 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 7

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden

können: 2

2.1.6 Ausschlussgründe

Rein nationale Ausschlussgründe: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: Lebenslageberatung - Großes Los

Beschreibung: Das jährliche Kontingent für das große Los beträgt 420.168,07 Euro ohne Umsatzsteuer

Interne Kennung: 555dccbb-b3e9-42c1-a94c-03ef8bd30041

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 85310000 *Dienstleistungen des Sozialwesens*

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Es besteht die Option einer zweimaligen Vertragsverlängerung um je weitere zwei Jahre bis zum 31.12.2032, soweit die Vertragspartner den Vertrag nicht spätestens neun Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit gegenüber der jeweils anderen Vertragspartei kündigen.

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2028

5.1.6 Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprjekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:

Art: *Eignung zur Berufsausübung*

Bezeichnung: Eignungsvordruck, Eigenerklärung RUS-Sanktionen

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> Die nachstehend geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise sind dem Angebot/Teilnahmeantrag

beizufügen oder während der elektronischen Angebotsabgabe anzugeben. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache. Das Fehlen oder die Unvollständigkeit auch nur einer der Unterlagen, Angaben, Erklärungen und Nachweise kann zum Ausschluss des Bewerbers/Bieters vom weiteren Vergabeverfahren führen. Dies gilt ebenfalls für die unter III.1.2) und 3) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

1) Eignungsvordruck (Vergabevordruck 04) – der den Vergabeunterlagen beigelegte Vordruck ist dem Angebot/Teilnahmeantrag vollständig ausgefüllt beizufügen. Die Vergabestelle wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. anfordern lassen; von in anderen Staaten niedergelassenen Bietern/Bewerbern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. 2) Angaben für Registerabfragen (innerhalb des Eignungsvordruckes, Vergabevordruck 04): Es sind sämtliche geforderte Angaben für Registerabfragen an den vorgesehenen Stellen im Eignungsvordruck zu hinterlegen. Dazu zählen - die vollständige Angabe des Unternehmens, des Sitzes und der Rechtsform, - die vollständigen Daten der Geschäftsführung bzw. der verantwortlich handelnden Personen, - Angabe des Registergerichts oder Genehmigungsbehörde, - die Handelsregisternummer oder Geschäftsnummer der Genehmigungsbehörde, - sowie die zutreffenden Steuernummern. 3) Unter Ziffer 3 des Eignungsvordrucks sind Angaben zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB zwingend zu machen. 4) Unter Ziffer 4 des Eignungsvordruckes sind folgende Angaben zu den Ausführungsbedingungen nach den §§ 3, 3a, 3b und 7 des Hamburgischen Vergabegesetzes zwingend zu hinterlegen: Tariftreue und Mindestlohn nach § 3 HmbVgG: Es ist zu erklären, dass im Fall der Auftragserteilung das Tarifvertragsgesetz, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und andere gesetzlichen Bestimmungen über Mindestentgelte beachtet werden. Des Weiteren ist die Entlohnung der Beschäftigten anhand der ggf. gültigen allgemeinverbindlichen Mindestlohntarifverträge oder spezifischen Tarifverträgen aufzuschlüsseln. Es ist zu erklären, ob bei Einsatz (auch falls bei Angebotsabgabe noch nicht vorgesehen) von Leiharbeitern und Unterauftragnehmern die vorgenannten Mindestentgelte und Tarifentgelte ebenfalls Beachtung erfahren. Es ist zu erklären, dass prüffähige Entgeltabrechnungen bereitgehalten und auf Verlangen vorgelegt werden, sowie dass die Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen wurden. - Sonstige Angabe nach § 7 HmbVgG: Die Erklärungen zur ordnungsgemäßen Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen, die Erklärung zur alleinigen Übertragung von Leistungen an Unterauftragnehmer, welche sich zur Einhaltung der §§ 3, 3a, 5 und 10 HmbVgG (auch falls bei Angebotsabgabe noch kein Einsatz vorgesehen ist), sowie die übrigen Erklärungen sind vollständig bei Angebotsabgabe vorzunehmen. - Ergänzung, falls sozialverträgliche Beschaffung oder umweltverträgliche Beschaffung weitere Erklärungen vorsehen/für dieses Verfahren notwendig sind. 5) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung: Unter Ziffer 1. Im Eignungsvordruck (Vordruck 04) sind Angaben zur Eintragung ins Handelsregister bzw. Angaben dazu, ob

eine Eintragung im Handelsregister nicht verpflichtend ist, zu hinterlegen. 6) Eigenerklärung RUS-Sanktionen. 7) ggf. Vordruck Bietergemeinschaft. 8) Erklärung, dass die Beratungsstelle den Anforderungen gem. Ziffer 3.5 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht. 9) Erklärung, dass das eingesetzte Personal im Auftragsfall ab Vertragsbeginn den Anforderungen gem. Ziffer 3.6 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht. 10) Nachweis über die erforderliche räumliche und technische Ausstattung sowie Erreichbarkeit der Beratungsstelle, siehe hierzu Ziffer 3.7 und 3.8 des Technischen Leistungsverzeichnisses.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: Eignungsvordruck

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> 11) Es sind die unter Ziffer 2. des Eignungsvordrucks (Vordruck 04) aufgeführten Angaben zu machen: - Erklärung, dass der Bieter über die zur Leistungsausführung erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten verfügt, um den Auftrag in der geforderten Qualität auszuführen, - Angaben zum Umsatz des Unternehmen sind der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. 12) Nachweis bzw. Bestätigung einer Haftpflichtversicherung: Es ist zu erklären, dass die unter Ziffer 2.8 der Leistungsbeschreibung geforderte Haftpflichtversicherung in der geforderten Höhe besteht bzw. spätestens zum Vertragsbeginn bestehen wird.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Technische und berufliche Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> Es sind die unter Ziffer 2 des Eignungsvordrucks (Vordruck 04) aufgeführten Angaben zu machen: Erklärung, dass der Bieter über die erforderlichen personellen und technische Mittel sowie ausreichend Erfahrung verfügt, um den Auftrag in der geforderten Qualität durchzuführen. Bestätigung, dass der Bieter in den letzten drei Jahren vergleichbare Leistungen durchgeführt hat. Zum Nachweis Ihrer Eignung sind Referenzen zu bisher durchgeführten Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs im Bereich der Psychosozialen Betreuung in den letzten drei Jahren vorzulegen. Insbesondere mit Angaben, wie viele Fälle in einem Jahr begonnen wurden und wie viele davon in welchem Zeitraum abgeschlossen wurden. Diese können für öffentliche sowie für nicht öffentliche bzw. privatwirtschaftliche Auftraggeber durchgeführt worden sein. Bei diesen aussagefähigen Referenzen

sind jeweils: Auftragsumfang; Auftragsjahr; Gesamtumsatz; AG G mit Kontaktdaten zu nennen. Darüber hinaus sind 5 Fallanalysen von typischen Fallbeispielen mit Angabe von soziodemographischen Merkmalen, durchgeführten Beratungen und Maßnahmen sowie empfohlenem weiteren Vorgehen vorzulegen. Diese werden von der Vergabestelle streng vertraulich behandelt. Sie können als Referenzen auch Aufträge vergleichbarer Art und Umfangs benennen, die Sie für die FHH durchgeführt haben. Hierbei sind ebenfalls die o.g. Angaben zu machen. Als fachlich vergleichbar werden Aufträge angesehen, die ebenfalls ähnliche Leistung gem. Leistungsbeschreibung in der geforderten Qualität, einen gleich hohen oder höheren Schwierigkeitsgrad und Umfang aufweisen und einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit des Bieters für die ausgeschriebene Leistung ermöglichen. Es ist dem Bietenden unbenommen, weitere Referenzen zu benennen. Da das Austauschen einer fehlerhaften Referenz durch eine nach Fristende nachgereichte bedingungsgemäße Referenz nicht möglich ist, empfiehlt die Vergabestelle eine Liste von weiteren als bedingungsgemäß betrachteten Referenzen einzureichen.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 35

Kriterium:

Art: *Qualität*

Bezeichnung: Leistungsbewertung gemäß Kriterienkatalog

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/awardcriteria>

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 65

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 14/02/2025 10:00 +01:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/6885e019-1116-4aba-a507-d508673f933b>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/6885e019-1116-4aba-a507-d508673f933b>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Angebote: 24/02/2025 10:00 +01:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 310 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Eine Nachforderung von Unterlagen nach Fristablauf ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: *Nein*

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: **ja**

Zahlungen werden elektronisch geleistet: **ja**

Informationen über die Überprüfungsfristen: In der Regel müssen Sie Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren rügen, damit ihr Nachprüfungsantrag zulässig ist. Entsprechend sind folgende Rügefristen zu beachten: Soweit Sie Verstöße gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt haben, müssen Sie diese gegenüber dem Auftraggeber innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen Sie bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen Sie spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 3. Für den Nachprüfungsantrag gelten folgende Fristen: - 15 Kalendertage, nachdem Ihnen die Mitteilung zugegangen ist, dass wir Ihrer Rüge nicht

abhelfen wollen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. GWB. 30 Kalendertag im Falle einer fehlenden Bekanntmachung des öffentlichen Auftrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB , nachdem Sie von uns über den Abschluss des Vertrags informiert wurden, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss, vgl. § 135 Abs. 2 GWB.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Finanzbehörde Hamburg

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0002

Titel: Lebenslageberatung - Mittleres Los

Beschreibung: Das jährliche Kontingent für das mittlere Los beträgt 210.084,03 Euro ohne Umsatzsteuer.

Interne Kennung: e2fe1622-662e-44e5-b78c-8b5d5f3c2989

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 85310000 *Dienstleistungen des Sozialwesens*

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Es besteht die Option einer zweimaligen Vertragsverlängerung um je weitere zwei Jahre bis zum 31.12.2032, soweit die Vertragspartner den Vertrag nicht spätestens neun Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit gegenüber der jeweils anderen Vertragspartei kündigen.

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2028

5.1.6 Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprjekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:

Art: *Eignung zur Berufsausübung*

Bezeichnung: Eignungsvordruck, Eigenerklärung RUS-Sanktionen

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria>

Die nachstehend geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise sind dem Angebot/Teilnahmeantrag beizufügen oder während der elektronischen Angebotsabgabe anzugeben. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht.

Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache. Das Fehlen oder die Unvollständigkeit auch nur einer der Unterlagen, Angaben, Erklärungen und Nachweise kann zum Ausschluss des

Bewerbers/Bieters vom weiteren Vergabeverfahren führen. Dies gilt ebenfalls für die unter III.1.2) und 3) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

1) Eignungsvordruck (Vergabevordruck 04) – der den Vergabeunterlagen beigefügte Vordruck ist dem Angebot/Teilnahmeantrag vollständig ausgefüllt beizufügen. Die Vergabestelle wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung eine Auskunft aus dem

Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. anfordern lassen; von in anderen Staaten niedergelassen Bieter/Bewerbern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. 2) Angaben für Registerabfragen (innerhalb des Eignungsvordruckes, Vergabevordruck 04): Es sind sämtliche geforderte Angaben für Registerabfragen an den vorgesehenen Stellen im Eignungsvordruck zu hinterlegen. Dazu zählen - die vollständige Angabe des Unternehmens, des Sitzes und der Rechtsform, - die vollständigen Daten der Geschäftsführung bzw. der verantwortlich handelnden Personen, - Angabe des Registergerichts oder Genehmigungsbehörde, - die Handelsregisternummer oder Geschäftsnummer der Genehmigungsbehörde, - sowie die zutreffenden Steuernummern. 3) Unter Ziffer 3 des Eignungsvordrucks sind Angaben zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB zwingend zu machen. 4) Unter Ziffer 4 des Eignungsvordruckes sind folgende Angaben zu den Ausführungsbedingungen nach den §§ 3, 3a, 3b und 7 des Hamburgischen Vergabegesetzes zwingend zu hinterlegen: Tariftreue und Mindestlohn nach § 3 HmbVgG: Es ist zu erklären, dass im Fall der Auftragserteilung das Tarifvertragsgesetz, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und andere gesetzlichen Bestimmungen über Mindestentgelte beachtet werden. Des Weiteren ist die Entlohnung der Beschäftigten anhand der ggf. gültigen allgemeinverbindlichen Mindestlohtarifverträge oder spezifischen Tarifverträgen aufzuschlüsseln. Es ist zu erklären, ob bei Einsatz (auch falls bei Angebotsabgabe noch nicht vorgesehen) von Leiharbeitern und Unterauftragnehmern die vorgenannten Mindestentgelte und Tarifentgelte ebenfalls Beachtung erfahren. Es ist zu erklären, dass prüffähige Entgeltabrechnungen bereitgehalten und auf Verlangen vorgelegt werden, sowie

dass die Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen wurden. - Sonstige Angabe nach § 7 HmbVgG: Die Erklärungen zur ordnungsgemäßen Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen, die Erklärung zur alleinigen Übertragung von Leistungen an Unterauftragnehmer, welche sich zur Einhaltung der §§3, 3a, 5 und 10 HmbVgG (auch falls bei Angebotsabgabe noch kein Einsatzvorgesehen ist), sowie die übrigen Erklärungen sind vollständig bei Angebotsabgabe vorzunehmen. - Ergänzung, falls sozialverträgliche Beschaffung oder umweltverträgliche Beschaffung weitere Erklärungen vorsehen/für dieses Verfahren notwendig sind. 5) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung: Unter Ziffer 1. Im Eignungsvordruck (Vordruck 04) sind Angaben zur Eintragung ins Handelsregister bzw. Angaben dazu, ob eine Eintragung im Handelsregister nicht verpflichtend ist, zu hinterlegen. 6) Eigenerklärung RUS-Sanktionen. 7) ggf. Vordruck Bietergemeinschaft. 8) Erklärung, dass die Beratungsstelle den Anforderungen gem. Ziffer 3.5 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht. 9) Erklärung, dass das eingesetzte Personal im Auftragsfall ab Vertragsbeginn den Anforderungen gem. Ziffer 3.6 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht. 10) Nachweis über die erforderliche räumliche und technische Ausstattung sowie Erreichbarkeit der Beratungsstelle, siehe hierzu Ziffer 3.7 und 3.8 des Technischen Leistungsverzeichnisses.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: Eignungsvordruck

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> 11) Es sind die unter Ziffer 2. des Eignungsvordrucks (Vordruck 04) aufgeführten Angaben zu machen: - Erklärung, dass der Bieter über die zur Leistungsausführung erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten verfügt, um den Auftrag in der geforderten Qualität auszuführen, - Angaben zum Umsatz des Unternehmen sind der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. 12) Nachweis bzw. Bestätigung einer Haftpflichtversicherung: Es ist zu erklären, dass die unter Ziffer 2.8 der Leistungsbeschreibung geforderte Haftpflichtversicherung in der geforderten Höhe besteht bzw. spätestens zum Vertragsbeginn bestehen wird.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Technische und berufliche Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790->

b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria Es sind die unter Ziffer 2 des Eignungsvordrucks (Vordruck 04) aufgeführten Angaben zu machen: Erklärung, dass der Bieter über die erforderlichen personellen und technische Mittel sowie ausreichend Erfahrung verfügt, um den Auftrag in der geforderten Qualität durchzuführen. Bestätigung, dass der Bieter in den letzten drei Jahren vergleichbare Leistungen durchgeführt hat. Zum Nachweis Ihrer Eignung sind Referenzen zu bisher durchgeführten Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs im Bereich der Psychosozialen Betreuung in den letzten drei Jahren vorzulegen. Insbesondere mit Angaben, wie viele Fälle in einem Jahr begonnen wurden und wie viele davon in welchem Zeitraum abgeschlossen wurden. Diese können für öffentliche sowie für nicht öffentliche bzw. privatwirtschaftliche Auftraggeber durchgeführt worden sein. Bei diesen aussagefähigen Referenzen sind jeweils: Auftragsumfang; Auftragsjahr; Gesamtumsatz; AG G mit Kontaktdaten zu nennen. Darüber hinaus sind 5 Fallanalysen von typischen Fallbeispielen mit Angabe von soziodemographischen Merkmalen, durchgeführten Beratungen und Maßnahmen sowie empfohlenem weiteren Vorgehen vorzulegen. Diese werden von der Vergabestelle streng vertraulich behandelt. Sie können als Referenzen auch Aufträge vergleichbarer Art und Umfangs benennen, die Sie für die FHH durchgeführt haben. Hierbei sind ebenfalls die o.g. Angaben zu machen. Als fachlich vergleichbar werden Aufträge angesehen, die ebenfalls ähnliche Leistung gem. Leistungsbeschreibung in der geforderten Qualität, einen gleich hohen oder höheren Schwierigkeitsgrad und Umfang aufweisen und einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit des Bieters für die ausgeschriebene Leistung ermöglichen. Es ist dem Bietenden unbenommen, weitere Referenzen zu benennen. Da das Austauschen einer fehlerhaften Referenz durch eine nach Fristende nachgereichte bedingungsgemäße Referenz nicht möglich ist, empfiehlt die Vergabestelle eine Liste von weiteren als bedingungsgemäß betrachteten Referenzen einzureichen.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 35

Kriterium:

Art: *Qualität*

Bezeichnung: Leistungsbewertung gemäß Kriterienkatalog

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790->

b417-4973-867b-8caac3770b63/awardcriteria

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 65

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 14/02/2025 10:00 +01:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/6885e019-1116-4aba-a507-d508673f933b>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/6885e019-1116-4aba-a507-d508673f933b>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Angebote: 24/02/2025 10:00 +01:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 310 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Eine Nachforderung von Unterlagen nach Fristablauf ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: *Nein*

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: **ja**

Zahlungen werden elektronisch geleistet: **ja**

Informationen über die Überprüfungsfristen: In der Regel müssen Sie Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren rügen, damit ihr

Nachprüfungsantrag zulässig ist. Entsprechend sind folgende Rügefristen zu beachten: Soweit Sie Verstöße gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt haben, müssen Sie diese gegenüber dem Auftraggeber innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen Sie bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen Sie spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 3. Für den Nachprüfungsantrag gelten folgende Fristen: - 15 Kalendertage, nachdem Ihnen die Mitteilung zugegangen ist, dass wir Ihrer Rüge nicht abhelfen wollen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB. 30 Kalendertag im Falle einer fehlenden Bekanntmachung des öffentlichen Auftrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB, nachdem Sie von uns über den Abschluss des Vertrags informiert wurden, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss, vgl. § 135 Abs. 2 GWB.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Finanzbehörde Hamburg

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0003

Titel: Lebenslageberatung - Mittleres Los

Beschreibung: Das jährliche Kontingent für das mittlere Los beträgt 210.084,03 Euro ohne Umsatzsteuer.

Interne Kennung: 86eafba0-0016-45be-aa2b-95816b0ae5a4

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 85310000 *Dienstleistungen des Sozialwesens*

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Es besteht die Option einer zweimaligen Vertragsverlängerung um je weitere zwei Jahre bis zum 31.12.2032, soweit die

Vertragspartner den Vertrag nicht spätestens neun Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit gegenüber der jeweils anderen Vertragspartei kündigen.

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2028

5.1.6 Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprjekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:

Art: *Eignung zur Berufsausübung*

Bezeichnung: Eignungsvordruck, Eigenerklärung RUS-Sanktionen

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> Die nachstehend geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise sind dem Angebot/Teilnahmeantrag beizufügen oder während der elektronischen Angebotsabgabe anzugeben. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache. Das Fehlen oder die Unvollständigkeit auch nur einer der Unterlagen, Angaben, Erklärungen und Nachweise kann zum Ausschluss des Bewerbers/Bieters vom weiteren Vergabeverfahren führen. Dies gilt ebenfalls für die unter III.1.2) und 3) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

1) Eignungsvordruck (Vergabevordruck 04) – der den Vergabeunterlagen beigefügte Vordruck ist dem Angebot/Teilnahmeantrag vollständig ausgefüllt beizufügen. Die Vergabestelle wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. anfordern lassen; von in anderen Staaten niedergelassen Bieter/Bewerbern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. 2) Angaben für Registerabfragen (innerhalb des Eignungsvordruckes, Vergabevordruck 04): Es sind sämtliche geforderte Angaben für Registerabfragen an den vorgesehenen Stellen im Eignungsvordruck zu hinterlegen. Dazu zählen - die vollständige Angabe des Unternehmens, des Sitzes und der Rechtsform, - die vollständigen Daten der Geschäftsführung bzw. der verantwortlich handelnden Personen, - Angabe des Registergerichts oder Genehmigungsbehörde, - die Handelsregisternummer oder Geschäftsnummer der Genehmigungsbehörde, - sowie die zutreffenden Steuernummern. 3) Unter Ziffer 3 des Eignungsvordrucks sind Angaben zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124

GWB zwingend zu machen. 4) Unter Ziffer 4 des Eignungsvordruckes sind folgende Angaben zu den Ausführungsbedingungen nach den §§ 3, 3a, 3b und 7 des Hamburgischen Vergabegesetzes zwingend zu hinterlegen: Tariftreue und Mindestlohn nach § 3 HmbVgG: Es ist zu erklären, dass im Fall der Auftragserteilung das Tarifvertragsgesetz, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und andere gesetzlichen Bestimmungen über Mindestentgelte beachtet werden. Des Weiteren ist die Entlohnung der Beschäftigten anhand der ggf. gültigen allgemeinverbindlichen Mindestlohntarifverträge oder spezifischen Tarifverträgen aufzuschlüsseln. Es ist zu erklären, ob bei Einsatz (auch falls bei Angebotsabgabe noch nicht vorgesehen) von Leiharbeitern und Unterauftragnehmern die vorgenannten Mindestentgelte und Tarifentgelte ebenfalls Beachtung erfahren. Es ist zu erklären, dass prüffähige Entgeltabrechnungen bereitgehalten und auf Verlangen vorgelegt werden, sowie dass die Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen wurden. - Sonstige Angabe nach § 7 HmbVgG: Die Erklärungen zur ordnungsgemäßen Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen, die Erklärung zur alleinigen Übertragung von Leistungen an Unterauftragnehmer, welche sich zur Einhaltung der §§ 3, 3a, 5 und 10 HmbVgG (auch falls bei Angebotsabgabe noch kein Einsatz vorgesehen ist), sowie die übrigen Erklärungen sind vollständig bei Angebotsabgabe vorzunehmen. - Ergänzung, falls sozialverträgliche Beschaffung oder umweltverträgliche Beschaffung weitere Erklärungen vorsehen/für dieses Verfahren notwendig sind. 5) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung: Unter Ziffer 1. Im Eignungsvordruck (Vordruck 04) sind Angaben zur Eintragung ins Handelsregister bzw. Angaben dazu, ob eine Eintragung im Handelsregister nicht verpflichtend ist, zu hinterlegen. 6) Eigenerklärung RUS-Sanktionen. 7) ggf. Vordruck Bietergemeinschaft. 8) Erklärung, dass die Beratungsstelle den Anforderungen gem. Ziffer 3.5 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht. 9) Erklärung, dass das eingesetzte Personal im Auftragsfall ab Vertragsbeginn den Anforderungen gem. Ziffer 3.6 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht. 10) Nachweis über die erforderliche räumliche und technische Ausstattung sowie Erreichbarkeit der Beratungsstelle, siehe hierzu Ziffer 3.7 und 3.8 des Technischen Leistungsverzeichnisses.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: Eignungsvordruck

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> 11) Es sind die unter Ziffer 2. des Eignungsvordrucks (Vordruck 04) aufgeführten Angaben zu machen: - Erklärung, dass der Bieter über die zur Leistungsausführung erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten verfügt, um den Auftrag in der geforderten Qualität auszuführen, - Angaben zum Umsatz des Unternehmen sind der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. 12) Nachweis bzw.

Bestätigung einer Haftpflichtversicherung: Es ist zu erklären, dass die unter Ziffer 2.8 der Leistungsbeschreibung geforderte Haftpflichtversicherung in der geforderten Höhe besteht bzw. spätestens zum Vertragsbeginn bestehen wird.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Technische und berufliche Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> Es sind die unter Ziffer 2 des Eignungsvordrucks (Vordruck 04) aufgeführten Angaben zu machen: Erklärung, dass der Bieter über die erforderlichen personellen und technische Mittel sowie ausreichend Erfahrung verfügt, um den Auftrag in der geforderten Qualität durchzuführen. Bestätigung, dass der Bieter in den letzten drei Jahren vergleichbare Leistungen durchgeführt hat. Zum Nachweis Ihrer Eignung sind Referenzen zu bisher durchgeführten Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs im Bereich der Psychosozialen Betreuung in den letzten drei Jahren vorzulegen. Insbesondere mit Angaben, wie viele Fälle in einem Jahr begonnen wurden und wie viele davon in welchem Zeitraum abgeschlossen wurden. Diese können für öffentliche sowie für nicht öffentliche bzw. privatwirtschaftliche Auftraggeber durchgeführt worden sein. Bei diesen aussagefähigen Referenzen sind jeweils: Auftragsumfang; Auftragsjahr; Gesamtumsatz; AG G mit Kontaktdaten zu nennen. Darüber hinaus sind 5 Fallanalysen von typischen Fallbeispielen mit Angabe von soziodemographischen Merkmalen, durchgeführten Beratungen und Maßnahmen sowie empfohlenem weiteren Vorgehen vorzulegen. Diese werden von der Vergabestelle streng vertraulich behandelt. Sie können als Referenzen auch Aufträge vergleichbarer Art und Umfangs benennen, die Sie für die FHH durchgeführt haben. Hierbei sind ebenfalls die o.g. Angaben zu machen. Als fachlich vergleichbar werden Aufträge angesehen, die ebenfalls ähnliche Leistung gem. Leistungsbeschreibung in der geforderten Qualität, einen gleich hohen oder höheren Schwierigkeitsgrad und Umfang aufweisen und einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit des Bieters für die ausgeschriebene Leistung ermöglichen. Es ist dem Bietenden unbenommen, weitere Referenzen zu benennen. Da das Austauschen einer fehlerhaften Referenz durch eine nach Fristende nachgereichte bedingungsgemäße Referenz nicht möglich ist, empfiehlt die Vergabestelle eine Liste von weiteren als bedingungsgemäß betrachteten Referenzen einzureichen.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 35

Kriterium:

Art: *Qualität*

Bezeichnung: Leistungsbewertung gemäß Kriterienkatalog

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/awardcriteria>

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 65

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 14/02/2025 10:00 +01:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/6885e019-1116-4aba-a507-d508673f933b>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/6885e019-1116-4aba-a507-d508673f933b>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Angebote: 24/02/2025 10:00 +01:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 310 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Eine Nachforderung von Unterlagen nach Fristablauf ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den

Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: *Nein*

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: **ja**

Zahlungen werden elektronisch geleistet: **ja**

Informationen über die Überprüfungsfristen: In der Regel müssen Sie Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren rügen, damit ihr Nachprüfungsantrag zulässig ist. Entsprechend sind folgende Rügefristen zu beachten: Soweit Sie Verstöße gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt haben, müssen Sie diese gegenüber dem Auftraggeber innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen Sie bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen Sie spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 3. Für den Nachprüfungsantrag gelten folgende Fristen: - 15 Kalendertage, nachdem Ihnen die Mitteilung zugegangen ist, dass wir Ihrer Rüge nicht abhelfen wollen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB. 30 Kalendertag im Falle einer fehlenden Bekanntmachung des öffentlichen Auftrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB, nachdem Sie von uns über den Abschluss des Vertrags informiert wurden, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss, vgl. § 135 Abs. 2 GWB.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: **nein**

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Finanzbehörde Hamburg

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0004

Titel: Lebenslageberatung - Mittleres Los

Beschreibung: Das jährliche Kontingent für das mittlere Los beträgt 210.084,03 Euro ohne Umsatzsteuer.

Interne Kennung: fa044fbc-abae-493e-8287-51401aa3cbbb

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 85310000 *Dienstleistungen des Sozialwesens*

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Es besteht die Option einer zweimaligen Vertragsverlängerung um je weitere zwei Jahre bis zum 31.12.2032, soweit die Vertragspartner den Vertrag nicht spätestens neun Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit gegenüber der jeweils anderen Vertragspartei kündigen.

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2028

5.1.6 Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:

Art: *Eignung zur Berufsausübung*

Bezeichnung: Eignungsvordruck, Eigenerklärung RUS-Sanktionen

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> Die nachstehend geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise sind dem Angebot/Teilnahmeantrag beizufügen oder während der elektronischen Angebotsabgabe anzugeben. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache. Das Fehlen oder die Unvollständigkeit auch nur einer der Unterlagen, Angaben, Erklärungen und Nachweise kann zum Ausschluss des Bewerbers/Bieters vom weiteren Vergabeverfahren führen. Dies gilt ebenfalls für die unter III.1.2) und 3) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise.
1) Eignungsvordruck (Vergabevordruck 04) – der den Vergabeunterlagen beigelegte Vordruck ist dem Angebot/Teilnahmeantrag vollständig ausgefüllt beizufügen. Die Vergabestelle wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung eine Auskunft aus dem

Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. anfordern lassen; von in anderen Staaten niedergelassen Bieter/Bewerbern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. 2) Angaben für Registerabfragen (innerhalb des Eignungsvordruckes, Vergabevordruck 04): Es sind sämtliche geforderte Angaben für Registerabfragen an den vorgesehenen Stellen im Eignungsvordruck zu hinterlegen. Dazu zählen - die vollständige Angabe des Unternehmens, des Sitzes und der Rechtsform, - die vollständigen Daten der Geschäftsführung bzw. der verantwortlich handelnden Personen, - Angabe des Registergerichts oder Genehmigungsbehörde, - die Handelsregisternummer oder Geschäftsnummer der Genehmigungsbehörde, - sowie die zutreffenden Steuernummern. 3) Unter Ziffer 3 des Eignungsvordrucks sind Angaben zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB zwingend zu machen. 4) Unter Ziffer 4 des Eignungsvordruckes sind folgende Angaben zu den Ausführungsbedingungen nach den §§ 3, 3a, 3b und 7 des Hamburgischen Vergabegesetzes zwingend zu hinterlegen: Tariftreue und Mindestlohn nach § 3 HmbVgG: Es ist zu erklären, dass im Fall der Auftragserteilung das Tarifvertragsgesetz, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und andere gesetzlichen Bestimmungen über Mindestentgelte beachtet werden. Des Weiteren ist die Entlohnung der Beschäftigten anhand der ggf. gültigen allgemeinverbindlichen Mindestlohntarifverträge oder spezifischen Tarifverträgen aufzuschlüsseln. Es ist zu erklären, ob bei Einsatz (auch falls bei Angebotsabgabe noch nicht vorgesehen) von Leiharbeitern und Unterauftragnehmern die vorgenannten Mindestentgelte und Tarifentgelte ebenfalls Beachtung erfahren. Es ist zu erklären, dass prüffähige Entgeltabrechnungen bereitgehalten und auf Verlangen vorgelegt werden, sowie dass die Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen wurden. - Sonstige Angabe nach § 7 HmbVgG: Die Erklärungen zur ordnungsgemäßen Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen, die Erklärung zur alleinigen Übertragung von Leistungen an Unterauftragnehmer, welche sich zur Einhaltung der §§ 3, 3a, 5 und 10 HmbVgG (auch falls bei Angebotsabgabe noch kein Einsatz vorgesehen ist), sowie die übrigen Erklärungen sind vollständig bei Angebotsabgabe vorzunehmen. - Ergänzung, falls sozialverträgliche Beschaffung oder umweltverträgliche Beschaffung weitere Erklärungen vorsehen/für dieses Verfahren notwendig sind. 5) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung: Unter Ziffer 1. Im Eignungsvordruck (Vordruck 04) sind Angaben zur Eintragung ins Handelsregister bzw. Angaben dazu, ob eine Eintragung im Handelsregister nicht verpflichtend ist, zu hinterlegen. 6) Eigenerklärung RUS-Sanktionen. 7) ggf. Vordruck Bietergemeinschaft. 8) Erklärung, dass die Beratungsstelle den Anforderungen gem. Ziffer 3.5 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht. 9) Erklärung, dass das eingesetzte Personal im Auftragsfall ab Vertragsbeginn den Anforderungen gem. Ziffer 3.6 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht. 10) Nachweis über die erforderliche räumliche und technische Ausstattung sowie Erreichbarkeit der Beratungsstelle, siehe hierzu Ziffer 3.7 und 3.8 des Technischen Leistungsverzeichnisses.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: Eignungsvordruck

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> 11) Es sind die unter Ziffer 2. des Eignungsvordrucks (Vordruck 04) aufgeführten Angaben zu machen: - Erklärung, dass der Bieter über die zur Leistungsausführung erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten verfügt, um den Auftrag in der geforderten Qualität auszuführen, - Angaben zum Umsatz des Unternehmen sind der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. 12) Nachweis bzw. Bestätigung einer Haftpflichtversicherung: Es ist zu erklären, dass die unter Ziffer 2.8 der Leistungsbeschreibung geforderte Haftpflichtversicherung in der geforderten Höhe besteht bzw. spätestens zum Vertragsbeginn bestehen wird.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Technische und berufliche Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> Es sind die unter Ziffer 2 des Eignungsvordrucks (Vordruck 04) aufgeführten Angaben zu machen: Erklärung, dass der Bieter über die erforderlichen personellen und technische Mittel sowie ausreichend Erfahrung verfügt, um den Auftrag in der geforderten Qualität durchzuführen. Bestätigung, dass der Bieter in den letzten drei Jahren vergleichbare Leistungen durchgeführt hat. Zum Nachweis Ihrer Eignung sind Referenzen zu bisher durchgeführten Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs im Bereich der Psychosozialen Betreuung in den letzten drei Jahren vorzulegen. Insbesondere mit Angaben, wie viele Fälle in einem Jahr begonnen wurden und wie viele davon in welchem Zeitraum abgeschlossen wurden. Diese können für öffentliche sowie für nicht öffentliche bzw. privatwirtschaftliche Auftraggeber durchgeführt worden sein. Bei diesen aussagefähigen Referenzen sind jeweils: Auftragsumfang; Auftragsjahr; Gesamtumsatz; AG G mit Kontaktdaten zu nennen. Darüber hinaus sind 5 Fallanalysen von typischen Fallbeispielen mit Angabe von soziodemographischen Merkmalen, durchgeführten Beratungen und Maßnahmen sowie empfohlenem weiteren Vorgehen vorzulegen. Diese werden von der Vergabestelle streng vertraulich behandelt. Sie können als Referenzen auch Aufträge vergleichbarer Art und Umfangs benennen, die Sie für die FHH durchgeführt haben. Hierbei sind ebenfalls die o.g. Angaben zu machen. Als fachlich vergleichbar werden Aufträge angesehen, die ebenfalls ähnliche Leistung gem. Leistungsbeschreibung in der geforderten Qualität, einen gleich hohen oder höheren Schwierigkeitsgrad und Umfang aufweisen und einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit des Bieters für die ausgeschriebene

Leistung ermöglichen. Es ist dem Bietenden unbenommen, weitere Referenzen zu benennen. Da das Austauschen einer fehlerhaften Referenz durch eine nach Fristende nachgereichte bedingungsgemäße Referenz nicht möglich ist, empfiehlt die Vergabestelle eine Liste von weiteren als bedingungsgemäß betrachteten Referenzen einzureichen.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 35

Kriterium:

Art: *Qualität*

Bezeichnung: Leistungsbewertung gemäß Kriterienkatalog

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/awardcriteria>

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 65

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 14/02/2025 10:00 +01:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/6885e019-1116-4aba-a507-d508673f933b>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/6885e019-1116-4aba-a507-d508673f933b>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Angebote: 24/02/2025 10:00 +01:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 310 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Eine Nachforderung von Unterlagen nach Fristablauf ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: *Nein*

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: **ja**

Zahlungen werden elektronisch geleistet: **ja**

Informationen über die Überprüfungsfristen: In der Regel müssen Sie Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren rügen, damit ihr Nachprüfungsantrag zulässig ist. Entsprechend sind folgende Rügefristen zu beachten: Soweit Sie Verstöße gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt haben, müssen Sie diese gegenüber dem Auftraggeber innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen Sie bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen Sie spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 3. Für den Nachprüfungsantrag gelten folgende Fristen: - 15 Kalendertage, nachdem Ihnen die Mitteilung zugegangen ist, dass wir Ihrer Rüge nicht abhelfen wollen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB. 30 Kalendertag im Falle einer fehlenden Bekanntmachung des öffentlichen Auftrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB, nachdem Sie von uns über den Abschluss des Vertrags informiert wurden, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss, vgl. § 135 Abs. 2 GWB.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Finanzbehörde Hamburg

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0005

Titel: Lebenslageberatung - Kleines Los

Beschreibung: Das jährliche Kontingent für das kleine Los beträgt 126.050,42 Euro ohne Umsatzsteuer.

Interne Kennung: e59c9b7f-1f57-4b3a-8329-b620f89b1246

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 85310000 *Dienstleistungen des Sozialwesens*

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Es besteht die Option einer zweimaligen Vertragsverlängerung um je weitere zwei Jahre bis zum 31.12.2032, soweit die Vertragspartner den Vertrag nicht spätestens neun Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit gegenüber der jeweils anderen Vertragspartei kündigen.

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2028

5.1.6 Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprjekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:

Art: *Eignung zur Berufsausübung*

Bezeichnung: Eignungsvordruck, Eigenerklärung RUS-Sanktionen

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> Die nachstehend geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise sind dem Angebot/Teilnahmeantrag

beizufügen oder während der elektronischen Angebotsabgabe anzugeben. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache. Das Fehlen oder die Unvollständigkeit auch nur einer der Unterlagen, Angaben, Erklärungen und Nachweise kann zum Ausschluss des Bewerbers/Bieters vom weiteren Vergabeverfahren führen. Dies gilt ebenfalls für die unter III.1.2) und 3) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

1) Eignungsvordruck (Vergabevordruck 04) – der den Vergabeunterlagen beigelegte Vordruck ist dem Angebot/Teilnahmeantrag vollständig ausgefüllt beizufügen. Die Vergabestelle wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. anfordern lassen; von in anderen Staaten niedergelassenen Bietern/Bewerbern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. 2) Angaben für Registerabfragen (innerhalb des Eignungsvordruckes, Vergabevordruck 04): Es sind sämtliche geforderte Angaben für Registerabfragen an den vorgesehenen Stellen im Eignungsvordruck zu hinterlegen. Dazu zählen - die vollständige Angabe des Unternehmens, des Sitzes und der Rechtsform, - die vollständigen Daten der Geschäftsführung bzw. der verantwortlich handelnden Personen, - Angabe des Registergerichts oder Genehmigungsbehörde, - die Handelsregisternummer oder Geschäftsnummer der Genehmigungsbehörde, - sowie die zutreffenden Steuernummern. 3) Unter Ziffer 3 des Eignungsvordrucks sind Angaben zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB zwingend zu machen. 4) Unter Ziffer 4 des Eignungsvordruckes sind folgende Angaben zu den Ausführungsbedingungen nach den §§ 3, 3a, 3b und 7 des Hamburgischen Vergabegesetzes zwingend zu hinterlegen: Tariftreue und Mindestlohn nach § 3 HmbVgG: Es ist zu erklären, dass im Fall der Auftragserteilung das Tarifvertragsgesetz, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und andere gesetzlichen Bestimmungen über Mindestentgelte beachtet werden. Des Weiteren ist die Entlohnung der Beschäftigten anhand der ggf. gültigen allgemeinverbindlichen Mindestlohn tarifverträge oder spezifischen Tarifverträgen aufzuschlüsseln. Es ist zu erklären, ob bei Einsatz (auch falls bei Angebotsabgabe noch nicht vorgesehen) von Leiharbeitern und Unterauftragnehmern die vorgenannten Mindestentgelte und Tarifentgelte ebenfalls Beachtung erfahren. Es ist zu erklären, dass prüffähige Entgeltabrechnungen bereitgehalten und auf Verlangen vorgelegt werden, sowie dass die Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen wurden. - Sonstige Angabe nach § 7 HmbVgG: Die Erklärungen zur ordnungsgemäßen Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen, die Erklärung zur alleinigen Übertragung von Leistungen an Unterauftragnehmer, welche sich zur Einhaltung der §§ 3, 3a, 5 und 10 HmbVgG (auch falls bei Angebotsabgabe noch kein Einsatz vorgesehen ist), sowie die übrigen Erklärungen sind vollständig bei Angebotsabgabe vorzunehmen. - Ergänzung, falls sozialverträgliche Beschaffung oder umweltverträgliche Beschaffung weitere Erklärungen vorsehen/für dieses Verfahren notwendig sind. 5) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung: Unter Ziffer 1. Im Eignungsvordruck (Vordruck 04) sind Angaben zur Eintragung ins Handelsregister bzw. Angaben dazu, ob

eine Eintragung im Handelsregister nicht verpflichtend ist, zu hinterlegen. 6) Eigenerklärung RUS-Sanktionen. 7) ggf. Vordruck Bietergemeinschaft. 8) Erklärung, dass die Beratungsstelle den Anforderungen gem. Ziffer 3.5 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht. 9) Erklärung, dass das eingesetzte Personal im Auftragsfall ab Vertragsbeginn den Anforderungen gem. Ziffer 3.6 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht. 10) Nachweis über die erforderliche räumliche und technische Ausstattung sowie Erreichbarkeit der Beratungsstelle, siehe hierzu Ziffer 3.7 und 3.8 des Technischen Leistungsverzeichnisses.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: Eignungsvordruck

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> 11) Es sind die unter Ziffer 2. des Eignungsvordrucks (Vordruck 04) aufgeführten Angaben zu machen: - Erklärung, dass der Bieter über die zur Leistungsausführung erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten verfügt, um den Auftrag in der geforderten Qualität auszuführen, - Angaben zum Umsatz des Unternehmen sind der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. 12) Nachweis bzw. Bestätigung einer Haftpflichtversicherung: Es ist zu erklären, dass die unter Ziffer 2.8 der Leistungsbeschreibung geforderte Haftpflichtversicherung in der geforderten Höhe besteht bzw. spätestens zum Vertragsbeginn bestehen wird.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Technische und berufliche Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> Es sind die unter Ziffer 2 des Eignungsvordrucks (Vordruck 04) aufgeführten Angaben zu machen: Erklärung, dass der Bieter über die erforderlichen personellen und technische Mittel sowie ausreichend Erfahrung verfügt, um den Auftrag in der geforderten Qualität durchzuführen. Bestätigung, dass der Bieter in den letzten drei Jahren vergleichbare Leistungen durchgeführt hat. Zum Nachweis Ihrer Eignung sind Referenzen zu bisher durchgeführten Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs im Bereich der Psychosozialen Betreuung in den letzten drei Jahren vorzulegen. Insbesondere mit Angaben, wie viele Fälle in einem Jahr begonnen wurden und wie viele davon in welchem Zeitraum abgeschlossen wurden. Diese können für öffentliche sowie für nicht öffentliche bzw. privatwirtschaftliche Auftraggeber durchgeführt worden sein. Bei diesen aussagefähigen Referenzen

sind jeweils: Auftragsumfang; Auftragsjahr; Gesamtumsatz; AG G mit Kontaktdaten zu nennen. Darüber hinaus sind 5 Fallanalysen von typischen Fallbeispielen mit Angabe von soziodemographischen Merkmalen, durchgeführten Beratungen und Maßnahmen sowie empfohlenem weiteren Vorgehen vorzulegen. Diese werden von der Vergabestelle streng vertraulich behandelt. Sie können als Referenzen auch Aufträge vergleichbarer Art und Umfangs benennen, die Sie für die FHH durchgeführt haben. Hierbei sind ebenfalls die o.g. Angaben zu machen. Als fachlich vergleichbar werden Aufträge angesehen, die ebenfalls ähnliche Leistung gem. Leistungsbeschreibung in der geforderten Qualität, einen gleich hohen oder höheren Schwierigkeitsgrad und Umfang aufweisen und einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit des Bieters für die ausgeschriebene Leistung ermöglichen. Es ist dem Bietenden unbenommen, weitere Referenzen zu benennen. Da das Austauschen einer fehlerhaften Referenz durch eine nach Fristende nachgereichte bedingungsgemäße Referenz nicht möglich ist, empfiehlt die Vergabestelle eine Liste von weiteren als bedingungsgemäß betrachteten Referenzen einzureichen.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 35

Kriterium:

Art: *Qualität*

Bezeichnung: Leistungsbewertung gemäß Kriterienkatalog

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/awardcriteria>

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 65

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 14/02/2025 10:00 +01:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/6885e019-1116-4aba-a507-d508673f933b>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/6885e019-1116-4aba-a507-d508673f933b>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Angebote: 24/02/2025 10:00 +01:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 310 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Eine Nachforderung von Unterlagen nach Fristablauf ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: *Nein*

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: **ja**

Zahlungen werden elektronisch geleistet: **ja**

Informationen über die Überprüfungsfristen: In der Regel müssen Sie Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren rügen, damit ihr Nachprüfungsantrag zulässig ist. Entsprechend sind folgende Rügefristen zu beachten: Soweit Sie Verstöße gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt haben, müssen Sie diese gegenüber dem Auftraggeber innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen Sie bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen Sie spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 3. Für den Nachprüfungsantrag gelten folgende Fristen: - 15 Kalendertage, nachdem Ihnen die Mitteilung zugegangen ist, dass wir Ihrer Rüge nicht

abhelfen wollen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. GWB. 30 Kalendertag im Falle einer fehlenden Bekanntmachung des öffentlichen Auftrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB , nachdem Sie von uns über den Abschluss des Vertrags informiert wurden, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss, vgl. § 135 Abs. 2 GWB.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Finanzbehörde Hamburg

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0006

Titel: Lebenslageberatung - Kleines Los

Beschreibung: Das jährliche Kontingent für das kleine Los beträgt 126.050,42 Euro ohne Umsatzsteuer.

Interne Kennung: 60afad93-2f9f-491b-80e2-eae21732790d

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 85310000 *Dienstleistungen des Sozialwesens*

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Es besteht die Option einer zweimaligen Vertragsverlängerung um je weitere zwei Jahre bis zum 31.12.2032, soweit die Vertragspartner den Vertrag nicht spätestens neun Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit gegenüber der jeweils anderen Vertragspartei kündigen.

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2028

5.1.6 Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprjekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:

Art: *Eignung zur Berufsausübung*

Bezeichnung: Eignungsvordruck, Eigenerklärung RUS-Sanktionen

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria>

Die nachstehend geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise sind dem Angebot/Teilnahmeantrag beizufügen oder während der elektronischen Angebotsabgabe anzugeben. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht.

Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache. Das Fehlen oder die Unvollständigkeit auch nur einer der Unterlagen, Angaben, Erklärungen und Nachweise kann zum Ausschluss des

Bewerbers/Bieters vom weiteren Vergabeverfahren führen. Dies gilt ebenfalls für die unter III.1.2) und 3) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

1) Eignungsvordruck (Vergabevordruck 04) – der den Vergabeunterlagen beigefügte Vordruck ist dem Angebot/Teilnahmeantrag vollständig ausgefüllt beizufügen. Die Vergabestelle wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung eine Auskunft aus dem

Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. anfordern lassen; von in anderen Staaten niedergelassen Bieter/Bewerbern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. 2) Angaben für Registerabfragen (innerhalb des Eignungsvordruckes, Vergabevordruck 04): Es sind sämtliche geforderte Angaben für Registerabfragen an den vorgesehenen Stellen im Eignungsvordruck zu hinterlegen. Dazu zählen - die vollständige Angabe des Unternehmens, des Sitzes und der Rechtsform, - die vollständigen Daten der Geschäftsführung bzw. der verantwortlich handelnden Personen, - Angabe des Registergerichts oder Genehmigungsbehörde, - die Handelsregisternummer oder Geschäftsnummer der Genehmigungsbehörde, - sowie die zutreffenden Steuernummern. 3) Unter Ziffer 3 des Eignungsvordrucks sind Angaben zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB zwingend zu machen. 4) Unter Ziffer 4 des Eignungsvordruckes sind folgende Angaben zu den Ausführungsbedingungen nach den §§ 3, 3a, 3b und 7 des Hamburgischen Vergabegesetzes zwingend zu hinterlegen: Tariftreue und Mindestlohn nach § 3 HmbVgG: Es ist zu erklären, dass im Fall der Auftragserteilung das Tarifvertragsgesetz, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und andere gesetzlichen Bestimmungen über Mindestentgelte beachtet werden. Des Weiteren ist die Entlohnung der Beschäftigten anhand der ggf. gültigen allgemeinverbindlichen Mindestlohtarifverträge oder spezifischen Tarifverträgen aufzuschlüsseln. Es ist zu erklären, ob bei Einsatz (auch falls bei Angebotsabgabe noch nicht vorgesehen) von Leiharbeitern und Unterauftragnehmern die vorgenannten Mindestentgelte und Tarifentgelte ebenfalls Beachtung erfahren. Es ist zu erklären, dass prüffähige Entgeltabrechnungen bereitgehalten und auf Verlangen vorgelegt werden, sowie

dass die Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen wurden. - Sonstige Angabe nach § 7 HmbVgG: Die Erklärungen zur ordnungsgemäßen Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen, die Erklärung zur alleinigen Übertragung von Leistungen an Unterauftragnehmer, welche sich zur Einhaltung der §§3, 3a, 5 und 10 HmbVgG (auch falls bei Angebotsabgabe noch kein Einsatzvorgesehen ist), sowie die übrigen Erklärungen sind vollständig bei Angebotsabgabe vorzunehmen. - Ergänzung, falls sozialverträgliche Beschaffung oder umweltverträgliche Beschaffung weitere Erklärungen vorsehen/für dieses Verfahren notwendig sind. 5) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung: Unter Ziffer 1. Im Eignungsvordruck (Vordruck 04) sind Angaben zur Eintragung ins Handelsregister bzw. Angaben dazu, ob eine Eintragung im Handelsregister nicht verpflichtend ist, zu hinterlegen. 6) Eigenerklärung RUS-Sanktionen. 7) ggf. Vordruck Bietergemeinschaft. 8) Erklärung, dass die Beratungsstelle den Anforderungen gem. Ziffer 3.5 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht. 9) Erklärung, dass das eingesetzte Personal im Auftragsfall ab Vertragsbeginn den Anforderungen gem. Ziffer 3.6 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht. 10) Nachweis über die erforderliche räumliche und technische Ausstattung sowie Erreichbarkeit der Beratungsstelle, siehe hierzu Ziffer 3.7 und 3.8 des Technischen Leistungsverzeichnisses.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: Eignungsvordruck

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> 11) Es sind die unter Ziffer 2. des Eignungsvordrucks (Vordruck 04) aufgeführten Angaben zu machen: - Erklärung, dass der Bieter über die zur Leistungsausführung erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten verfügt, um den Auftrag in der geforderten Qualität auszuführen, - Angaben zum Umsatz des Unternehmen sind der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. 12) Nachweis bzw. Bestätigung einer Haftpflichtversicherung: Es ist zu erklären, dass die unter Ziffer 2.8 der Leistungsbeschreibung geforderte Haftpflichtversicherung in der geforderten Höhe besteht bzw. spätestens zum Vertragsbeginn bestehen wird.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Technische und berufliche Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790->

b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria Es sind die unter Ziffer 2 des Eignungsvordrucks (Vordruck 04) aufgeführten Angaben zu machen: Erklärung, dass der Bieter über die erforderlichen personellen und technische Mittel sowie ausreichend Erfahrung verfügt, um den Auftrag in der geforderten Qualität durchzuführen. Bestätigung, dass der Bieter in den letzten drei Jahren vergleichbare Leistungen durchgeführt hat. Zum Nachweis Ihrer Eignung sind Referenzen zu bisher durchgeführten Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs im Bereich der Psychosozialen Betreuung in den letzten drei Jahren vorzulegen. Insbesondere mit Angaben, wie viele Fälle in einem Jahr begonnen wurden und wie viele davon in welchem Zeitraum abgeschlossen wurden. Diese können für öffentliche sowie für nicht öffentliche bzw. privatwirtschaftliche Auftraggeber durchgeführt worden sein. Bei diesen aussagefähigen Referenzen sind jeweils: Auftragsumfang; Auftragsjahr; Gesamtumsatz; AG G mit Kontaktdaten zu nennen. Darüber hinaus sind 5 Fallanalysen von typischen Fallbeispielen mit Angabe von soziodemographischen Merkmalen, durchgeführten Beratungen und Maßnahmen sowie empfohlenem weiteren Vorgehen vorzulegen. Diese werden von der Vergabestelle streng vertraulich behandelt. Sie können als Referenzen auch Aufträge vergleichbarer Art und Umfangs benennen, die Sie für die FHH durchgeführt haben. Hierbei sind ebenfalls die o.g. Angaben zu machen. Als fachlich vergleichbar werden Aufträge angesehen, die ebenfalls ähnliche Leistung gem. Leistungsbeschreibung in der geforderten Qualität, einen gleich hohen oder höheren Schwierigkeitsgrad und Umfang aufweisen und einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit des Bieters für die ausgeschriebene Leistung ermöglichen. Es ist dem Bietenden unbenommen, weitere Referenzen zu benennen. Da das Austauschen einer fehlerhaften Referenz durch eine nach Fristende nachgereichte bedingungsgemäße Referenz nicht möglich ist, empfiehlt die Vergabestelle eine Liste von weiteren als bedingungsgemäß betrachteten Referenzen einzureichen.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 35

Kriterium:

Art: *Qualität*

Bezeichnung: Leistungsbewertung gemäß Kriterienkatalog

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790->

b417-4973-867b-8caac3770b63/awardcriteria

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 65

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 14/02/2025 10:00 +01:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/6885e019-1116-4aba-a507-d508673f933b>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/6885e019-1116-4aba-a507-d508673f933b>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Angebote: 24/02/2025 10:00 +01:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 310 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Eine Nachforderung von Unterlagen nach Fristablauf ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: *Nein*

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: **ja**

Zahlungen werden elektronisch geleistet: **ja**

Informationen über die Überprüfungsfristen: In der Regel müssen Sie Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren rügen, damit ihr

Nachprüfungsantrag zulässig ist. Entsprechend sind folgende Rügefristen zu beachten: Soweit Sie Verstöße gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt haben, müssen Sie diese gegenüber dem Auftraggeber innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen Sie bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen Sie spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 3. Für den Nachprüfungsantrag gelten folgende Fristen: - 15 Kalendertage, nachdem Ihnen die Mitteilung zugegangen ist, dass wir Ihrer Rüge nicht abhelfen wollen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB. 30 Kalendertag im Falle einer fehlenden Bekanntmachung des öffentlichen Auftrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB, nachdem Sie von uns über den Abschluss des Vertrags informiert wurden, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss, vgl. § 135 Abs. 2 GWB.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Finanzbehörde Hamburg

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0007

Titel: Lebenslageberatung - Kleines Los

Beschreibung: Das jährliche Kontingent für das kleine Los beträgt 126.050,42 Euro ohne Umsatzsteuer.

Interne Kennung: 8ebd498c-303d-4b44-88bb-2a38f28c8b7b

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 85310000 *Dienstleistungen des Sozialwesens*

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Es besteht die Option einer zweimaligen Vertragsverlängerung um je weitere zwei Jahre bis zum 31.12.2032, soweit die

Vertragspartner den Vertrag nicht spätestens neun Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit gegenüber der jeweils anderen Vertragspartei kündigen.

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2028

5.1.6 Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprjekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:

Art: *Eignung zur Berufsausübung*

Bezeichnung: Eignungsvordruck, Eigenerklärung RUS-Sanktionen

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> Die nachstehend geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise sind dem Angebot/Teilnahmeantrag beizufügen oder während der elektronischen Angebotsabgabe anzugeben. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache. Das Fehlen oder die Unvollständigkeit auch nur einer der Unterlagen, Angaben, Erklärungen und Nachweise kann zum Ausschluss des Bewerbers/Bieters vom weiteren Vergabeverfahren führen. Dies gilt ebenfalls für die unter III.1.2) und 3) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

1) Eignungsvordruck (Vergabevordruck 04) – der den Vergabeunterlagen beigefügte Vordruck ist dem Angebot/Teilnahmeantrag vollständig ausgefüllt beizufügen. Die Vergabestelle wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. anfordern lassen; von in anderen Staaten niedergelassen Bieter/Bewerbern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. 2) Angaben für Registerabfragen (innerhalb des Eignungsvordruckes, Vergabevordruck 04): Es sind sämtliche geforderte Angaben für Registerabfragen an den vorgesehenen Stellen im Eignungsvordruck zu hinterlegen. Dazu zählen - die vollständige Angabe des Unternehmens, des Sitzes und der Rechtsform, - die vollständigen Daten der Geschäftsführung bzw. der verantwortlich handelnden Personen, - Angabe des Registergerichts oder Genehmigungsbehörde, - die Handelsregisternummer oder Geschäftsnummer der Genehmigungsbehörde, - sowie die zutreffenden Steuernummern. 3) Unter Ziffer 3 des Eignungsvordrucks sind Angaben zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124

GWB zwingend zu machen. 4) Unter Ziffer 4 des Eignungsvordruckes sind folgende Angaben zu den Ausführungsbedingungen nach den §§ 3, 3a, 3b und 7 des Hamburgischen Vergabegesetzes zwingend zu hinterlegen: Tariftreue und Mindestlohn nach § 3 HmbVgG: Es ist zu erklären, dass im Fall der Auftragserteilung das Tarifvertragsgesetz, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und andere gesetzlichen Bestimmungen über Mindestentgelte beachtet werden. Des Weiteren ist die Entlohnung der Beschäftigten anhand der ggf. gültigen allgemeinverbindlichen Mindestlohntarifverträge oder spezifischen Tarifverträgen aufzuschlüsseln. Es ist zu erklären, ob bei Einsatz (auch falls bei Angebotsabgabe noch nicht vorgesehen) von Leiharbeitern und Unterauftragnehmern die vorgenannten Mindestentgelte und Tarifentgelte ebenfalls Beachtung erfahren. Es ist zu erklären, dass prüffähige Entgeltabrechnungen bereitgehalten und auf Verlangen vorgelegt werden, sowie dass die Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen wurden. - Sonstige Angabe nach § 7 HmbVgG: Die Erklärungen zur ordnungsgemäßen Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen, die Erklärung zur alleinigen Übertragung von Leistungen an Unterauftragnehmer, welche sich zur Einhaltung der §§ 3, 3a, 5 und 10 HmbVgG (auch falls bei Angebotsabgabe noch kein Einsatz vorgesehen ist), sowie die übrigen Erklärungen sind vollständig bei Angebotsabgabe vorzunehmen. - Ergänzung, falls sozialverträgliche Beschaffung oder umweltverträgliche Beschaffung weitere Erklärungen vorsehen/für dieses Verfahren notwendig sind. 5) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung: Unter Ziffer 1. Im Eignungsvordruck (Vordruck 04) sind Angaben zur Eintragung ins Handelsregister bzw. Angaben dazu, ob eine Eintragung im Handelsregister nicht verpflichtend ist, zu hinterlegen. 6) Eigenerklärung RUS-Sanktionen. 7) ggf. Vordruck Bietergemeinschaft. 8) Erklärung, dass die Beratungsstelle den Anforderungen gem. Ziffer 3.5 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht. 9) Erklärung, dass das eingesetzte Personal im Auftragsfall ab Vertragsbeginn den Anforderungen gem. Ziffer 3.6 des Technischen Leistungsverzeichnisses entspricht. 10) Nachweis über die erforderliche räumliche und technische Ausstattung sowie Erreichbarkeit der Beratungsstelle, siehe hierzu Ziffer 3.7 und 3.8 des Technischen Leistungsverzeichnisses.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: Eignungsvordruck

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> 11) Es sind die unter Ziffer 2. des Eignungsvordrucks (Vordruck 04) aufgeführten Angaben zu machen: - Erklärung, dass der Bieter über die zur Leistungsausführung erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten verfügt, um den Auftrag in der geforderten Qualität auszuführen, - Angaben zum Umsatz des Unternehmen sind der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. 12) Nachweis bzw.

Bestätigung einer Haftpflichtversicherung: Es ist zu erklären, dass die unter Ziffer 2.8 der Leistungsbeschreibung geforderte Haftpflichtversicherung in der geforderten Höhe besteht bzw. spätestens zum Vertragsbeginn bestehen wird.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Kriterium:

Art: *Technische und berufliche Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/suitabilitycriteria> Es sind die unter Ziffer 2 des Eignungsvordrucks (Vordruck 04) aufgeführten Angaben zu machen: Erklärung, dass der Bieter über die erforderlichen personellen und technische Mittel sowie ausreichend Erfahrung verfügt, um den Auftrag in der geforderten Qualität durchzuführen. Bestätigung, dass der Bieter in den letzten drei Jahren vergleichbare Leistungen durchgeführt hat. Zum Nachweis Ihrer Eignung sind Referenzen zu bisher durchgeführten Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs im Bereich der Psychosozialen Betreuung in den letzten drei Jahren vorzulegen. Insbesondere mit Angaben, wie viele Fälle in einem Jahr begonnen wurden und wie viele davon in welchem Zeitraum abgeschlossen wurden. Diese können für öffentliche sowie für nicht öffentliche bzw. privatwirtschaftliche Auftraggeber durchgeführt worden sein. Bei diesen aussagefähigen Referenzen sind jeweils: Auftragsumfang; Auftragsjahr; Gesamtumsatz; AG G mit Kontaktdaten zu nennen. Darüber hinaus sind 5 Fallanalysen von typischen Fallbeispielen mit Angabe von soziodemographischen Merkmalen, durchgeführten Beratungen und Maßnahmen sowie empfohlenem weiteren Vorgehen vorzulegen. Diese werden von der Vergabestelle streng vertraulich behandelt. Sie können als Referenzen auch Aufträge vergleichbarer Art und Umfangs benennen, die Sie für die FHH durchgeführt haben. Hierbei sind ebenfalls die o.g. Angaben zu machen. Als fachlich vergleichbar werden Aufträge angesehen, die ebenfalls ähnliche Leistung gem. Leistungsbeschreibung in der geforderten Qualität, einen gleich hohen oder höheren Schwierigkeitsgrad und Umfang aufweisen und einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit des Bieters für die ausgeschriebene Leistung ermöglichen. Es ist dem Bietenden unbenommen, weitere Referenzen zu benennen. Da das Austauschen einer fehlerhaften Referenz durch eine nach Fristende nachgereichte bedingungsgemäße Referenz nicht möglich ist, empfiehlt die Vergabestelle eine Liste von weiteren als bedingungsgemäß betrachteten Referenzen einzureichen.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 35

Kriterium:

Art: *Qualität*

Bezeichnung: Leistungsbewertung gemäß Kriterienkatalog

Beschreibung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63/awardcriteria>

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 65

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 14/02/2025 10:00 +01:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/6885e019-1116-4aba-a507-d508673f933b>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/6885e019-1116-4aba-a507-d508673f933b>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Angebote: 24/02/2025 10:00 +01:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 310 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Eine Nachforderung von Unterlagen nach Fristablauf ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den

Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: *Nein*

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: **ja**

Zahlungen werden elektronisch geleistet: **ja**

Informationen über die Überprüfungsfristen: In der Regel müssen Sie Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren rügen, damit ihr Nachprüfungsantrag zulässig ist. Entsprechend sind folgende Rügefristen zu beachten: Soweit Sie Verstöße gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt haben, müssen Sie diese gegenüber dem Auftraggeber innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen Sie bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen Sie spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber rügen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 3. Für den Nachprüfungsantrag gelten folgende Fristen: - 15 Kalendertage, nachdem Ihnen die Mitteilung zugegangen ist, dass wir Ihrer Rüge nicht abhelfen wollen, vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB. 30 Kalendertag im Falle einer fehlenden Bekanntmachung des öffentlichen Auftrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB, nachdem Sie von uns über den Abschluss des Vertrags informiert wurden, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss, vgl. § 135 Abs. 2 GWB.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: **nein**

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Finanzbehörde Hamburg

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Finanzbehörde Hamburg

Identifikationsnummer: 84c45c8a-ba03-40cc-8f56-769ced65315a

Abteilung: Hamburgweite Dienste und Organisation

Postanschrift: Gänsemarkt 36

Ort: Hamburg

Postleitzahl: 20354

NUTS-3-Code: *Hamburg* (DE600)

Land: *Deutschland*

Kontaktstelle: Hamburgweite Dienste und Organisation

E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de

Telefon: +49 40428231386

Fax: +49 40427310686

Internet-Adresse: <https://hamburg.de/fb/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt/abschließt

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Identifikationsnummer: fc2a82a7-8962-48a4-bf78-45738e80fa10

Abteilung: Rechts- und Abgabenabteilung

Postanschrift: Postfach 30 17 41

Ort: Hamburg

Postleitzahl: 20306

NUTS-3-Code: *Hamburg* (DE600)

Land: *Deutschland*

Kontaktstelle: Rechts- und Abgabenabteilung

E-Mail: vergabekammer@fb.hamburg.de

Telefon: +49 40428231690

Fax: +49 40427923080

Internet-Adresse: <https://www.hamburg.de/behoerdenfinder/info/11725152/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

10 Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung: 86a39c38-abce-4199-a9f8-b6f3578447dd-01

Hauptgrund für die Änderung: *Korrektur – Beschaffer*

11 Informationen zur Bekanntmachung

11.1 Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: d419d9fe-5535-4016-b1bd-ec4b111e3d9e - 01

Formulartyp: *Wettbewerb*

Art der Bekanntmachung: *Auftragsbekanntmachung – Sonderregelung*

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 11/02/2025 14:11 +01:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: *Deutsch*

11.2 Informationen zur Veröffentlichung



Freie und Hansestadt Hamburg

Finanzbehörde Hamburg

Hamburgweite Dienste und Organisation
Beschaffungs- und Vergabecenter
4231
Adolphsplatz 3-5

- Versand über Bieterportal -

Zuschlag gem. § 58 Abs. 1 Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV)

Offenes Verfahren über die Durchführung der Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16a Nr. 3 SGB II ab 01.01.2026 - FB 2024001745

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Angebot zum o. g. Verfahren.

Die Finanzbehörde überträgt Ihnen auf Grundlage Ihres Angebots vom 20.02.2025 den Auftrag für

Los 1 und Los 2 der Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16a Nr. 3 SGB II

für die Zeit ab 01.01.2026 bis 31.12.2028 zu den von Ihnen angebotenen Preisen. Der Vertrag wird nach 36 Monaten zweimalig um jeweils 24 Monate verlängert – längstens jedoch bis zum 31.12.2032, wenn nicht einer der Vertragspartner 9 Monate vor Ablauf des Vertrages schriftlich kündigt.

Es gelten die Preise Ihres Angebotes als Festpreise.

Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:

Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat das Recht, innerhalb dieses Monats vom Vertrag zurückzutreten, wenn nach der Veröffentlichung Tatsachen bekannt werden, die:

- von der Freien und Hansestadt Hamburg nicht zu vertreten sind,
- dazu geführt hätten, dass der Vertrag bei vorheriger Kenntnis dieser Tatsachen nicht geschlossen worden wäre, und
- ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar machen.

Diesem Rücktrittsrecht haben Sie mit der Angebotsabgabe bereits zugestimmt, da das entsprechende Formular („Veröffentlichung von Verträgen, Vereinbarung eines Rücktrittsrechts und Kennzeichnung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) bei Vergabeverfahren nach VgV, UVgO und KonzVgV) Teil der Vergabeunterlagen war.

Das weitere Vorgehen wird die Auftraggeberin Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) mit Ihnen abstimmen. Die zuständige Dienststelle wird sich kurzfristig mit Ihnen in Verbindung setzen.

Mit freundlichen Grüßen





Freie und Hansestadt Hamburg

Finanzbehörde Hamburg

Hamburgweite Dienste und Organisation
Beschaffungs- und Vergabecenter
4231

Adolphsplatz 3-5
D - 20457 Hamburg

- Versand über Bieterportal -

Az. FB1a.12.04.12-005
13.06.2025

Zuschlag gem. § 58 Abs. 1 Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV)

Offenes Verfahren über die Durchführung der Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16a Nr. 3 SGB II ab 01.01.2026 - FB 2024001745

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Angebot zum o. g. Verfahren.

Die Finanzbehörde überträgt Ihnen auf Grundlage Ihres Angebots vom 21.02.2025 den Auftrag für

Los 7 der Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16a Nr. 3 SGB II

für die Zeit ab 01.01.2026 bis 31.12.2028 zu den von Ihnen angebotenen Preisen. Der Vertrag wird nach 36 Monaten zweimalig um jeweils 24 Monate verlängert – längstens jedoch bis zum 31.12.2032, wenn nicht einer der Vertragspartner 9 Monate vor Ablauf des Vertrages schriftlich kündigt.

Es gelten die Preise Ihres Angebotes als Festpreise.

Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:

Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat das Recht, innerhalb dieses Monats vom Vertrag zurückzutreten, wenn nach der Veröffentlichung Tatsachen bekannt werden, die:

- von der Freien und Hansestadt Hamburg nicht zu vertreten sind,
- dazu geführt hätten, dass der Vertrag bei vorheriger Kenntnis dieser Tatsachen nicht geschlossen worden wäre, und
- ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar machen.

Diesem Rücktrittsrecht haben Sie mit der Angebotsabgabe bereits zugestimmt, da das entsprechende Formular („Veröffentlichung von Verträgen, Vereinbarung eines Rücktrittsrechts und Kennzeichnung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) bei Vergabeverfahren nach VgV, UVgO und KonzVgV) Teil der Vergabeunterlagen war.

Das weitere Vorgehen wird die Auftraggeberin Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) mit Ihnen abstimmen. Die zuständige Dienststelle wird sich kurzfristig mit Ihnen in Verbindung setzen.

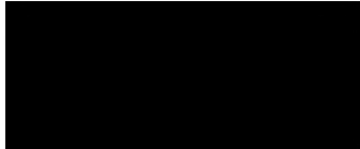
Mit freundlichen Grüßen





Freie und Hansestadt Hamburg

Finanzbehörde Hamburg



Hamburgweite Dienste und Organisation
Beschaffungs- und Vergabecenter
4231

Adolphsplatz 3-5
D - 20457 Hamburg



- Versand über Bieterportal -

Az. FB1a.12.04.12-005
13.06.2025

Zuschlag gem. § 58 Abs. 1 Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV)

Offenes Verfahren über die Durchführung der Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16a Nr. 3 SGB II ab 01.01.2026 - FB 2024001745

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Angebot zum o. g. Verfahren.

Die Finanzbehörde überträgt Ihnen auf Grundlage Ihres Angebots vom 19.02.2025 den Auftrag für

Los 5 und Los 6 der Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16a Nr. 3 SGB II

für die Zeit ab 01.01.2026 bis 31.12.2028 zu den von Ihnen angebotenen Preisen. Der Vertrag wird nach 36 Monaten zweimalig um jeweils 24 Monate verlängert – längstens jedoch bis zum 31.12.2032, wenn nicht einer der Vertragspartner 9 Monate vor Ablauf des Vertrages schriftlich kündigt.

Es gelten die Preise Ihres Angebotes als Festpreise.

Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:

Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat das Recht, innerhalb dieses Monats vom Vertrag zurückzutreten, wenn nach der Veröffentlichung Tatsachen bekannt werden, die:

- von der Freien und Hansestadt Hamburg nicht zu vertreten sind,
- dazu geführt hätten, dass der Vertrag bei vorheriger Kenntnis dieser Tatsachen nicht geschlossen worden wäre, und
- ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar machen.

Diesem Rücktrittsrecht haben Sie mit der Angebotsabgabe bereits zugestimmt, da das entsprechende Formular („Veröffentlichung von Verträgen, Vereinbarung eines Rücktrittsrechts und Kennzeichnung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) bei Vergabeverfahren nach VgV, UVgO und KonzVgV) Teil der Vergabeunterlagen war.

Das weitere Vorgehen wird die Auftraggeberin Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) mit Ihnen abstimmen. Die zuständige Dienststelle wird sich kurzfristig mit Ihnen in Verbindung setzen.

Mit freundlichen Grüßen





Freie und Hansestadt Hamburg

Finanzbehörde Hamburg

Hamburgweite Dienste und Organisation
Beschaffungs- und Vergabecenter
4231

Adolphsplatz 3-5
D - 20457 Hamburg

- Versand über Bieterportal -

Az. FB1a.12.04.12-005
13.06.2025

Zuschlag gem. § 58 Abs. 1 Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV)

Offenes Verfahren über die Durchführung der Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16a Nr. 3 SGB II ab 01.01.2026 - FB 2024001745

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Angebot zum o. g. Verfahren.

Die Finanzbehörde überträgt Ihnen auf Grundlage Ihres Angebots vom 21.02.2025 den Auftrag für

Los 3 und Los 4 der Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16a Nr. 3 SGB II

für die Zeit ab 01.01.2026 bis 31.12.2028 zu den von Ihnen angebotenen Preisen. Der Vertrag wird nach 36 Monaten zweimalig um jeweils 24 Monate verlängert – längstens jedoch bis zum 31.12.2032, wenn nicht einer der Vertragspartner 9 Monate vor Ablauf des Vertrages schriftlich kündigt.

Es gelten die Preise Ihres Angebotes als Festpreise.

Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:

Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat das Recht, innerhalb dieses Monats vom Vertrag zurückzutreten, wenn nach der Veröffentlichung Tatsachen bekannt werden, die:

- von der Freien und Hansestadt Hamburg nicht zu vertreten sind,
- dazu geführt hätten, dass der Vertrag bei vorheriger Kenntnis dieser Tatsachen nicht geschlossen worden wäre, und
- ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar machen.

Diesem Rücktrittsrecht haben Sie mit der Angebotsabgabe bereits zugestimmt, da das entsprechende Formular („Veröffentlichung von Verträgen, Vereinbarung eines Rücktrittsrechts und Kennzeichnung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) bei Vergabeverfahren nach VgV, UVgO und KonzVgV) Teil der Vergabeunterlagen war.

Das weitere Vorgehen wird die Auftraggeberin Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) mit Ihnen abstimmen. Die zuständige Dienststelle wird sich kurzfristig mit Ihnen in Verbindung setzen.

Mit freundlichen Grüßen

A solid black rectangular block used to redact the signature and name of the official.